

# hlz



C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg  
November-Dezember 11-12/2022

ZUR LAGE DER STADTTEILSCHULEN (I)  
BILDUNGSPOLITIK ALS MANGELVERWALTUNG







Ein gewerkschaftlich ereignisreiches und all-gemeingesellschaftlich sehr schwieriges Jahr geht zu Ende. Viele der uns in 2022 stark bewegenden Themen werden uns auch im kommenden Jahr 2023 herausfordern.

Denken wir nur an die Bildungsplanentwürfe, die in ganz vielen Bereichen für Unverständnis und Empörung gesorgt haben und weiterhin werden. Die Stellungnahmen gingen bei der Behörde zahlreich ein – besonders bemerkenswert hierbei, dass die GEW zusammen mit den Kammern und verschiedenen Schulleitungsver-

bänden im *Bündnis zukunftsfähige Schulen* in ihrer Kritik im Einklang ist. Doch der Senator maßt sich an, nur »kluge« Rückmeldungen aufgreifen zu wollen. Wieder einmal verläuft die Beteiligung fadenscheinig und pressewirksam. Letztlich werden die Schulgemeinschaften im Dezember jedoch mit Tatsachen konfrontiert, die hinter verschlossenen Türen und in alleiniger Regentschaft des Senators geschaffen wurden. Und an den bereits hoch belasteten Schulen muss wieder einmal etwas umgesetzt werden, für das es keine Akzeptanz, sondern nur Kopfschütteln in den Schulgemeinschaften gibt. Die GEW wird hier weiter für Entlastungen, Aufgabenkritik und angemessene Arbeitszeit kämpfen, denn Leistung allein macht weder Schüler\*innen noch die Beschäftigten glücklich.

Die Beschulung migrantischer und geflüchteter Schüler\*innen, die seit Beginn des Jahres aus der Ukraine gekommen sind, wird wichtiger denn je. Viel wurde an dieser Stelle von der Behörde und den Kolleg\*innen vor Ort geleistet. Das Beste wird gegeben und zu geben sein, denn gerade in der kommenden kalten Jahreszeit, aber auch in den folgenden Jahren, werden Kinder, Jugendliche und Kolleg\*innen zu uns kommen und Unterstützung benötigen. Nicht nur aus der Ukraine, sondern auch aus anderen Krisenherden. Gute Lösungen müssen weiterhin gesucht werden, um die Integration an Schulen, aber auch in der ganzen Gesellschaft zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang muss der

Fachkräftemangel angemerkt werden, der auch in Hamburg nicht zu übersehen ist: die Streiks und Kundgebungen im Kita-Bereich sind bezeichnend, aber auch in anderen Bildungsbereichen wie den Schulen regt sich lautstarker Unmut. Ohne weiteres Personal sind die Anforderungen der nächsten Zeit nicht zu schaffen. Anreize müssen in der Aus- und Fortbildung, der Arbeitszeit und Entlohnung, im altersgerechten Arbeiten und in der Vereinbar-

**Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß**

## Bewegtes 2022/23



keit von Familie und Beruf geschaffen werden. Die Diskussion dazu ist bereits in Fach- und Personengruppen angeschoben und muss in weitere Aktionen münden, um uns für Komendes gemeinsam gut aufzustellen.

Angesichts der rasant gestiegenen Inflation freuen sich viele Kolleg\*innen, wenn am Ende des Jahres höhere Beträge als in den Monaten zuvor auf ihrem Lohnzettel stehen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese Erhöhungen von uns Gewerkschafter\*innen hart erstritten wurden. In den Tarifaueinandersetzungen für den TVL und für die SOE-Tabellen im TVÖD, in langen Verfahren zur amtsangemessenen Besoldung für die Beamt\*innen und vielem mehr. Die Tarifverhandlungen für den TVÖD und den TVL stehen nächstes Jahr wieder an, genauso, wie die Auseinandersetzung um die Miteinbeziehung der Ruheständler\*innen in die »Amtsangemessene Alimentation«. Die aktuellen Umbrüche machen diese Auseinandersetzungen noch einmal wichtiger, aber nicht einfacher. Wir stellen uns auf schwierige Verhandlungen ein und werden stark auftreten müssen, um gute Ergebnisse durchzusetzen.

Und so schauen wir, vorbereitet auf die Herausforderungen des nächsten Jahres, nun erstmal einem hoffentlich geruhsamen Jahreswechsel entgegen! Liebe Kolleg\*innen wir wünschen Euch schöne Feiertage, erholsame Ferien und einen guten Start in das Jahr 2023. Habt eine gute Zeit und bleibt gesund!

# TITELTHEMA: ZUR LAGE DER STADTTEILSCHULEN (I) BILDUNGSPOLITIK ALS MANGELVERWALTUNG

## 27 Zur Lage an den Stadtteilschulen

Kolleg\*innen berichten

## 36 Zur Lage der Sozialen Arbeit an Stadtteilschulen

Eine Stellungnahme der LAG Schulsozialarbeit

## 37 Stadtteilschulentwicklung: Steuerung übernehmen!

Eine Stellungnahme von Anna Ammonn und Barbara Riekmann (GGG)

## 39 Die Lage der Stadtteilschulen im Zwei-Säulen-System

Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass über die Ergebnisse der Großen Anfrage

## 41 »Bildungspolitik ist Klassenpolitik«

Interview mit Sabine Boeddinghaus über die bildungspolitischen Konsequenzen aus der Großen Anfrage

## 45 Zukunftsweisend und integrativ

Klaus Traulsen erinnert sich an die Schulleiterin Christa Carl

## GEW HAMBURG

### 10 Die Offene Liste

Sabine Lafrentz über die Notwendigkeit von Entlastungen für die Kita-Kolleg\*innen

### 11 Spannt den Rettungsschirm auf!

Sabine Lafrentz berichtet über den Stand des Bundesprogramms ›Sprach-Kitas‹

### 12 Endlich Gehaltserhöhung

Zur Tarif- und Besoldungsrunde der Landesbeschäftigten TV-L 2021

### 13 Keine amtsangemessene Besoldung

Gerhard Brauer erklärt die ›Angleichungszulage‹

### 16 Amtsangemessene

#### Alimentation in Hamburg

Der DGB informiert über den Stand der Klagen und die ›Angleichungszulage‹

### 15 Schreiende Ungerechtigkeit

Wolfgang Raabe über die Vorenthaltung der Angleichungszulage für Pensionär\*innen

### 15 ›Neuer‹ Vorstand

Die BG Ruheständler\*innen hat ihr neues Leitungsteam gewählt

### 15 Ehrenfeier

Marianne Hansen über die alljährliche Mitgliederehrung im Curio-Haus

### 18 Rechtsberatung: Dienstunfähigkeit – was nun?

Roland Stolze zum Verlauf des Dienstunfähigkeitsverfahrens

### 22 Die Einkommen schrumpfen gewaltig! – »Und nu?«

Frank Bernhardt erläutert, warum die Preise nicht steigen, sondern erhöht werden

## TERMINE

### 19 Austausch über Dienstunfähigkeit

### 20 gb@

### 21 LAMBDA-Livestream:

#### Bildung in der Migrationsgesellschaft

### 21 Israel-Delegation für Junge

#### Gewerkschafter\*innen 2023

### 14 Gesund in den Ruhestand

### 81 Termine Geschäftsstelle

## GEW BUND

### **Die Feministische Zukunftskonferenz 2022 in Fulda**

#### **62 Quo vadis, Frauen- und Gleichstellungspolitik?**

Nadine Emmerich über die feministische  
Zukunftspolitik der GEW

#### **63 Zur Zukunft feministischer Politik der GEW**

Gerlinde Hartmann und Jutta Staack (AfGG)  
berichten aus Fulda

### **Der Bundesgewerkschaftstag 2022 in Leipzig**

#### **65 Sich einmischen und mitgestalten!**

Der Bundesgewerkschaftstag 2022 aus  
Perspektive unseres Delegierten Jan Albertsen

#### **68 »The Kids Are All Right«**

Eindrücke der Hamburger Delegierten

#### **70 Hoch die intersektionale Solidarität!**

Eine Protestrede der jungen Delegierten

#### **80 »Zu Erfüllungsgehilfen eignen wir uns nicht«**

Die Eröffnungsrede von Ursula-Marlen Kruse,  
Vorsitzende der GEW Sachsen

### **Internationales Engagement der GEW**

Bruni Römer berichtet:

#### **78 Systematische Unterdrückung im Iran beenden!**

#### **78 GEW verurteilt türkische Bombenangriffe in Rojava**

#### **78 fair childhood: Engagement braucht Kontinuität**

## BILDUNGSPLÄNE

### **51 Gegen die Diskriminierung von Kindern ohne Religion**

Karin Hufert über die breite Kritik am Bildungs-  
plan-Entwurf ›Religionsunterricht für alle«

## BILDUNGSPOLITIK

### **19 Immer sind die anderen schuld!**

Sabine Bielefeldt und Helga Fasshauer über  
eine Anhörung des Schulausschusses zum Thema  
Inklusion

### **48 Vor einem nationalen Bildungsnotstand?**

Klaus Bullan über den ›Bildungsbericht 2022«

### **54 AVDual lohnt sich!**

Inken Ehmsen berichtet aus der pädagogischen  
Praxis der Ausbildungsvorbereitung

### **56 Zur Lage der Erwachsenenbildung: Leser\*innenbriefe**

## POLITISCHE ›BILDUNG‹/ ANTIFA

### **74 Neurechte Propagandaverstärkung**

Wolfgang Svensson über die dubiose  
Desiderius-Erasmus-Stiftung

## LESEN!

### **60 Mit dem LesePeter durch das Jahr 2022**

Weihnachtsgeschenke gesucht? Philipp  
Schmerheim und Gudrun Stenzel (AJuM)  
empfehlen!

## RUBRIKEN

### **3 hlz-Notiz**

### **6 »Merry Crisis and a Happy New Fear!«**

### **8 Leser\*innenbriefe**

### **81 Impressum**

# »Merry Crisis and a Happy New Fear!«

Es hat sie gegeben, diese Sozialproteste! Am bundesweit ausgerufenen Aktionstag waren es 20.000, in Hamburg knapp über 1.500 Teilnehmende. – Sind wir jetzt zynisch oder optimistisch? Nennen wir es doch: einen ›zarten Auftakt‹. Noch am Anfang, aber vielleicht doch etwas *zu* zart – angesichts dessen, was diese Krisenpolitik für Millionen bedeutet. Auf unserem Wunschzettel für die Festtage steht ganz oben, dass es eben nur ein Auftakt gewesen ist: In den nächsten Wochen also ein Aufeinandertreffen in der Hamburger Innenstadt, vor dem Rathaus oder schöneren Plätzen? Vielleicht ergibt sich sogar ein ganzer GEW-Block.

Jenseits allen Wünschens und Hoffens dürfen wir als Erkenntnis verbuchen, dass es bei dieser Krisenpolitik für die Mehrheit schlechter werden wird. Ja, die Entlastungspakete der Bundesregierung haben sich verändert, sie enthalten Maßnahmen, die zumindest vom Namen her dem ähneln, was auch in den Protesten dieser Aktionstage gefordert wurde. Ob sie sich aber den Summen annähern werden, die über Tankrabatt und andere Subventionen an die fossile Industrie gezahlt wurden? Nennen wir also auch dieses Entlastungspaket einen ›zarten Auftakt‹: Eine weitere Umverteilung von Oben nach Unten ist überfällig. Und jetzt kommt der aufregende und zugleich anstrengende Teil, wie es besser wird: »Es rettet uns kein höh'eres Wesen, / kein Gott, kein Kaiser noch Tribun! / Uns aus dem Elend zu erlösen / können wir nur selber tun!« Erinnerung das zu stark ans 19. Jahrhundert? Als damals Menschen in einem reichen Land hungerten und froren?

Keine Frage, wir leben in anderen Verhältnissen. Aber verhindern wir, dass Menschen der Strom, die Heizung im Winter abgestellt, Wohnungen geräumt und Existenzen zerbrochen werden? Angesichts von Milliardenprofiten ist es zynisch, Anderen dieses Recht auf Würde abzusprechen. Niemand soll hungern oder frieren. Wer die Ärmsten gegen die Armen ausspielt, um 50 Euro beim »Bürgergeld« feilscht und nach einem Jahr Arbeitslosengeld das Angesparte weiterhin einfordern will, betreibt eine verrohte Klassenpolitik, die das Vermögen einiger weniger in den letzten 20 Jahren gewaltig hat anwachsen lassen. Das wurde nur durch die Vielen möglich, die ihnen ihre Arbeitskraft gegeben haben

(jene berühmten ›Arbeitgeber‹), damit die Besitzenden diese Waren oder Dienstleistungen zu ihren Preisen verkaufen können. Die beste aller möglichen Welten.

## **Wagen wir das Unmögliche: sozialdemokratische Politik!**

Wenn die Wirtschaft so organisiert ist, dann ist es nur gerecht, wenn durch den Staat von oben nach unten umverteilt wird. Das ist erst einmal pragmatisch über eine Vermögens- und Erbschaftssteuer zu finanzieren. Eine Utopie aus dem Elfenbeinturm ist das nicht – das wurde und wird von sozialdemokratischen, selbst von konservativen Regierungen praktiziert, wenngleich im Ausland, über den gesamten Globus verstreut. Es gilt den Spielraum auszutesten, den selbst diese Wirtschaftsordnung gewährt: die bestehenden Kräfteverhältnisse etwas mehr in unsere Richtung zu verschieben. Dem steht eine alltägliche Erschöpfung entgegen, das Gefühl von so vielen, dass all diese Spaziergänge und Proteste es doch nicht bringen werden, weil »die da oben doch eh machen, was sie wollen«. Wie soll denn dafür auch noch Zeit sein?

Aber war und ist das nicht Teil der Strategie? Die Arbeit so zu intensivieren, zu verdichten, ein Arbeitsethos zu propagieren, dass das eigene Scheitern auf individueller Faulheit beruhe, es nur auf die Initiative des Einzelnen ankomme, um sich aus dem Elend zu erlösen. Diese Regierungsstrategie behauptet, dass sie die besten Argumente gehört habe, sich auf Fakten stütze und die höchstmögliche Effizienz für das Wohl aller an den Tag lege. Das wurde allein in den letzten zehn Jahren so oft behauptet, dass es irgendwie hohl klingt oder angezählt wirkt. Es ist einfach schon zu oft gescheitert: ob nun eine Pandemiepolitik, die ohne große öffentliche Diskussion auf eine Durchseuchungsstrategie umschwenkt, oder im Eilverfahren der Aufrüstung Verfassungsrang einräumt. Ja, was ist, wenn die Regierung das ernsthaft nicht im Griff hat?

Das führt leider in Deutschland häufiger dazu, dass Menschen daran wieder glauben möchten, dass die Regierung eben im Griff fremder Mächte, ›höh'erer Wesen‹ sei, die uns bloß Schlechtes wollten, die wir also nur entlarven und dann ausgrenzen müss-



ten, um in die Friedhofsruhe der 1950er zurückzu-kehren. Diese ›Sozialproteste‹ gibt es leider auch und sie bürden uns noch die zusätzliche Aufgabe auf, den Zarenfans und völkischen Freaks ein »Nie wieder!« entgegenzusetzen. Wir leben schließlich in deutschen Zuständen. Wir haben uns ja auch das nicht ausgesucht.

### Ein Kristallisationspunkt der Krisenpolitik: die Stadtteilschule

Ausgesucht haben wir uns für diese hlz einen Schwerpunkt, der unsere Kolleg\*innen besonders angeht, weil hier viele negative Aspekte dieser Krisenpolitik voll zum Ausdruck kommen: Überlastete Eltern, denen die Rechnungen über den Kopf wachsen, von Ausgrenzung und Stigmatisierung betroffene Kinder, Behördengänge, Formularkaskaden, Überstunden – und trotzdem zu wenig von allem. Die Belastung an den Stadtteilschulen war schon vorher zu hoch – lange vor der Wirtschaftskrise, lange vor Corona. Wir rufen mit dieser Ausgabe eine verpasste Chance der Bildungspolitik in Erinnerung, für wirkliche Entlastung gesorgt zu haben! Wie oft wurde zugehört und nichts gemacht? Klar, es war wunderbar, dass A13 für alle durchgesetzt werden konnte. Aber wie viele Aufgaben sind seit Inkrafttreten des Arbeitszeitmodells dazugekommen, was bedeutet die Inklusion für diese Schulform *in der Praxis*? Auch hier wird gern darauf verwiesen, dass wir im Bundesvergleich noch zu den Bessergestellten gehören, es doch noch viel schlimmer kommen könne! – Reicht das? Wir haben bei Euch nachgefragt und die Zuschriften sprechen eine deutliche Sprache. Die Seiten sind jenen Kolleg\*innen gewidmet, die schon zu lange um Anerkennung für ihre Tätigkeiten kämpfen und deren Arbeitsbedingungen sich dringend verändern müssen. Dabei steht der Fokus ›Stadtteilschule‹ hier nicht gegen, sondern exemplarisch für die Probleme *aller* Pädagog\*innen unserer Leser\*innenschaft, ja, auch der gymnasialen: Die Krankenstände sind zu hoch, Vollzeit unvorstellbar, die Flucht aus dem Beruf, in ein anderes Bundesland eine Option vieler. Die Erfahrung, dass wir ständig gegen so eine gläserne Decke stoßen, dass Kritik einfach nicht gehört wird, die politisch Verantwortlichen stattdessen auf die ›Kraft‹ von Frustration und Resignation setzen, damit die Probleme von der Behörde ausgesessen werden können. Wie heißt es so schön? Genug ist genug.

Unsere Auswahl ergreift Partei – Partei dafür, endlich die grundsätzlichen, Bildungungerechtigkeit verstärkenden Probleme anzugehen, welche die Zuschriften und Artikel der Kolleg\*innen sowie die Ergebnisse der von der Linksfraktion auf den Weg gebrachten Großen Anfrage ›Zur Lage der Stadtteilschulen‹ so deutlich vor Augen stellen.

Aber – ein Hinweis für Leser\*innen, denen das zu ›unausgewogen‹ erscheint – unsere Auswahl soll zugleich für die nächste Ausgabe auch anderen Stimmen die Bühne bereiten, um darüber gut zu streiten, wie sich die Bildungspolitik für die Stadtteilschulen, für das Hamburger Bildungssystem verändern muss. Und ist es nun eine weitere Anstrengung oder gerade gut, dass es auch hier auf die Basis ankommt, all die Beschäftigten, aber auch die Eltern und Schüler\*innen? Das Fernziel ist eine Schule für alle, die die Selektion und Abwertung abschafft, Ungleichheit verringert, Teilhabe verwirklicht. Dieses Fernziel muss sein, denn sonst verliert sich der Sinn in all dem Gewurstel und all dem hustle [kulturelle Aneignung aus dem Englischen, Neudeutsch für: sich anstrengen, schwer arbeiten].

### Dieser Funke Hoffnung in der Welt

Und in all dem Trübsal tauchten da diese Bilder auf, die uns seit über dreizehn Wochen über alle möglichen Kanäle erreichen: Revoltierende Frauen in Teheran oder in den Provinzen Irans, die trotz der drohenden Folter und all der Gewalt mit der patriarchalen Ordnung brechen, die Schüler\*innen und Studierenden, die in diesem Alltag die Geschlechtertrennung überwinden, den Sturz der Diktatur fordern, all die Lehrer\*innen, die in Solidarität mit diesen Protesten streiken – und ihr Leben riskieren. Unsere Solidarität, dass die Tage dieses autoritären Regimes bald gezählt sein werden! Oder bringen wir es doch auf Parolen: Jin, Jiyan, Azadi! Frau, Leben, Freiheit!

EURE REDAKTION



Foto: GEW

Der ›GEW-Block‹ auf den Sozialprotesten freut sich auf Euch!

## Frauen!

Frauen (nicht mehr auf verlorenem) Posten?

Antje! Wir als Ausschuss AfGG gratulieren dir ganz herzlich zur Arbeit in der hlz und freuen uns, dass offensichtlich ein neuer Wind weht. Allein die ganz anderen Fotos mit Frauen aus allen Altersgruppen, diverse Menschen, wunderbar. Vielleicht sind wir nicht mehr nur Begleiterscheinungen, sondern auch wichtig, wenn wir nicht mehr jung oder in Arbeit sind. Wir sind glücklich über neue, frische und feministische Sichtweisen, die sowas wie 100 Jahre hlz ablösen und einen anderen Fokus auf uns Frauen werfen können. Endlich kommen wir, die Mehrheit in der GEW Hamburg, vor!

Für den AfGG: EVA KLOCK,  
GERLINDE HARTMANN,  
SUSANNE JACOBS,  
HELGA FASSHAUER,  
HEIDEMARIE THIELE,  
JOHANNA KREUDER  
(08.09.2022)

**Die Geschäftsstelle  
bleibt zwischen  
24. Dezember 2022  
und 1. Januar 2023  
geschlossen.  
Wir wünschen  
erholsame  
Feiertage!**

## Bildungspläne

### Besser streiten!

hlz 9-10/2022, S. 19-22

Liebe Kolleg\*innen der Fachgruppe Sonderpädagogik und Inklusion,

wie schade, dass Euer Artikel zu den neuen Bildungsplänen neben der inhaltlich guten Zusammenfassung der Kritikpunkte aller an Schule Beteiligten überlagert wird durch das Senatoren-Bashing. Die Kritik am verantwortlichen Senator T. Rabe ist m. E. zu stark, spricht ihm zu Unrecht Sachverstand ab und lenkt ab vom wichtigen Inhalt des Artikels. (Vor allem, wenn man wie ich verschiedene SenatorInnen erlebt hat wie z. B. den früheren Admiral und FDP-Senator). Leider gibt es weiterhin unterschiedliche Ansichten zu Bildung und Erziehung sowie zur inklusiven Bildung und Erziehung, nicht nur zwischen Bayern und Hamburg, auch in Hamburg. Darüber sollten wir lieber sachlich und nicht ideologisch streiten! Insofern ist Eure Zuspitzung nicht so hilfreich wie wohl erhofft.

P.S.: Rückmeldung an die Redaktion: Ich finde die hlz weiterhin lesenswert und gut gemacht!!!

PETER PUHLE, Ruheständler  
(20.10.2022)

### Verpasste Chance!?

Die Kritik an den neuen Bildungsplänen nimmt zu, hieß es noch vor den Sommerferien. Die Kritik groß, nicht nur an den Inhalten, vor allem an der Entstehung. Soviel Stellungnahmen, soviel unterschiedliche Interessensvertreter\*innen. Und nun nach den Ferien, das große Schweigen. Abwarten, was die beauftragten Schulleitungen mit den eingegangenen Kritikpunkten machen. Während an einigen Schulen schon an der Umsetzung gearbeitet wird. Schade! Dies wäre eine Chance gewesen mit einem breiten Bündnis auf die Straße zu gehen und sich als Gewerkschaft aktiv zu zeigen.

K. WIEBICKE (15.09.2022)

## Nachschlag

### ›Erwachsenen- bildung?‹ – Bitte wenden!

Zum Titelthema der letzten hlz – der ›Lage der Erwachsenenbildung‹ – erreichten uns überwältigend viele Zuschriften. Weil diese nicht nur die Dringlichkeit und Notwendigkeit neuer Kämpfe um eine Verbesserung der Anstellungs- und Lehr-Lernbedingungen bestätigen, sondern auch eine Vertiefung inhaltlicher Aspekte leisten, bilden sie auf den Seiten 56-59 dieser hlz einen eigenständigen Beitrag.





# Gehaltserhöhung von 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro!

Gewerkschaftsforderungen zur Tarifrunde TVöD 2023:



Die GEW appelliert an den Bund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten nachzukommen. Trotz Fachkräftemangel und hoher Belastung halten die Kolleginnen und Kollegen weiterhin und seit vielen Jahren die Einrichtungen am Laufen. Die GEW-Vorsitzende Maika Finnen unterstrich die Bedeutung ihrer täglichen Arbeit für die Gesellschaft: »Die Kolleginnen und Kollegen sind hoch motiviert und engagiert. Gerade in Krisensituationen zeigt sich, dass Kitas, Jugendhilfe und Sozialarbeit wichtige Stützen sind. Sie sorgen dafür, dass die Menschen Beruf und Familie auch in diesen schwierigen Zeiten miteinander vereinbaren können. Sie sind Profis – und sie brauchen mehr.«

## Rahmenbedingungen der Tarifrunde TVöD 2023

Die Tarifverhandlungen beginnen am 24. Januar 2023. Geplant sind zwei weitere Verhandlungstermine am 22./23. Februar sowie vom 27. bis 29. März 2023. Für die DGB-Gewerkschaften besitzt ver.di gemäß der Kooperationsvereinbarung die Verhandlungsführung. Die Tarifverhandlungen umfassen ca. 2,5 Millionen Beschäftigte bei Bund und Kommunen. Neben den Beschäftigten im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst sind auch viele Beschäftigte bei freien oder kirchlichen Träger betroffen. Sie wenden den TVöD entweder direkt an, orientieren sich in Haustarifverträgen an ihm oder nehmen in Arbeitsverträgen darauf Bezug. Die Arbeitgeber verweisen bereits zum jetzigen Zeitpunkt auf leere Kassen. Deshalb steht fest: Die Tarifrunde wird nicht einfach. Umso wichtiger ist, dass sich alle Beschäftigten einbringen.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes beschlossen am 11. Oktober 2022 in Berlin die Forderungen für die Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag öffentlicher Dienst Bund und Kommunen (TVöD). Sie fordern für die Beschäftigten eine spürbare Gehaltserhöhung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro. Die Verhandlungen beginnen im Januar 2023.

## Die Forderungen und Erwartungen im Überblick

- Gehaltssteigerung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 €;
- Laufzeit 12 Monate;
- 200 Euro für Auszubildende, Praktikant\*innen und dual Studierende;
- Unbefristete Übernahmen von Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung;
- Verlängerung der tariflichen Regelungen zur Altersteilzeit;
- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamt\*innen und Versorgungsempfänger\*innen.





Im Betriebsrat der elbkinder-Vereinigung + EKSG

# Kolleg\*innen brauchen doppelte Entlastung

– von überlastenden Arbeitsbedingungen sowie von Inflation und Preistreiberei

## 1. Entlastung von überlastenden Arbeitsbedingungen

Herr Bange von der Sozialbehörde und Vertreter\*innen der Senatsparteien haben signalisiert, die finanziellen Bestandteile des Hamburger Tarifabschlusses zu refinanzieren und entsprechende Mittel in den Haushaltsentwurf 2023/2024 eingestellt zu haben. **Die Offene Liste meint: Das reicht aber nicht!!!**

Damit der neue Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst wirklich eine Entlastung und Aufwertung bringt, müssen darüber hinaus für die Regenerationstage zusätzliche Personalwochenstunden genehmigt werden. Die Elbkinder haben ca. 5000 pädagogische Kräfte, d. h. 10.000 Regenerationstage verpflichtend und nochmal bis zu 10.000 Regenerationstage, je nachdem wie viele Kolleg\*innen Teile ihrer Zulage in freie Tage umwandeln wollen. Der Personalschlüssel müsste entsprechend erhöht werden, sonst werden die Kolleg\*innen belastet, die an jenen Tagen arbeiten, an denen andere frei haben. Das entspricht nicht dem Sinn der Regenerationstage.

### Freie Stellen

Mehr Personalwochenstunden müssen erst einmal verankert werden, bevor sie vergeben werden können, selbst wenn sie zunächst offenbleiben. Vielleicht wollen Kolleg\*innen doch ihre Stundenzahlen erhöhen oder es ergeben sich andere Möglichkeiten. Ein verbesserter Personalschlüssel macht den Beruf attraktiver und verhilft auf längere Sicht zu mehr Personal – er kann dazu beitragen, dass Kolleg\*innen länger im Beruf bleiben. Aus Sicht **Der Offenen Liste** ist es nicht hilfreich, wenn nicht verbrauchte Personalmittel mit gestie-

DOL Ansprechpartner\*innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – GEW	0151 / 22523919	lafrentz@gew-hamburg.de

genen Sachkosten (wie bspw. Energie und Lebensmittel) verrechnet werden. Die Elbkinder müssen beim Senat einfordern, dass die unvorhersehbar hohen Sachkosten im Nachhinein übernommen werden.

## 2. Entlastung von Preistreiberei und Inflation

Viele von euch machen sich bestimmt Sorgen, wie ihr die Kostenlawine überstehen sollt – vor allem diejenigen, die in der Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) oder anderswo nicht in Vollzeit arbeiten dürfen. Die Alltagskosten für Energie, Lebensmittel, Mieten usw. steigen noch viel höher als die durchschnittliche Inflationsrate von 10,4 %. Der Sparkassenverband hat analysiert, dass Haushalte, die nicht über 3500 € pro Monat verfügen, von Armut bedroht seien, weil sie keine Rücklagen mehr bilden könnten. Wie viele Kolleg\*innen der Elbkinder fallen (überhaupt noch) in diese Kategorie? Und was wird dagegen getan?

Beschäftigte in Kitas, genauso wie die meisten betreuten Familien, benötigen ein echtes Entlastungspaket, insbesondere eine Gas- und Strompreisbremse. Ebenso eine rechtliche Absicherung, dass wegen möglicher Schulden Strom, Gas und Heizung nicht abgestellt und Wohnungen nicht gekündigt werden können. **Die Offene Liste** fürchtet, dass sonst Kitas zu Wärmestuben für betroffene Kinder, Eltern und Beschäftigte werden müssten.

Ein hoher **Tarifabschluss** bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen ab Januar 2023 wird immer wichtiger!!! Wir alle müssen einen echten Inflationsausgleich von 10,5 % und mindestens 500 € durchsetzen!!!

# Spannt den Rettungsschirm auf und gebt den Sprach-Kitas eine Perspektive!

Sprach-Kitas retten! Bund und Länder einigt euch!

Unter diesem Motto fand während des bundesweiten Aktionstages für die Sprach-Kitas am 19. Oktober 2022 eine bunte, vielfältige Aktion Hamburger Kita-Anbieter vor der Zentralbibliothek statt. Organisiert wurde die Aktion vom *Paritätischen Hamburg* und der *GEW Hamburg*. Unterstützt wird die Kampagne von der *Elbkinder Vereinigung Hamburger Kitas*, der *Kindermitte Hamburg*, dem *Diakonischen Werk Hamburg*, dem *Alternativen Wohlfahrtsverband SOAL* sowie dem *Landeselternausschuss (LEA)*. Die Beteiligten haben zur Rettung der Sprach-Kitas Regenbogenregenschirme aufgespannt. Mit Sprechchören haben sie Bund und Länder aufgefordert, sich schnellstmöglich auf eine verlässliche Finanzierung und eine Fortsetzung der Sprach-Kitas zu einigen.

Die knapp 300 Sprach-Kitas in Hamburg, mit ihnen die zusätzlichen Sprachfachkräfte und nicht zuletzt die Kinder und Eltern warten auf Gewissheit darüber, ob es über das Jahr 2022 hinaus für sie eine Zukunft gibt. Sabine Lafrentz von der *GEW Hamburg* sagt: »Die derzeitige Ungewissheit ist eine unzumutbare Belastung der Fachkräfte und der Situation in den Einrichtungen und sie geht zu Lasten der Kinder. sechs Wochen vorm Jahresende wissen die Betroffenen nicht, wie es weitergeht. Die Sprachfachkräfte dürfen nicht einfach entlassen werden oder in den Gruppendienst versetzt werden, um die Lücken zu stopfen. Die anderen pädagogischen Kräfte im Gruppendienst haben vielfältige Aufgaben und müssen ständig für andere mitarbeiten. Sie sind jetzt schon überlastet bzw. am Limit. Sie können nicht mal eben nebenbei auch noch die Sprachförderung schultern. So geht man nicht mit Menschen um!«

Passiert ist seit der Verkündung des Endes der Sprach-Kitas wenig. Bund und Länder schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu und verspielen damit wichtige Zeit, so kritisieren die *GEW* und *Der Paritätische*. Nicht mal auf einen geregelten Übergang konnten sich Bund und Länder bisher einigen.

Mitte Oktober ist das Ergebnis der Untersuchung der Viertklässler (der »Bildungstrend 2021«) veröffentlicht worden. Dort heißt es, dass die Kinder



Bunter Protest vor der Zentralbibliothek am 19.10.2022

vielfach schlechter die deutsche Sprache anwenden und lesen können. Eine Empfehlung ist, früher und systematisch mit der Sprachförderung zu beginnen. In dieser Situation ist es grob fahrlässig, wenn nicht gar schon vorsätzlich, dass der Bund die Sprachförderung kurzfristig beenden will, anstatt sie zu verstetigen. Ausgaben in anderen Bereichen sollen mal wieder durch Einsparungen im sozialen Bereich finanziert werden. Nun hat der Bund eine neue Idee: Die Sprachförderung soll aus dem Budget des Kita-Qualitätsgesetzes finanziert werden. Dabei ist dieses Budget mit 4 Milliarden sowieso schon unterfinanziert! Das wäre eine echte Kürzung! Andere Aufgaben wie z. B. in der Personalausstattung müssten eingeschränkt werden oder ganz wegfallen. Unterschiedliche Fachbereiche würden gegeneinander ausgespielt werden. Es wird somit bewusst ein Misserfolg in der Bildung von Millionen Kindern aus unterprivilegierten oder migrantischen Familien in Kauf genommen. Das kann sich unser Staat auf Dauer nicht leisten. Denn wir brauchen gut gebildete junge Menschen, die zu neuen Fachkräften in den verschiedensten Bereichen ausgebildet werden können.

Unser Kampf geht weiter! – Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist!

SABINE LAFRENTZ, Vorsitzende der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe



# Endlich Gehaltserhöhung!

Zur Tarif- und Besoldungsrunde der Landesbeschäftigten im öffentlichen Dienst (TV-L) 2021

Nach 13 Leermonaten, die im März dieses Jahres mit einer als Coronapauschale getarnten Einmalzahlung kompensiert wurden, erfolgt ab 1. Dezember 2022 die Erhöhung der Gehälter um 2,8 %. Angesichts der galoppierenden Inflation ist dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein, doch muss man den Tarifpartnern zugestehen, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bei Tarifabschluss nicht absehbar war.

Dass die Gewerkschaften auf die Preisentwicklung reagieren, zeigt die Forderung für die im Frühjahr anstehende Tarifrunde für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes (TVöD): 10,5 %! Hier gilt es, ein gutes Ergebnis zu erzielen. Denn es wird die Messlatte sein für die im Herbst 2023 beginnende Tarifrunde der Landesbeschäftigten (TV-L). Eine satte Gehaltserhöhung ist mehr als notwendig, um den Kaufkraftverlust aufzuhalten und die steigenden Energiepreise zu kompensieren. Die Kolleg\*innen der tarifgebundenen Kitas und GBS-Träger an den Schulen brauchen daher in ihrem Arbeitskampf die Solidarität der Schulbeschäftigten.

## **Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung beschlossen**

Die Hamburgische Bürgerschaft hat am 6. Oktober 2022 das Hamburgische Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2022 und zur Aufhebung personalvertretungsrechtlicher Sonderregelungen beschlossen. Am 21. Oktober 2022 ist es im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet worden.

Das Personalamt hat zu diesem Gesetz eine Beschäftigteninformation herausgegeben, die über die Besoldungs- und Versorgungsanpassung sowie die Gewährung der Angleichungszulage für die Jahre 2021 bis 2025 informiert. Die Geschäftsstelle der GEW-Hamburg stellt voraussichtlich ab Dezember 2022 Besoldungstabellen mit Informationen zur Angleichungszulage in Papierform und auf unserer Homepage zur Verfügung.

Die Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge um 2,8 % wird zum 1. Dezember 2022 erfolgen.

Darüber hinaus sieht das Gesetz ebenfalls die Gewährung einer **Angleichungszulage** für die Jahre 2021 bis 2025 vor. Mit dieser Zahlung so-

wie dem geplanten Besoldungsstrukturgesetz will der Gesetzgeber die Verfassungskonformität der Hamburger Beamtenbesoldung sichern. Weil die Beamtenbesoldung auf Grundlage der Kriterien der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nach Ansicht der Gewerkschaften in der Vergangenheit bereits nicht mehr amtsangemessen war, hatte die GEW in 2020 die Mitglieder zu entsprechenden Klagen aufgerufen. **Man kann die Einführung der Angleichungszulage daher als ein Zugeständnis des Gesetzgebers interpretieren, die Rechtsauffassung der Gewerkschaften nachzuvollziehen und für die Zukunft die Amtsangemessenheit herzustellen.**

Die Angleichungszulage wird den aktiven Beamt\*innen zeitlich befristet für die Jahre 2021 (rückwirkend) bis 2025 gewährt. Versorgungsempfänger\*innen erhalten sie nicht, was die GEW auch nach der Demonstration der Versorgungsempfänger\*innen am 25. August 2022 weiterhin scharf kritisiert. Gemeinsam mit dem DGB stellt sich hier die Aufgabe, darauf hinzuwirken, ein weiteres Auseinanderdriften zwischen Besoldung und Versorgung zu verhindern.

Ursache der Befristung der Angleichungszulage ist der Umstand, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes im Rahmen der Prüfung der amtsangemessenen Alimentation rückwirkend einen Zeitraum von 15 Jahren betrachtet. Im Jahr 2026 fällt die Kürzung der Sonderzahlung (»Weihnachtsgeld«) im Jahr 2011 aus dem 15jährigen Betrachtungszeitraum heraus. Man kann die zeitliche Befristung daher gut und gern als einen Taschenspielertrick bezeichnen. In der Konsequenz wird der Wegfall der Angleichungszulage in 2026 ohne anderweitige Kompensationsmaßnahmen zu einem realen Einkommensverlust führen. Aus diesem Grund fordern GEW und DGB die Fortführung der Angleichungszulage über das Jahr 2025 hinaus.

Die Angleichungszulage beträgt

- in den Jahren 2021 (rückwirkend) und 2022 33 %
- in den Jahren 2023 bis einschließlich 2025 20 %

des durchschnittlichen Monatsgehalts (brutto), also des zwölften Teils der im jeweiligen Kalenderjahr nach dem Hamburgischen Besoldungsgesetz bezogenen Summe aus Grundgehalt, Allgemeiner Stelvenzulage, Amtszulage, Zuschlag bei begrenzter

Dienstfähigkeit, Grundleistungsbezug, Berufungs- und Bleibeleistungsbezügen, besonderen Leistungsbezügen sowie Funktionsleistungsbezügen.

Die Angleichungszulage für das Jahr 2021 erfolgt mit der Zahlung der Bezüge für November 2022. Für die Jahre 2022 bis 2025 findet die Zahlung jeweils mit den Dezemberbezügen statt.

Noch nicht im Gesetz enthalten ist die Zahlung der **Energiepreispauschale an Versorgungsempfänger\*innen**. Der Hamburger Gesetzgeber wollte hier für seine Entscheidung das Vorgehen des Bundes abwarten. Dessen Verfahren war bis zur Bürgerschaftssitzung am 6. Oktober leider noch nicht mit der notwendigen Sicherheit bekannt. Nun allerdings ist klar: Der Bund zahlt seinen Versorgungsempfänger\*innen ebenfalls die 300 € Energiepauschale und Hamburg wird nachziehen. Dies geht aus dem Bericht des Haushaltsausschusses hervor. Nach derzeitigem Stand

ist davon auszugehen, dass sich die Hamburgische Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 3. November 2022 mit diesem Vorhaben gesondert befassen und ein entsprechendes Gesetz beschließen wird. Dies würde eine Zahlung der Energiepreispauschale an die Versorgungsempfänger\*innen zum 01. Dezember 2022 möglich machen.

Zu den im letzten Jahr eingereichten Klagen gegen die Alimentation gibt es noch keine Neuigkeiten (siehe auch DGB Information zur Amtsangemessenen Alimentation in Hamburg auf den Seiten 16 und 17 dieser hlz). Die GEW wird aber über die weitere Entwicklung informieren.

*Beitragserhöhung: Da die Besoldungen der Hamburger Beamt\*innen und Versorgungsempfänger\*innen zum 1.12.2022 um 2,8 % erhöht wurden, wurde auch entsprechend und satzungsgemäß der GEW-Beitrag für diese Gruppen um 2,8 % erhöht.*

Kollegiale Grüße: Eure GESCHÄFTSSTELLE

# Will sich der Senat erneut aus der Verantwortung für eine amtsangemessene Besoldung schleichen?

Warum die Angleichungszulage nicht wirklich ausgleicht

Mit dem ›Hamburgischen Gesetz zur Besoldungs- und Beamtenversorgungsanpassung 2022‹ vom 06. Oktober 2022 werden die Beamtgehälter um 2,8 % in Angleichung an die Tarifentwicklung zum 01. Dezember 2022 erhöht, die Anwärterbezüge um 50 €. Daneben wird eine befristete Angleichungszulage für die Jahre 2021 bis 2025 gewährt.

## Warum gibt es eine Angleichungszulage?

Der Senat musste aufgrund von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts anerkennen, dass die Besoldung der Beamt\*innen in Hamburg »vorübergehend« hinter der Entwicklung der Tarifiergebnisse zurückgeblieben ist. Neben anderen Parametern ist diese Abweichung wesentlich für die Feststellung, dass Hamburger Beamt\*innen nicht »amtsangemessen alimentiert« wurden. So beträgt die Abweichung ab der Besoldungsgruppe A 8 mehr als 5 %. Ein vom Bundesverfassungsgericht festgelegter kritischer Wert. Deshalb ist nach Auffassung

des Senats eine Kompensation notwendig, die auf das »notwendige« Maß zu begrenzen ist.

## Wie ist es zu dieser Unteralimentierung in Hamburg gekommen?

Wesentlich ursächlich waren in einem 15-jährigen Betrachtungszeitraum der Jahre 2006-2021 zwei Maßnahmen des Staates. Im Jahre 2008 plante der Senat eine leistungsorientierte Besoldungszulage einzuführen und sparte dafür bei der Besoldungsanpassung ein Prozent der Gehaltssumme ein. Leistungsabhängige Besoldungselemente sind jedoch nicht realisiert worden. 2011 wurde die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) von 66 % bzw. 60 % eines monatlichen Gehalts auf einen einheitlichen Festbetrag von 1000 € plus 300 € je Kind reduziert. Dieser Festbetrag wurde 2012 in die Grundtabelle eingearbeitet. Allein diese Kürzung bewirkte eine Verringerung des jährlichen Gehalts von 204,13 € (A 4) bis 2.422,34 € (A 16).

Den Versorgungsempfänger\*innen wird weiterhin bei der Berechnung der Pension die Sonderzahlung aus der Grundgehaltstabelle wieder herausgerechnet (inzwischen monatlich 104,24 €).

Hintergrund dieser Kürzung war u.a. die Kostenexplosion beim Bau der Elbphilharmonie und verschiedene »Rettungsaktionen« für die HSH Nordbank. Diese Sparmaßnahmen wirken sich bis heute auf die Entwicklung der Beamtgehälter und die Versorgung der Ruhestandsbeamt\*innen aus. Seit einigen Jahren sind die Tarifergebnisse auf die Besoldung übertragen worden.

### Wie will der Senat die

#### Unteralimentierung ausgleichen?

Zum Ausgleich wird den aktiven Kolleg\*innen eine pauschalisierte befristete Angleichungszulage gezahlt. Diese wird individuell berechnet und beträgt 33 % eines durchschnittlichen monatlichen Jahresverdiensts (ohne familienbezogene Bezügebestandteile) für die Jahre 2021 und 2022, danach bis 2025 jeweils 20%. Die Auszahlung für 2021 ist mit dem Novembergehalt 2022 vorgesehen, für 2022 und die Folgejahre mit dem jeweiligen Dezembergehalt. Wer vor dem 01.12. ausscheidet, erhält die Zulage zum Zeitpunkt des Ausscheidens in voller Höhe. Die Zulage soll auch allen Kolleg\*innen gewährt werden, die 2021 bzw. 2022 ihren Dienst aufgenommen haben. Referendar\*innen erhalten keine Zulage. Der Senat geht davon aus, dass mit der Angleichungszulage die Unteralimentierung der Vergangenheit auf ein verfassungsrechtlich unbedenkliches Maß vermindert wird, die Gewerkschaften bezweifeln das.

#### Warum sollen Versorgungsempfänger\*innen keine Angleichungszulage erhalten?

Einerseits behauptet der Senat ohne Begründung, dass der finanzielle Bedarf der Pensionär\*innen geringer ist als der der aktiven Beamt\*innen. An-

dererseits hat der Senat festgestellt, dass die Beamtversorgung um *weniger* als 5 % nach unten von der Entwicklung der Altersruhegelder der Tarifbeschäftigten der Hansestadt (Rente und Zusatzversorgung) abweicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat bisher nicht entschieden, wie die Gesamtabwägung bei der Beurteilung der Amtangemessenheit bei Versorgungsempfänger\*innen zu erfolgen hat. Das Verwaltungsgericht Hamburg hat dem Bundesverfassungsgericht am 29. September 2020 zwei Verfahren zur Entscheidung vorgelegt. Eine Entscheidung kann sich über mehrere Jahre hinziehen.

#### Was ist von der Angleichungszulage zu halten?

Zunächst einmal hat der Senat anerkennen müssen, dass Beamt\*innen in Hamburg zu niedrig entlohnt worden sind und das seit über einem Jahrzehnt. Die »Nachzahlung« soll aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung pauschaliert werden und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Es hätte wohl auch korrekt nachgezahlt werden können, denn im Gesetzesanhang wird die Differenz zwischen Besoldungs- und Tarifentwicklung in Hamburg für die einzelnen Jahre und Besoldungsgruppen konkret aufgelistet.

Begünstigt werden alle aktiven Kolleg\*innen, die seit 2021 bzw. 2022 im Beamtenverhältnis beschäftigt werden. Bewusst unberücksichtigt bleiben alle Versorgungsempfänger\*innen, obwohl viele von ihnen in dem betrachteten Zeitraum 2006 bis 2021 ganz oder teilweise nicht amtsangemessen alimentiert wurden. Pensionär\*innen müssen also noch auf Urteile des Hamburgischen Verwaltungsgerichts und möglicherweise des Bundesverfassungsgerichts warten. Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes dürfte verletzt sein.

Gerechtigkeit sieht anders aus!

GERHARD BRAUER

## Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine finden am Dienstag den 24.01. und 28.02.2023, jeweils 15-17 Uhr statt.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer\*innen als auch an Beamt\*innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW



## ›Neuer‹ Vorstand

Wolfgang Raabe ist neu im Vorstandsteam der BG Ruheständler\*innen

Auf der Vorstandssitzung der Betriebsgruppe (BG) Ruheständler\*innen am 7. September 2022 wurde einstimmig ein neues Leitungsteam gewählt. Es besteht wie bisher aus Marianne Hansen und Christel Sohns. Neu hinzugewählt wurde Wolfgang Raabe, der erst mit Beginn seines Ruhestandes aus Köln nach Hamburg zurückkehrte.

Wolfgang Raabe ist seit über 40 Jahren in der GEW. Bis 1985 war er in der GEW-Studierendengruppe und anschließend am Studienseminar aktiv. Nach Einstellung in Köln arbeitete er dort in der Fachgruppe Grundschule mit und war einige Jahre deren Vorsitzender. Im Kölner Stadtverband war er auch 6 Jahre Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses (GA). Ein Schwerpunkt seiner Arbeit war seit den 90er Jahren die Arbeit im örtlichen Grund- und Hauptschulpersonalrat, wo er von 2000



Das ›neue‹ Leitungsteam: Christel Sohns, Wolfgang Raabe und Marianne Hansen

bis 2015 Vorsitzender war. Seit 2021 arbeitet er nun in der Hamburger BG Ruheständler\*innen mit.

## Schreiende Ungerechtigkeit

Pensionär\*innen sollen die Angleichungszulage nicht erhalten

Auf der Sitzung vom 5. Oktober 2022 beschäftigte sich die Betriebsgruppe Ruheständler\*innen mit dem neuen ›Hamburgischen Gesetz zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung‹. Darin ist die Gewährung einer Angleichungszulage für die Jahre 2021 bis 2025 vorgesehen. Notwendig wurde diese Angleichungszulage aufgrund von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts nach Klagen von Verdi, GEW und GdP (siehe den Beitrag des Kollegen Gerhard Brauer in dieser hLz, S. 13-14).

Die Nichtberücksichtigung der Versorgungsempfänger\*innen bei der geplanten Angleichungs-

zulage ist eine schreiende Ungerechtigkeit! Die BG Ruheständler\*innen war sich einig, dass wir gemeinsam mit Verdi und der GdP dagegen protestieren und weitere Aktionen planen müssen, um politischen Druck auf Senat und Bürgerschaft auszuüben. Zur Vorbereitung weiterer Aktivitäten hat die BG Ruheständler\*innen eine Arbeitsgruppe gebildet.

Die Betriebsgruppe wird weiterhin in der hLz zur Angleichungszulage sowie über die geplanten Aktivitäten der GEW informieren.

WOLFGANG RAABE, BG Ruheständler\*innen

## Ehrenfeier

Festliche Begegnung mit geliebter GEW-Geschichte

Am 1. November 2022 fand die alljährliche Ehrenfeier im festlichen Rahmen des großen Saals im Curio-Haus statt. Geehrt wurden alle GEW-ler\*innen, die in diesem Jahr 80 Jahre alt geworden, 50 Jahre oder sogar 60 Jahre Mitglieder unserer Gewerkschaft sind. Die Urkunden wurden von unseren Vorsitzenden überreicht und viele Jubilar\*innen nutzten die Gelegenheit, ein paar Worte zu sagen

zu ihrem persönlichen Engagement in der GEW, zu politischen Ereignissen in ihrer Geschichte oder auch der Gegenwart. Es gab auch das eine oder andere Wiedersehen mit einstigen Weggefährter\*innen. Die Veranstaltung war anrührend und interessant – eine Dokumentation geliebter GEW-Geschichte!

MARIANNE HANSEN,  
BG Ruheständler\*innen

# Information für Mitglieder der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg



## Amtsangemessene Alimentation in Hamburg: Sind Anträge in diesem Jahr sinnvoll?

Der DGB und seine Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben im Dezember 2020 alle Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger aufgerufen bis zum Ende des Jahres 2020 einen Widerspruch einzulegen bzw. einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation zu stellen. Anlass war eine Mitteilung des Senats im Rahmen der Bezügemitteilung im Dezember 2020 zum Umgang mit den Musterverfahren hinsichtlich der massiven Kürzung der Sonderzahlung im Jahr 2011.

Aktuell liegen dem Verwaltungsgericht ungefähr 7.500 Klagen auf amtsangemessene Alimentation vor. Knapp 4.000 dieser Klagen vertritt der DGB-Rechtsschutz für Mitglieder der DGB-Gewerkschaften.

### Die Angleichungszulage wird nur befristet gewährt

Senat und Bürgerschaft haben auf diesen Druck reagiert. Mit den Novemberbezügen 2022 wurde den **aktiven** Beamtinnen und Beamten rückwirkend die Angleichungszulage für 2021 ausgezahlt, mit den Dezemberbezügen 2022 folgt die Angleichungszulage für 2022.

Die Angleichungszulage wurde zeitlich befristet und rückwirkend für die Jahre 2021 bis 2025 eingeführt. Die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erhalten sie nicht. In den Jahren 2022 bis 2025 erfolgt die Auszahlung mit den Dezemberbezügen. Nach dem Jahr 2025 soll die Angleichungszulage wieder entfallen. Die Höhe der Angleichungszulage richtet sich nach der durchschnittlichen monatlichen Besoldung im Bezugsjahr, sie beträgt in den Jahren 2021 und 2022 jeweils 33 Prozent und in den Jahren 2023 bis 2025 jeweils 20 Prozent des Bezugswertes.

Die Einführung der Angleichungszulage hat das Ziel, die Besoldung der aktiven Beamtinnen und Beamten ab 2021 rechtssicherer auszugestalten und die Chancen von Klagen vor dem Verwaltungsgericht zu reduzieren. Die Angleichungszulage allein wird jedoch voraussichtlich nicht das Problem der amtsangemessenen Alimentation aller Betroffenen lösen.

Die Forderung des DGB und seiner Gewerkschaften ist klar: **Die Angleichungszulage muss über das Jahr 2025 hinaus unbefristet fortgeführt und in die Besoldungstabelle eingebaut werden.** So würden auch Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von der Angleichungszulage profitieren. Mit einer unbefristeten Einführung würde auch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Hamburg deutlich gestärkt werden.



V.i.S.d.P. DGB Nord, Abteilung Öffentlicher Sektor, Olaf Schwede, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, 15. November 2022, Kontakt: olaf.schwede@dgb.de



## Das Besoldungsstrukturgesetz 2023

Der Senat wird voraussichtlich versuchen, im Jahr 2023 mit einem separaten Besoldungsstrukturgesetz die amtsangemessene Alimentation zu gewährleisten. Dabei wird er wahrscheinlich rückwirkende Regelungen für 2022 treffen wollen. Die genauen Maßnahmen und der genaue Zeitplan dieses Gesetzgebungsverfahrens sind aktuell noch nicht bekannt. Ein Gesetzesentwurf liegt noch nicht vor.

Über die Erfolgsaussichten eventueller Anträge auf amtsangemessene Alimentation im Jahr 2022 kann damit aktuell – angesichts der voraussichtlich offenen Rechtslage - keine seriöse Aussage getroffen werden. **Eine Rechtsschutzzusage für Erstanträge aus dem Jahr 2022 seitens der Gewerkschaften des DGB ist damit aktuell nicht möglich.**

## Was bedeutet das nun für die laufenden Verfahren aus 2020?

Klagen und offene Widerspruchsverfahren zu Anträgen aus 2020 entfalten ihre Wirkung auch für die Folgejahre, wenn zwischenzeitlich keine amtsangemessene Alimentation hergestellt wird und die Ansprüche jährlich haushaltsnah geltend gemacht werden. Die DGB-Rechtsschutz GmbH wird deswegen ihre bereits vorhandenen Mandantinnen und Mandanten anschreiben und zu Geltendmachungen für das Jahr 2022 auffordern. Für das Jahr 2021 ist dies im letzten Jahr bereits geschehen. Die Mandantinnen und Mandanten der DGB-Rechtsschutz GmbH werden gebeten, dieses Schreiben zu beachten und der Aufforderung nachzukommen.

Nach aktuellem Stand werden voraussichtlich im November 2022 weitere Teilwiderspruchsbescheide für im Jahr 2020 eingereichte Anträge verschickt werden. Mitglieder der Gewerkschaften des DGB, die einen solchen Bescheid für einen Antrag aus 2020 erhalten, sollten diesen umgehend an die DGB-Rechtsschutz GmbH weiterleiten. Mitglieder, die einen Bescheid erhalten und bisher noch nicht Mandantinnen oder Mandanten des DGB-Rechtsschutz sind, sollten umgehend einen Antrag auf Rechtsschutz bei ihrer jeweiligen Gewerkschaft stellen und die hierfür notwendigen Unterlagen vorlegen. Über die Genehmigung des Rechtsschutzes entscheidet die jeweilige Gewerkschaft.

## Wie geht es nun mit den Klagen weiter?

Zu den bisher für 2020 beim Verwaltungsgericht Hamburg eingereichten Klagen gibt es aktuell keinen neuen Sachstand. Die Gewerkschaften haben ihre Vorschläge zur Auswahl von Musterverfahren eingereicht, die exemplarisch behandelt werden könnten.

Der DGB und seine Gewerkschaften werden weiter informieren. Im Rahmen des beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahrens werden sich der DGB und seine Gewerkschaften für strukturelle Verbesserungen der Besoldung und Versorgung einsetzen.



V.i.S.d.P. DGB Nord, Abteilung Öffentlicher Sektor, Olaf Schwede,  
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, 15. November 2022, Kontakt: olaf.schwede@dgb.de



# Dienstunfähigkeit – was nun?

Zum Verlauf des Dienstunfähigkeitsverfahrens, worauf zu achten und wo Widerspruch möglich ist

Vorweg möchte ich darauf hinweisen, dass der hier beschriebene Prozess nicht verwechselt werden darf mit den Regelungen für das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM). Das ist ein anderer Vorgang mit eigenen Verfahrensweisen (und gesetzlichen Grundlagen), der eigentlich einer konkreten Überprüfung auf Dienstfähigkeit vorausgegangen sein sollte. In diesem Beitrag geht es vielmehr darum, was passiert, wenn die Dienstfähigkeit in Frage gestellt und die Dienstunfähigkeit festgestellt werden soll. Hierbei sollte man sich vor Augen halten, dass Beamt\*innen grundsätzlich in den Ruhestand versetzt werden können, wenn sie auf Dauer dienstunfähig sind: wenn sie 3 Monate innerhalb der letzten 6 Monate aufgrund von Arbeitsunfähigkeit keinen Dienst mehr geleistet haben und auch innerhalb der nächsten sechs Monate nicht davon auszugehen ist, dass die Dienstfähigkeit wiederhergestellt wird. Dann vermutet die Behörde eine dauernde Dienstunfähigkeit. So definieren es die Regelungen des Beamtenstatusgesetzes (§ 26 BeamStG) und des Hamburgischen Beamtengesetzes (§ 41 HmbBG).

Zunächst wird ein Untersuchungstermin beim Personalärztlichen Dienst (PÄD) angekündigt. Parallel wird der Dienstvorgesetzte (Schulleitung) von der Behörde aufgefordert, einen sogenannten Entwicklungsbericht zu schreiben. Die Fragestellung lautet dabei, wie sich die unterrichtliche Tätigkeit vor dem Hintergrund der jeweiligen gesundheitlichen Entwicklung darstellt. Betroffene Kolleg\*innen haben einen Anspruch darauf, diesen Bericht zu erhalten. Darauf sollte man auch achten, um bösen Überraschungen vorzubeugen und gegebenenfalls eine eigene Darstellung schreiben zu können.

Wenn die schriftliche Einladung zu einem Termin beim PÄD im Postkasten liegt, muss der Untersuchungstermin auch wahrgenommen werden. Wenn man den Termin verschieben möchte, müssen dafür besondere Gründe vorliegen. Das ist mit dem PÄD abzusprechen. Geht man unentschuldig nicht zur Untersuchung, wird die Dienstunfähigkeit zugrunde gelegt.

Nach der medizinischen Untersuchung erstellt der PÄD ein Gutachten, das an die Behörde geschickt wird und die Grundlage für weitere Entscheidungen bildet. Von diesem PÄD-Gutachten sollte man sich von der Personalsachbearbeitung eine Kopie zusenden lassen.

Es gibt grundsätzlich vier Optionen:

- entweder es wird die dauerhafte Dienstunfähigkeit festgestellt; mit der Folge der Einleitung des vorzeitigen Ruhestandes; also Frühpensionierung,
- oder es wird die Wiederherstellung der Dienstfähigkeit in einem absehbaren Zeitraum (ca. 6 Monate) konstatiert; also eine Wiederaufnahme des Dienstes,
- oder es wird eine Teildienstfähigkeit festgestellt; was einer Zwangsteilzeit mit entsprechendem Salär entspräche,
- oder der PÄD empfiehlt eine anderweitige Verwendung in einer anderen Tätigkeit; was mit der Versetzung an eine andere Dienststelle verbunden wäre.

Dieser Prozess kann durchaus mitgestaltet werden, indem man sich vorab klar macht, welche dieser Optionen dem eigenen Gesundheitszustand entspräche. Passende eigene Gutachten sollten dann zum Untersuchungstermin beim PÄD mitgebracht werden.

Beamt\*innen können im Falle einer drohenden Dienstunfähigkeit in einem anderen Tätigkeitsfeld eingesetzt werden. In diesen Fällen ist der Dienstherr, die Freie und Hansestadt Hamburg, entsprechend § 26(2)+(3) des Beamtenstatusgesetzes verpflichtet, nach einem alternativen Arbeitsplatz zu suchen. Es muss in allen Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg nach einer alternativen Tätigkeit Ausschau gehalten werden. Erst danach kann eine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand in Betracht gezogen werden.

Es gibt zwei Voraussetzungen für die Versetzung in ein anderes Tätigkeitsfeld: Einmal die gesundheitliche Eignung für eine andere Verwendung und dann die tatsächliche Möglichkeit einer solchen Beschäftigung, also eine entsprechende freie Stelle.

Für den Erwerb von Fähigkeiten, die für die Ausübung einer neuen Tätigkeit notwendig sind, besteht die Verpflichtung, an entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Daraus leitet sich im Umkehrschluss ab, dass der Vorgesetzte auch entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten anzubieten hat. Sonst macht das Qualifizierungsgebot keinen Sinn.

Fällt die Behörde eine Entscheidung, den vorzeitigen Ruhestand einzuleiten, ergeht ein Schreiben, in dem mitgeteilt wird, dass innerhalb von drei Wochen Einwendungen gegen die Versetzung erhoben und die Mitbestimmung des Personalrates beantragt werden können. Beides sollte getan werden.

Einwendungen können zum einen gegen das Gutachten des PÄD erhoben werden. Hierfür wird ein ärztliches Gegengutachten benötigt, das sich mit dem Gutachten des PÄD auseinandersetzt und darlegt, weshalb innerhalb der nächsten sechs Monate (ab Untersuchung PÄD) mit der vollen Wiederherstellung der Dienstfähigkeit zu rechnen ist und/oder weshalb ein anderweitiger Einsatz aus ärztlicher Sicht möglich ist.

Des Weiteren können Einwendungen bezüglich des Suchprozesses nach einer anderweitigen Verwendung erhoben werden. Insbesondere wenn die Suche nach einer anderen Stelle nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Hier müsste vornehmlich überprüft werden, ob lange genug gesucht wurde. Nach behördlichen Angaben dauert die Suche zirka ein halbes Jahr. Es muss nach Stellen gesucht werden, die entweder bereits frei geworden sind oder innerhalb der nächsten 6 Monate frei werden, auch bei anderen Behörden.

Die Mitbestimmung des Personalrats sollte ebenfalls beantragt werden. Der Dienstherr muss dann den Personalrat um Zustimmung zur Versetzung in den Ruhestand bitten. Verweigert der Personalrat die Zustimmung, schließt sich ein Verfahren von Schlichtung und Einigung an. Das bringt zum einen Zeit, zum anderen lassen sich während des Verfahrens ggf. andere Lösungen finden. Der Personalrat braucht dazu ebenfalls ein Gutachten der Ärztin, des Arztes. Bei der Zustimmungsverweigerung kann die GEW-Rechtsberatung den Personalrat, wenn er in der GEW organisiert ist, unterstützen.

Nach Abschluss des Verfahrens der Einwendungen und der Personalratsbeteiligung erfolgt – wenn die Behörde an Ihrer Absicht festhält – eine Versetzung in den Ruhestand. Hiergegen kann ebenfalls der Rechtsweg beschritten werden, was aber keine aufschiebende Wirkung hat.

Hinsichtlich der Abfassung der Einwendungen kann die GEW-Rechtsberatung gerne unterstützend tätig werden. Dafür sollte eine Kopie des Schreibens der Behörde und des PÄD-Gutachtens an die Rechtsberatung geschickt werden. Für ein eventuell erforderliches Widerspruchs- und Klageverfahren gewährt die GEW ihren Mitgliedern bei ausreichenden Erfolgsaussichten grundsätzlich Rechtsschutz.

ROLAND STOLZE

## Wie kann es weitergehen?

Treffen zu Fragen der Dienstunfähigkeit und Frühpensionierung im Februar 2023

Längere Krankheitsphasen führen oft – zusätzlich zur Belastung durch die Krankheit selbst – zu Unsicherheiten bezüglich der beruflichen Zukunft. Wenn man sich nicht vorstellen kann, wieder in den Schuldienst zurückkehren zu können, entstehen möglicherweise Existenzängste. Steht ein Termin beim Personalärztlichen Dienst (PÄD) zur Prüfung der Dienstfähigkeit an, ist es vielleicht hilfreich, einschätzen zu können, wie dieser verlaufen könnte. Und welche Konsequenzen könnte das Gutachten des PÄD für die persönliche und berufliche Zukunft haben?

Wir möchten in der GEW ein Treffen anbieten, zu dem Kolleg\*innen, die in einer solchen Phase der Unsicherheit und Veränderung sind und solche, die bereits den Status einer § 26.2.-Kraft haben, kommen und sich austauschen können.

Relevante Fragen zur Feststellung der Dienstunfähigkeit, Frühpensionierung, zu alternativen Einsatzmöglichkeiten etc. sollen in einem vertrauensvollen Umfeld und Gespräch erörtert und, wenn möglich, beantwortet werden.

Dazu wollen wir Sie gerne im Februar 2023 einladen. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

Sollten Sie eine Person kennen, die kein\*e Leser\*in der *hlz* ist, sich aber in der geschilderten Situation befindet, geben Sie die Information bitte gern weiter.

MARION BEECK und ROLAND STOLZE

## entspannen, schreiben, achtsam sein



Weitere Infos und Seminarangebote unter  
[gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung](http://gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung)

### Entspannungstechniken: Qigong

Langsame Bewegungen, die weder die Gelenke belasten, noch eine große körperliche Fitness voraussetzen, führen bei uns steigender Beliebtheit erfreut. Das Seminar ist auch für Fortgeschrittene geeignet.

**Samstag 17.02.2023, 11-15 Uhr**  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15  
Leitung: Kai Schlupkothen  
Kostenanteil: 10 € inkl.  
Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 50 €)

### Resilienz – Innere Stabilität und Belastbarkeit

Pädagog\*innen müssen im Alltag von Schule und Kita immer neuen Anforderungen gerecht werden und kämpfen häufig gegen hohe Ansprüche. Resilienz (Widerstandsfähigkeit, Bewältigungskompetenz) trägt dazu bei, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, innere Balance zu finden und gesund zu bleiben. Im Seminar erfahren die Teilnehmenden durch praktische Übungen, was sich hinter den Haltungen resilienter Menschen verbirgt und wie sie diese persönlich für ihren Alltag nutzen können und diskutieren Möglichkeiten und Grenzen des Resilienzkonzeptes.

**Samstag 25.02.2023, 10-17 Uhr**  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,

Rothenbaumchaussee 15  
Leitung: Thomas Utesch  
Kostenanteil: 10 € inkl.  
Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 50 €)

### Exposé-Schreibwerkstatt

Für Studierende in der Endphase und Absolvent\*innen, die sich bereits zu einer Promotion entschlossen und eine erste Idee für ein mögliches Promotions-thema haben - für Mitglieder und Interessierte  
Das Exposé ist Voraussetzung für die Bewerbung um ein Promotionsstipendium, manchmal auch für wissenschaftliche Stellen. Ein Exposé wird nicht »mal eben schnell« geschrieben, sondern erfordert bereits eine sehr aktive Auseinandersetzung mit dem gewählten Thema. Vor diesem Hintergrund sollen Aufbau, Inhalte, wissenschaftliches Arbeiten, eigenes Schreiben, Beispiele und gegenseitige Unterstützung im Vordergrund stehen. Ergänzt wird dies durch Schreibübungen und Planungsstrategien. Gerne können vorliegende Entwürfe bzw. Fragmente mitgebracht werden.

Das Seminar (inkl. Verpflegung und Unterkunft) kostet für Mitglieder der GEW Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen 20 Euro. GEW-Mitglieder anderer Landesverbände erfragen bitte die Kostenübernahme bei ihrem Landesverband oder kontaktieren uns.

**Samstag, 04.03.2023, 11:00 bis**  
**Sonntag, 05.03.2023, 17 Uhr**

Gustav-Stresemann-Institut,  
Bad Bevensen,  
<https://gsi-bevensen.de/>  
Leitung: Ingrid Keller-Russell  
Kostenanteil: 20 € inkl.  
Verpflegung (ermäßigt: 10 €, Nicht-Mitglieder: 80 €)  
In Kooperation mit der GEW  
Niedersachsen

### Sicherheit im Netz

In diesem Seminar können die Teilnehmenden praktisch lernen, wie sie Daten auf ihrem Computer und im Internet schützen. Im Workshop werden erstens Grundlagen zur Computersicherheit vermittelt, d.h. Fragen zu Betriebssystemen, Schutz vor Schadsoftware sowie sinnvollen Antivirenprogrammen beantwortet. Zweitens wird praktisch angeleitet, wie das Surfen im Internet funktionieren kann ohne ungewollt Daten zu hinterlassen.

**Samstag 18.03.2023, 10-17 Uhr**  
Kiek In!, Gartenstraße 32,  
24534 Neumünster,  
[www.kiek-in-nms.de](http://www.kiek-in-nms.de)  
Leitung: Dr. Björn Tylkowski  
Kostenlos für GEW-Mitglieder  
inkl. Verpflegung  
(Nicht-Mitglieder: 20 €)

### Anmeldung

Über die GEW-Website:  
[www.gew-hamburg.de/seminare](http://www.gew-hamburg.de/seminare). Ermäßigung gibt es für Erzieher\*innen, Referendar\*innen, Studierende, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.



# Bildung in der Migrationsgesellschaft – weiter denken und gestalten!

Der LAMBDA lädt zum Livestream der Online-Tagung ins Curio-Haus

## Online-Tagung am 9. und 10. Dezember 2022

Zusammen mit dem Bundesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung (BAMA) veranstaltet der GEW-Hauptvorstand am 9. und 10. Dezember 2022 eine digitale Aktiven- und Vernetzungstagung und lädt interessierte Mitglieder aus allen Bildungsbereichen herzlich dazu ein. Neben Fachbeiträgen bietet die Online-Tagung Gelegenheit, sich über aktuelle Herausforderungen, GEW-Positionen und Kooperationen im Themenfeld ›Bildung in der Migrationsgesellschaft‹ auszutauschen. In Workshops werden Aspekte zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen, zum Umgang mit migrationsbedingter Mehrsprachigkeit und (rassistischen) Diskriminierungen sowie zur Anerkennung im Ausland ausgebildeter Kolleg\*innen vertieft.

Für weitere Informationen und das Programm siehe: <https://www.gew.de/VS-Bildung-Migration>.

## Livestream im Curio-Haus am Freitag, den 9. Dezember ab 17 Uhr

Die Eröffnungsveranstaltung der digitalen Aktiven- und Vernetzungstagung beginnt am Freitagabend den 9. Dezember 2022 live in Frankfurt mit einer Podiumsdiskussion und einer Lesung. Der LAMBDA (Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus) lädt am Tagungsthema interessierte Kolleg\*innen ein, sich am Freitag vor Ort im Curio-Haus ab 16 Uhr zu vernetzen und gemeinsam ab 17 Uhr die Übertragung des Livestreams aus dem Hauptvorstand der GEW in Frankfurt anzusehen.

**Bitte meldet euch an unter  
[info@gew-hamburg.de](mailto:info@gew-hamburg.de).**

ANGELIKA REUTER für den LAMBDA

## Junge Gewerkschafter\*innen: Auf nach Israel!

Vom 04.-14. März 2023 gibt es wieder eine Israel-Delegation für Junge Multiplikator\*innen der GEW

Der Austausch zwischen der GEW und dem Dachverband der israelischen Gewerkschaften – der Histadrut – hat eine jahrzehntelange Tradition. An diese Tradition wollen wir anknüpfen und vom 04.-14.03.2023 mit jungen Gewerkschafter\*innen (bis 35 Jahre) nach Israel reisen. Dort wollen wir zusammen mit israelischen Gewerkschafter\*innen die Lebens- und Arbeitswelt junger Israelis und das Land in all seinen verschiedenen Facetten kennenlernen.

Wir werden gemeinsam Betriebe, Bildungseinrichtungen und Jugendstätten aufsuchen, um uns intensiv über die Rolle von Gewerkschaften, Mitbestimmung und der Arbeitswelt junger Menschen auszutauschen. Dabei soll es um die Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten zwischen deutscher und israelischer Gewerkschaftsarbeit gehen. Vor welchen Problemen stehen die Gewerkschaften aktuell? Wie gehen sie mit den politischen Spannungen im Land um? Diese und weitere Fragen werden wir auf unserer Reise durch das Land mit unterschiedlichen Kooperationspartner\*innen diskutieren, um ein möglichst differenziertes Bild der politischen, sozialen und gesellschaftlichen Lage zu bekommen.

Darüber hinaus besuchen wir verschiedene Orte des Gedenkens an die Shoa. In diesem Zusammenhang werden wir uns bereits vor der Delegation mit der Geschichte der Shoa auseinandersetzen, um einen aktiven Beitrag zur gewerkschaftlichen Erinnerungs- und Gedenkkultur zu leisten.

Ziel dieser Delegation ist es, junge Gewerkschafter\*innen zum kritischen Reflektieren anzuregen. Wir wollen nicht nur neue Kontakte knüpfen, sondern auch andere Lebens- und Arbeitsrealitäten kennenlernen und diese anschließend kritisch diskutieren. Zudem möchten wir die Teilnehmer\*innen dazu anregen, als Multiplikator\*innen zu wirken und ihre gesammelten Erfahrungen weiterzugeben und zu teilen.

Für die Teilnahme ist der Besuch des Vorbereitungsseminars ›Israel-Delegationen‹ und eines nachbereitenden Seminars verpflichtend sowie ein Bewerbungsschreiben erforderlich. Es muss ein Kostenbeitrag des Austausches mitgetragen werden.

Für weitere Informationen über die Delegation und den Bewerbungsprozess achtet bitte auf den Newsletter der GEW Hamburg!

Eure JUNGE GEW

# Die Einkommen schrumpfen gewaltig! – »Und nu?«

Warum Preise nicht ›steigen‹, sondern erhöht werden – und was das für gewerkschaftliche Kämpfe bedeutet

Seit einiger Zeit dreht es sich in Politik, Öffentlichkeit und Gewerkschaften um die Bewältigung einer weiteren Krise: der zu hohen Inflation! Der stellvertretende GEW-Vorsitzende Bodo Haß wirft deswegen die Frage auf, »was wir als Gewerkschaft jetzt machen müssen?« Er fordert, dass »die Belastungen mindestens (!) auszugleichen« sind, und deutet an, dass »kämpferisch[e] [...] Auseinandersetzungen [...] nicht einfach werden« (hlz 9-10/2022, 9). Hier ein Statement dazu, worum es sich bei dieser Inflation handelt und warum bei der Umsetzung der Gewerkschaftsforderungen Probleme geradezu vorprogrammiert sind.

## In der Marktwirtschaft hat jedes Ding ein Preisschild

Grundlegend ist festzuhalten: Die Inflation ist kein Subjekt, das ›klettert‹. Sie ist das Ergebnis des Handelns von Eigentümer\*innen der vielen nützlichen (und auch unnützen) Gegenstände, sie entscheiden sich, durch heftiges Drehen an der Preisschraube, Aufschläge für ihre Waren und Dienstleistungen durchzusetzen (für Lebensmittel, Energie, Mieten etc.). Wenn das »allgemeine Preisniveau« erhöht wird, können sich Geldbesitzer\*innen weniger kaufen. Die ›Kaufkraft‹ sinkt. Für die Mehrheit heißt das: Verarmung.

Für die gewinnträchtigen Treibstoffkonzerne z.B. sieht es anders aus. Sie erhöhen die Preise tagtäglich, zwischenzeitliche Kostensenkungen ändern an der Tendenz der Verteuerung nichts. In den letzten Quartalen verdoppelten bis verdreifachten sie ihre Gewinnmargen zu veritablen Extraprofiten. Selbst in der Investigativabteilung der ARD wird die oft gepriesene »Freiheit« bei der Preisgestaltung als »Trickserei« skandalisiert. Beim Dieselpreis beziehen die Firmen etwa eine Verknappung in ihre Kalkulation ein, die es (noch) nicht gibt; denn »russischer Diesel« wird weiterhin geliefert, ein weiteres »Embargo [greift] erst im nächsten Jahr« (tages-

schau.de, 25.10.22). Der kleine öffentliche Aufreger hat aber nichts gegen die unternehmerische Freiheit, hohe Preise zu generieren, nur dagegen, dass womöglich »soziale Verwerfungen« drohen. Gewerkschaften müssten hier grundlegende Fragen stellen, was gegen die Auslöser dieser »Verwerfungen« zu tun ist? Denn Zahlungsfähigkeit ist die Voraussetzung, um an die Dinge des Bedarfs zu kommen.

## Verteuerung des alltäglichen Lebens

Die leidige Inflationsrate wird behördlicherseits regelmäßig festgestellt. Dabei geht es nicht um die Steigerung der Preise einzelner Produkte, sondern es wird z. B. der Durchschnitt von ›Erzeugerpreisen‹ ermittelt; es gibt z.B. den ›Verbraucherpreisindex‹, der die Wirkungen der gestiegenen Preise auf Verbraucher\*innen ausweist etc. Deren Unterschiede verschwinden, wenn Statistiken eine Durchschnittsfamilie mit einem durchschnittlichen Einkommen auflisten. Dazu wird ein fiktiver ›Warenkorb‹ genommen. Die immens gestiegenen Preise für Energie sorgen schon ganz allein dafür, dass bei entsprechendem Lohn Heizung oder Warmwasser abgestellt werden. Der erhöhte Gaspreis erzielt seine Wirkung dazu bei vielen anderen Produk-

ten, so dass der Kontostand von Otto Normalverbraucher schnell ›Ebbe‹ anzeigt. Schönfärberisch ermittelt das *Statistische Bundesamt* bei Kaltmieten als Anteil vom Nettoeinkommen »rund 20 %«. »Eurostat weist [...] für Mieten in Deutschland rund 10 %« aus (sueddeutsche.de, 17.8.21). Dagegen führt die Studie der *Hans-Böckler-*

*Stiftung* aus, dass in Großstädten die Hälfte der Haushalte »mehr als 30 %« an Wohnkosten zahlen muss (faz.de, 16.6.21), und das Statistische Bundesamt ermittelt bei den »Alleinerziehenden« und der »Armutsgefährdeten Bevölkerung« einen Anteil von ca. »50 %«.

Mittlerweile führt die Teuerung zu drastischen Einschränkungen bei Normalverdiensten bis in die Mittelschicht hinein. Zu den bekannten For-

**Die Formel »Alles wird teurer« ist unsachlich, dass sich alles verteuert, heißt: Nur die Löhne steigen nicht.**

men der Armut kommt jetzt die »Ernährungsarmut« (der-paritaetische.de, 24.6.22) bei den Empfänger\*innen der Mindestsicherung hinzu. Viele leiden unter »Mangelernährung« (food-watch.de, 11.10.22). Dramatisch wirkt sich das also bei den Menschen aus, die arm sind und die es in großer Zahl schon vor den letzten Einschnitten der großen Krisen gab, ob es sich nun um die Auswirkungen der Finanzkrise 2007 ff., der Corona-Pandemie oder der sich abzeichnenden Klimakatastrophe handelt. Die Politprominenz begleitet den Überlebenskampf der von Armut Betroffenen mit unsäglichen Sprüchen: »Frieren für den Frieden« (Gauck), »zwei Pullover und Kerzen« (Schäuble), »Waschlappen« benutzen (Kretschmann) und »Wecker beim Duschen stellen« (Kerstan). Einer Erklärung bedarf es nicht – bis auf den Hinweis: »Putins Krieg«; die »Sanktionen« des Westens anzusprechen, ist ein Tabu.

Fazit: Proteste sind gegen diese Krisenpolitik notwendig, die eine arme Mehrheit zur Kasse bittet, während eine reiche Minderheit Extraprofite einstreicht. Die Proteste müssen in Frage stellen, dass das sogenannte Gemeinwohl auch durch die geopolitische »Zeitenwende« diktiert wird.

#### **Zur Gretchenfrage:**

#### **Wie heiß wird es im Herbst?**

Die bundesweiten Demonstrationen großer Teile der institutionellen und außerparlamentarischen Linken erzeugten eher ein zartes Flämmchen, aber keinen heißen Herbst. Knapp 20.000 Teilnehmer\*innen – das sind keine »Volksaufstände«, wie Annalena Baerbock befürchtet. So resümiert der Kollege Haß, dass »unsere Gesellschaft solidarisch durch den Herbst geht (im Großen und im Kleinen)«. »Solidarität« wird so zum neuen Schlagwort für Opfer- und Verzichtsbereitschaft der Lohnabhängigen verboten.

Die absolute Mehrheit im Bundestag postuliert, dass die »Wirtschaft« die Teuerungen nicht alleine schultern könne, die von ihr angerichteten Schäden

müssten also von »uns allen« kompensiert werden. Die Macher und die Opfer des Übels der Inflation sollen »solidarisch« an einem Strang ziehen. Der DGB Hamburg fordert eine »gerechte Verteilung von Krisenkosten«. Bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen bedarf es keiner Rechenkünste, wer am Ende wieder als Verlierer\*in dasteht.

**Unterschriftenlisten,  
Bittbriefe und Demonstrationen bis hin zu Warnstreiks lassen die Gegenseite unbeeindruckt, all die Diskussionen und Veränderungen an der Gasumlage und einer Übergewinnsteuer verändern die Grundtendenz der Krisenpolitik nicht. Das einzige wirksame Mittel dagegen wäre der Streik.**

Unterschriftenlisten, Bittbriefe und Demonstrationen bis hin zu Warnstreiks lassen die Gegenseite unbeeindruckt, all die Diskussionen und Veränderungen an der Gasumlage und einer Übergewinnsteuer, all das verändert die Grundtendenz der Krisenpolitik nicht. Das einzige wirksame Mittel dagegen wäre der Streik. Und das grundlegende Problem ist doch, dass Tarifauseinandersetzungen nie »einfach werden« (Haß), da die vorgegebenen Regeln des Tarifrechts die

Interessen der Lohnabhängigen beschneiden. Von vornherein ist klar, dass die Forderung unserer Gewerkschaft mit »10,5 %« für kommendes Jahr nur eine Verhandlungsbasis darstellt. Dass zum Verhandlungsschluss in der Regel weniger, z. T. auch nichts übrig bleibt, ist leider zu Genüge aus der Vergangenheit bekannt, selbst wenn Streiks erfolgten. So erinnert der GEW-Kollege an das »magere Tarifergebnis des TVL im letzten Jahr«, bei dem die »Tariferhöhung« schon vor der nächsten Runde durch die Preistreiberie aufgebraucht war.

Erinnert sei hier auch daran, dass Edeka & Co. Preiserhöhungen tagtäglich vornehmen können, die Lohnabhängigen, gerade auch die Prekären im Bildungsbetrieb mit dem Haushalten müssen, was beim letzten Tarifvertrag ausgehandelt wurde. Die Formel »Alles wird teurer« ist deswegen unsach-

lich; dass sich alles verteuert, heißt: Nur die Löhne steigen nicht. In kürzeren Abständen nachzuziehen, das ist laut Tarifrecht für beide Seiten möglich, erfahrungsgemäß wird die vereinbarte »Mindestlaufzeit« eingehalten. Der Verband *SchaLL.NRW* hat die Tarifpartner\*innen wegen der »hohen Inflation« (news4teachers.de, 9.9.22) vergeblich aufgerufen, den »laufenden Tarifvertrag [...] zu kündigen«, um neu zu verhandeln. Nicht zu vergessen ist dabei die Steuerprogression, die der Staat ein-kassiert, wenn der Verdienst gestiegen ist.

## **Die Einmalzahlungen ersparen den Betrieben Kosten, für die Beschäftigten bedeuten sie vor allem eins: Lohnverzicht.**

Die Situation ist so problematisch, dass Zuversicht nicht angesagt ist, alle abhängig Beschäftigten würden über die Runden kommen. Zwei Beispiele aus dem befreundeten Ausland, um zu unterstreichen, wer sich in die Tarifaueinandersetzungen einmischte: Der mehrwöchige Streik der Raffineriarbeiter\*innen in Frankreich wurde mit dem Ziel geführt, eine 10 %-Lohnerhöhung wegen der allgemeinen Preiserhöhungen und der Extraprofite der fossilen Industrie zu erkämpfen. Die Regierung reagierte mit »Zwangsmaßnahmen« und »verpflichtete das notwendige Personal zur Arbeit« (spiegel.de, 12.10.22). Nach der Diskussion in England, »sektorenübergreifende Streiks« (hlz 9-10/2022, 7) zu organisieren, plant die Regierung angesichts von Massenstreiks, drastische gesetzliche Einschränkungen vorzunehmen, damit die Zirkulation von Waren und Arbeitskräften nicht gestört wird. Die Gewerkschaften sprechen von einer »Aushebelung des Streikrechts«. Staat und Kapital sind eine geballte Macht, die die Lohnerhöhungen immer wieder begrenzen oder sie gar zunichte machen. Das führt in den Krisen dazu, dass die Verarmung zunimmt und neue Formen annimmt. Es besteht berechtigte Sorge, dass das hohe Preisniveau sich wenig nach unten bewegt, also die Armut sich verallgemeinert. Eine große Zahl der Lohnarbeiter\*innen kann eine »Preisanpassung« nicht vornehmen. Vor einer »Lohn-Preis-Spirale« warnen die Mächtigen in diesem Lande immer wieder. Das analoge Nachziehen der Löhne, heißt es, würde die Kaufkraft nur vordergründig steigern, weil Unternehmen sie sofort durch Preiserhöhungen wieder egalisieren und die nächste Lohnrunde fällig wäre. Somit sollten die Gewerkschafter\*innen der Politik der Ampel-Koalition illusionslos gegenüber treten, sie wird sich ohne Kämpfe nicht auf unsere Interessen zubewegen.

»Lohnarbeit frisst so viel Lebenszeit« (hlz 7-8/2022, 7), dazu der krankmachende »Ärger und Stress«, so die neue hlz-Redaktion und folgert: »Kämpfe müssen auch gegen Politiken« gerichtet sein. »Verzichtaufforderungen« (hlz 9-10/2022, 6-7) hätten hier nichts zu suchen; dazu sind schon unter *Beteiligung* von Gewerkschaften, »die viel an Einfluss [und Mitgliedern] verloren haben«, die Entgelte und die Arbeitsbedingungen zu weit nach unten gedrückt worden. »Sozialpartner, die alles richtig gemacht haben« (FAZ, 19.10.22) – wenn so heute in der Bundesrepublik getitelt wird, dann geht es leider nicht um eine Lösung, sondern eben um den Verzicht der Lohnabhängigen, die ihre Forderungen

der Wirtschaftslage der Unternehmen unterordnen. Die Unternehmen haben mit Preiserhöhungen und ausgeschütteten Dividenden die Lage reichlich genutzt. Ihr weiterer Erfolg dürfe nicht durch Lohnerhöhungen gefährdet werden. Betriebliche Sonder- und staatliche Einmalzahlungen zielen darauf ab, die von den Unternehmen Abhängigen davon abzuhalten, einen gleichwertigen Ausgleich zu ihren Verlusten durch Preiserhöhungen zu erreichen. Der Kanzler hat die Gewerkschaften im Sommer bei der »Konzertierten Aktion« aufgefordert, zu verhindern, dass »Lohnerhöhungen [...] die Inflation weiter antreiben« (n-tv.de, 27.6.22). Der Arbeitgeberpräsident Dülger sieht auch die Möglichkeit der Politik, den »nationalen Notstand auszurufen, der auch Streikrecht breche« (n-tv.de, 2.7.22). Die geforderten Einmalzahlungen ersparen den Betrieben Kosten, für die Beschäftigten bedeuten sie vor allem eins: Lohnverzicht. Die Einmalzahlungen fließen im Unterschied zu den Tarifierhöhungen nicht in die Rentenzahlungen ein und sind nicht »tabellenwirksam«.

Bloß ökonomische Auseinandersetzungen werden nicht weiterhelfen, auch wenn sie für die Lohnabhängigen bitter notwendig sind. Lassen sich die GEWler\*innen auf diese Spielregeln ein, die weiterhin als »Sachzwänge« oder »Notwendigkeiten« in der globalen Standortkonkurrenz propagiert werden, ist für die Schäden weiter gesorgt. Soll es wirklich um die »freie Zeit« für »Muße und Sinnlichkeit« (hlz 7-8/2022, 6) gehen, dann bedarf es anderer Strategien, mit der Absicht, erfolgreich »Sand ins Getriebe« (T. W. Adorno) zu streuen!

FRANK BERNHARDT,  
im Ruhestand



**ZUR LAGE DER STADTTEILSCHULEN (I)  
BILDUNGSPOLITIK ALS MANGELVERWALTUNG**





# Bildungspolitik als Mangelverwaltung

Wie viele erfahrene h/z-Leser\*innen sicherlich wissen, ist das Thema Stadtteilschule eng mit der gewerkschaftlichen Debatte um ›Eine Schule für Alle‹ verbunden. Gerade deswegen hoffen wir, dass unsere gymnasialaffine Leser\*innenschaft dieses Heft nicht schon beim Blick auf den Titel in die Tonne steckt. Denn mit dem Fokus ›Stadtteilschule‹ geht es weniger um ein ›Ranking‹, welches diese *zulasten* anderer Schulformen ›auszeichnen‹ soll. Das wäre ja nicht mehr als die umgekehrte Strategie zu dem, was in Hamburg bildungspolitisch elitenorientiert zuungunsten des Konzepts ›Stadtteilschule‹ praktiziert wird. Der Fokus ›Stadtteilschule‹ verbindet vielmehr wie in einem Kaleidoskop grundsätzliche bildungspolitische Problemlagen, Fragen und Streitpunkte: Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, Integration, Bildungs- und Schulreform – mündend in die Frage, was es für gute Bildung und gute Schule braucht. Am ›Ideal‹ Stadtteilschule (auf die Realität kommen wir noch zu sprechen) zeigen sich Antworten auf diese Herausforderungen: ein Verständnis von Schule nicht nur als Lernort, sondern als inklusiv-integrativer sozialer Erfahrungsraum, Pädagogik nicht nur als (gute) Lehre und Erziehung, sondern im Sinne eines ganzheitlichen, Heterogenität wertschätzenden Verständnisses von Bildung, getragen von der multiprofessionellen Zusammenarbeit unterschiedlicher pädagogischer Berufsfelder. Und weil die Stadtteilschule jünger ist als andere Schulformen in Hamburg, ist ihre Struktur vielleicht noch nicht so verknöchert, offener nicht nur für nachbessernde Veränderungen, sondern auch für grundsätzliche bildungspolitische Debatten.

Den Anstoß, zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Thema ›Stadtteilschule‹ auf den Titel der h/z zu heben, gab uns das Ergebnis einer von der Bürgerchaftsfraktion DIE LINKE auf den Weg gebrachten Großen Anfrage ›Zur Lage der Stadtteilschulen‹. Dieses verdeutlicht, dass gute Bildungspolitik ohne eine sozialpolitische Perspektive nicht zu haben ist. Der Ausdruck ›Lage‹ zeigt sich hier wie in unseren anderen Schwerpunktbeiträgen mehrdeutig: Zum einen Lage im Sinne der aktuellen Situation an den Stadtteilschulen, ihrer Arbeits- und Lernbedingungen, was sie leisten und wo es hakt. Zum anderen aber auch Lage als Ortsbestimmung: Die topografische Lage der Stadtteilschulen gibt

Auskunft über die soziale Lage der Schüler\*innen. Sagen wir es offen: Die Beschäftigung mit Stadtteilschulen ist *klassenpolitisch* geboten, da auf diese Schulen wesentlich diejenigen Schüler\*innen gehen, die ökonomisch und politisch *benachteiligt* sind. Wenn sich dann die Formulierung ›Lage der Stadtteilschulen‹ zudem auf ihre (hierarchisch untergeordnete) Lage innerhalb eines bestimmten Bildungssystems – des Hamburger Zwei-Säulen-Modells – beziehen lässt, verrät das auch etwas über eine im Senat hegemoniale Bildungsauffassung: Leistungs- und elitenorientiert ist diese kaum inklusiv und alles andere als ›ganzheitlich‹ und nachhaltig.

Die Berichte der Kolleg\*innen geben davon ein Zeugnis: Sie fühlen sich zunehmend verheizt, der Lehr- und Lernort Stadtteilschule scheint zu einem Auffangsystem geworden zu sein, das nach einer Initiierungsphase sich selbst überlassen wurde, ohne hier konzeptuell und hinsichtlich der Rahmenbedingungen nachzusteuern. Die Zuschriften künden zugleich von der Perfidie der aktuellen Situation: Diese liegt darin, dass das Festhalten an einem pädagogischen Berufsethos unter den vorherrschenden Bedingungen zulasten der Gesundheit geht beziehungsweise gehen muss. Gesundheitsschutz wiederum hieße unter den gegenwärtigen Bedingungen, den pädagogisch-integrativen Anspruch und damit zugleich das egalitäre Ideal der ›Schulform‹ Stadtteilschule aufzugeben. Dieses Dilemma ist ein politisch erzeugtes: Nicht nur wurde in den letzten Jahren systematisch weggehen und weggehört, wenn auf Probleme aufmerksam gemacht wurde – Stadtteilschulen sind eben eher schlecht als politische Prestigeprojekte zu vermarkten – auch wird ein System politisch akzeptiert, das sozial segregierend, exkludierend und selektierend verfährt. Das betrifft dann genauso andere pädagogische Einrichtungen. Denn es geht nicht einfach nur um ein situatives Versagen der politisch Verantwortlichen, sondern um ein anzugreifendes gesellschaftliches Verständnis von Bildung – ein zu erstreitendes anderes Verständnis von gesellschaftlichem Miteinander überhaupt: Bildungspolitik ist Klassenpolitik!

Für die Redaktion: ANTJE GÉRA

# Zur Lage an den Stadtteilschulen – Berichte der Kolleg\*innen

Anfang Oktober haben wir die Kolleg\*innen an den Stadtteilschulen aufgerufen, uns zu schreiben und ihre Erfahrungen der aktuellen Situation zu schildern. Wir haben gefragt, wie es ihnen gerade geht, wie es um ihre momentanen Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen steht, was ihrer Ansicht nach alte und neue Probleme des Alltags an den Stadtteilschulen sind. Wir wollten zudem wissen, wie die Covid-Pandemie nachwirkt und welche Herausforderungen sich dadurch stellen – und zwar nicht nur für die Kolleg\*innen, sondern auch für ihre Schüler\*innen. An den Zuschriften wird deutlich: Das, was die Stadtteilschulen gegenwärtig zu Orten gelingenden integrativen und inklusiven Lernens macht, verdankt sich dem enormen Engagement all ihrer Pädagog\*innen – den (im Idealfall multiprofessionell zusammenarbeitenden) sozial-, sonder-, heil- sowie therapeutisch-pädagogischen Kolleg\*innen, Lehrenden und Erzieher\*innen. Gleichzeitig wird deutlich: An den Stadtteilschulen gibt es so viele Probleme, dass kein\*e Autor\*in hier noch von ›Bildungspolitik‹ spricht, sondern vermehrt der Ausdruck ›Mangelverwaltung‹ gebraucht wird. Es mangelt an personellen, zeitlichen, räumlichen Ressourcen: Alle müssen alles auffangen – um den Preis, dass entweder die eigene Gesundheit oder die Schüler\*innen ›hinunterfallen‹ (gerade jene, die der besonderen pädagogischen Zuwendung bedürften). Zugleich mangelt es offensichtlich an einer ›Kultur der Kritik‹: Viele Autor\*innen baten uns um Anonymisierung, aus Angst vor Repressalien oder aber aus Resignation, die sich aus der Erfahrung speist, dass Kritik ohnehin ignoriert wird. Denn die Lageberichte zeigen auch: Es gibt kaum neue, sondern gegenwärtig eine enorme Zuspitzung der bereits bekannten, aber von den politisch Verantwortlichen eben nicht angegangenen Probleme. (AG)

**B**eschäftigtenmangel, Coronaschulfolgen, Bildungsplandiskussionen, rechtswidrige Zustände im Gesundheitsschutz – in den Hamburger Schulen herrscht alles andere als Schulfriede. Die Stadtteilschulen schultern dabei zusätzlich den Löwenanteil der Inklusion und der Geflüchtetenbeschulung: Wir haben in Hamburg kein Zwei-Säulen-, sondern ein Zwei-Klassensystem.

Die Ignoranz der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) geht dabei sogar darüber hinaus, dass die Besonderheiten der Stadtteilschule sich nicht in der Arbeitszeit der Beschäftigten widerspiegeln. Es gibt diese Schulform schlicht nicht in den Dokumenten zur Lehrer\*innenarbeitszeit. Dabei sind Stadtteilschulen eben nicht einfach umbenannte Gesamtschulen. Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zum Teil mit den Gesamtschulen erschuf 2010 eine neue Schulform, die unter den parallel entstehenden Herausforderungen der Inklusion dringend eines besonderen Augenmerks bedurft hätte.

2010 wurde aus dem dreigliedrigen Schulsystem Hamburgs ein zweigliedriges, auch wenn eine Volksinitiative die flächendeckende Einführung von Primarschulen für die Klassen 1-6 verhinderte. Die BSB stellte kürzlich mit Blick auf eine Rah-

## Kein Zwei-Säulen-, sondern ein Zwei-Klassensystem

menvereinbarung, die damals mit Blick auf die Schulreform geschlossen wurde, fest, dass keine Schulreform stattgefunden habe (vgl. GPR Sonderrinfo vom 07.09.2022). Und ja, das passt ins Bild: In der BSB sind die Stadtteilschulen und deren Herausforderungen bislang nicht angekommen.

OLE WALDMANN,  
Gretel-Bergmann-(Stadtteil-)Schule

# Systematische Ausbeutung & Überlastung

Liebes hlz-Team,  
ich bin Lehrer an einer Stadtteilschule im Zentrum Hamburgs. Ich habe viele Kontakte zu anderen Stadtteilschulen und kann daher sagen, dass die Situation an Stadtteilschulen insgesamt katastrophal ist. Die Schulgebäude sind in teils desolatem Zustand. Der Schulbau plant zu wenig Platz für Schüler\*innen und zu wenig Platz für Differenzierungsräume.  
Die Belastungen für das pädagogische Personal sind immens. Die Personalplanung ist auf Ausbeutung und Überlastung ausgelegt. Dadurch ist der Krankenstand der Kolleg\*innen sehr hoch.  
Verschärft nach Corona macht die Personalabteilung Druck auf Schulleitungen, angebliche Überhänge abzubauen und verkennt dabei die Zunahme der Belastungen und Aufgaben in den letzten 15 Jahren. Durch diese Arbeitsbedingungen gibt es derzeit eine Abwanderung der Lehrkräfte in Richtung Niedersachsen und Schleswig-Holstein und eine Abwanderung von Sozialpädagog\*innen und Erzieher\*innen zu privaten Trägern oder Kitas

Die körperliche und verbale Gewalt in den Schulen hat zugenommen. Über 90 % dieser Taten gehen von Konflikten in sozialen Medien aus. Wir sind mit einer Verrohung der Schüler\*innen und Elternhäuser konfrontiert. Gleichzeitig gibt es keine Fürsorge der Behörde bei Taten gegen das pädagogische Personal, »reagiert« wird eher mit Bagatellisierung und Vertuschung. Im Zuge der Inklusion wurden Förderschulen aufgelöst, ohne für eine geeignete Personalausstattung an den Stadtteilschulen zu sorgen. Förderschulen werden personell »ausgeblutet« durch Verweigerung von Personal. Die Umschulung teils unbeschulbarer Schüler\*innen an Förderschulen fällt weg.  
Das sind erstmal die Fakten. Sie können sich vorstellen, was diese flächendeckende Situation an den Stadtteilschulen mit dem pädagogischen Personal macht! Es geht hier um Menschen, die diese Zustände tagtäglich ertragen müssen und aufgrund ihres Engagements für ihre Schüler\*innen diese Misswirtschaft der Behörde und des Senators auffangen. Und dabei vergessen sie oftmals ihre eigene Gesundheit. Für mich betreibt der Senator eine menschenverachtende Schulpolitik und vernachlässigt somit seine Fürsorgepflicht für das pädago-

gische Personal!

Die Folgen sind überall zu beobachten: am Krankenstand, fehlenden Personal, an der »freiwilligen« Reduzierung der Arbeitszeit und am ausbleibenden Engagement in AGs, Projekten und der Schulentwicklung. Insgesamt machen diese Zustände der Mangelverwaltung natürlich etwas mit den Menschen – so kann und darf es nicht weitergehen!

Viele Grüße, A.

Bitte meinen Namen nicht veröffentlichen! Denn ein weiterer Punkt kommt für das Personal oftmals hinzu: Die Schulleitungen geben den Druck oft direkt an das Personal weiter. Gleichzeitig fehlt vielen Schulleitungen die Fähigkeit zu Empathie und motivierender Personalführung. Kritik darf nicht geäußert werden und wird teils durch mobbingartiges Reagieren der Leitungen im Keim erstickt. Insgesamt »flüchten« nicht wenige Kolleg\*innen in Funktions- und Leitungsstellen, um den Belastungen des Alltags zu entfliehen. Zwar hat man dort auch viel zu tun, aber dies ist nicht annähernd vergleichbar mit den Belastungen des »normalen« pädagogischen Personals.  
Dadurch kommen aber immer auch viele »nicht geeignete« Personen in Leitungspositionen. Dort richten sie großen Schaden im Hinblick auf den Umgang mit dem Personal an.

## (Vorschläge gegen die) Erschöpfung der »All-inklusive-Ressource« Klassenlehrer\*in

Ich bin seit 15 Jahren mit Leib und Seele Stadtteilschullehrerin. Im Team startete ich in diesem Jahr mit einer 5.Klasse in ein »Post-Corona-scheinbar-fast-normales-Schuljahr«. Folgendes musste ich nach dem Start feststellen:  
Die Schüler\*innen sind insgesamt deutlich bedürf-

tiger geworden. Den Kindern fehlt es an intensiver, gemeinsamer Sozialisation in der Gruppe und definitiv an Erziehung. Schüler\*innen benötigen viel mehr erzieherische Anleitung. Regeln, die vor der Pandemie schneller verständlich oder bekannt waren, müssen langsam eingeführt und immer wieder eingefordert werden. Viele Kinder sind empfindlicher und auch empfindsamer geworden – und nicht nur die Kinder. Die Konsequenzen, welche sich aus dem veränderten Verhalten ergeben, werden vom Klassenlehrer\*innenteam (oder vom Einzelnen) getragen, mit unveränderter Ressource, aber auch mit dem eigenen Coronapäckchen auf dem Rücken. Ich behaupte einmal ganz frech, dass kein Kollege nach diesen zwei Jahren mit der gleichen Kraft arbeitet, wie zuvor.

Zugleich aber machen uns die neuen, kommenden Rahmenpläne große Unruhe. Wie sollen wir gleichzeitig Kinder in einem höheren Maße ritualisieren/erziehen/begleiten und parallel das Leistungsniveau vor allem in den schriftlichen Arbeiten erhöhen? Zuwendung, Gespräche, Erziehen – und erhöhter fachlicher Druck? Hat sich denn niemand zusammengesetzt und über die Bedürftigkeit und Gemütslage der Kinder nachgedacht? Ging es immer nur um Wissenslücken füllen durch beispielsweise noch mehr Unterricht oder Lernferien?

Da es den Kindern am Miteinander fehlt, sind die Konflikte auch in Pausen viel viel häufiger sowie schneller gewalttätiger geworden. Vom Lehrkörper wird verlangt, dass er wie Securitypersonal durch die Aufsichten pflügt und Regeln einfordert (Handy, verbotene Räumlichkeiten, Verlassen des Schulhofes, Prügeleien, vervielfachter Vandalismus). Wie gehen Lehrer von Doppelstunde zu Aufsicht zu Doppelstunde? Aufsichten sind wie große Kraftakte geworden. Nehme ich die Aufsichten wirklich konsequent wahr, sammle ich mindestens 10 Handys ein. Nach der Aufsicht, parallel zu digitaler Einrichtung, zu Beginn der Stunde, trage ich alle Handys in den Tresor und hechte – nun zu spät – in den Unterricht. Ich habe immer gern Aufsichten gemacht, aber zum ersten Mal habe ich das Gefühl: »Aufsicht zwischen zwei Doppelstunden? – Schaffe ich nicht.«

Auch der Lärmpegel hat sich verändert. Viel schneller wird geschrien, gekreisch, beschimpft, gepöbelt, gespuckt und beleidigt. Auch hier müssen WIR Kolleg\*innen deutlich mehr ermahnen und erziehen. Vergessen habe ich dabei die Konflikte meiner eigenen Klassenkids irgendwo unter einer anderen Aufsicht an einer anderen Stelle. Da renne ich ebenfalls noch hin, denn die Kollegin hat schon nach Hilfe gerufen, sie muss gerade einen Schüler im Schwitzkasten halten, damit der die an-

deren nicht brutal niederknüpelt. Ich befreie sie von dem Schüler und ziehe ihn zu den Sozialpädagogen.

Parallel dazu tragen wir aber zusätzlich das »digitale Päckchen« mit, denn zwischen Aufsichten und Unterricht rennen wir von Raum zu Raum, checken WLAN, schauen welcher digitale Spiegel, welcher Adapter (privat gekauft) sowie welches Endgerät angeschlossen werden müssen und holen gegebenenfalls noch den iPad-Koffer. Klassenlehrer verwalten zudem die gesamte digitale Abteilung einer Klasse mit, ohne Erhöhung der Klassenlehrer-WAZ. Da lacht sich jeder Fachlehrer nur noch schlapp, denn wir generieren Passworte, geben Passworte aus, unterrichten IServ (meiner Meinung nach Informatik-fachfremd mit fehlendem Fachjargon), resetten iPads, geben iPads aus, melden iPads gestohlen oder beschädigt, verwalten Schließfächer, helfen natürlich bei allen Verträgen (Schließfach, Leih-/Kauf-iPad) – all das in der »All-inclusive-Ressource« Klassenlehrer\*in. Und natürlich führen wir über all diese Angaben Listen.

Klassenlehrer\*innen haben einen erhöhten Anteil von Schüler\*innen mit inklusivem Hintergrund, besonders mit den Förderschwerpunkten »Emotionale und soziale Entwicklung« (EuSE) und »Lernen« zu betreuen. Aber auch ohne einen solchen »Status« sind viele Kinder auffällig. Durch die Lockdowns sind Konzentrationsspannen kürzer, die Schriftlichkeit ist nicht gut ausgebaut und die Niveaus der Schüler\*innen sind noch unterschiedlicher. Die Frustrationstoleranzen sind niedrig. Wir führen viel mehr Gespräche mit Elternhäusern, Abteilungsleitungen, machen Hausbesuche und all das dokumentieren wir natürlich auch (oft sage ich zu Freunden aus der freien Wirtschaft: Ich bin meine eigene Sekretärin geworden! Dann wird herzlich gelacht über das Schulsystem).

Zurück zu dem erhöhten Anteil an Inklusiv-Schüler\*innen und denen, die es sein könnten,







denn das heißt für den\*die Stadtteilschullehrer\*in: noch mehr differenzieren (und immer an die neuen Bildungspläne denken, aber nicht panisch werden) und auf Hilfe der sonderpädagogischen Ressource hoffen. Diese Ressource ist aber leider nicht gerecht verteilt. Gab es an meiner vorherigen Schule sechs Sonderpädagog\*innen, hat die neue Schule aus unerfindlichen Gründen nur einen Sonderpädagogen, obwohl der KESS-Faktor sogar noch niedriger ist. Mit nur einem Sonderpädagogen drückt der\*die Klassenlehrer\*in sich dann eben die Förderplanvorlage selbst aus und probiert sich aus. Ich differenziere den Unterricht, differenziere die Klassenarbeiten, natürlich qualitativ und quantitativ (über die Nachteilsausgleiche und die Anträge für Außerunterrichtliche Lernhilfen (AUL) fange ich gar nicht erst an zu schreiben, hier sage ich nur: leider nicht nur ›All-inclusive-Klassenlehrer\*in‹ sondern auch noch Deutsch als Fach, Mist!). Sonderpädagogische Aufgaben erfülle ich übrigens, ohne aber dafür ausgebildet worden zu sein (immerhin werde ich jetzt dafür wie ein\*e Sonderpädagog\*in bezahlt – nach 12 Jahren freue ich mich sehr darüber).

Zum ersten Mal spüre ich den aufkommenden Mangel an Kolleg\*innen. Ich sehe aber auch Offensiven zur Einstellung oder zur Ausbildung. Sollte man sich aber nicht auch gerade mit den Menschen befassen, die diese Mangelwirtschaft im Moment auffangen? Die immer mehr Mehrarbeit in Kauf nehmen, da einfach niemand da ist oder leider eine Klassenlehrer\*innen-Ressource nicht erhöht werden kann, da die Mittel fehlen? Kollektive Erschöpfung. Diese Worte höre ich oft

im Kollegium. Die der ›(Vielleicht)-Post-Corona-Zeit‹ anhängenden zentralen Punkte sind meiner Meinung nach: bedürftige Kinder – Verteilung, Verortung und Pflege stark erhöhter Digitalität – Aufgabenexplosion auf Klassenlehrer\*innenseite – Kolleg\*innenmangel. Ich wünsche mir daher:

- Eine deutlich höhere VerWAZung der Klassenlehrer\*innenschaft, vor allem im Team (auch zur Absprache, fest verankerte Sprechstundenzeit für Klassenlehrer\*innen).
- Die Bildung eines sonderpädagogischen Hilfskonzeptes bei Sonderpädagog\*innenmangel (bspw. schulinterne Heranbildung von Förderplanhelfer\*innen über eine großzügig verWAZte AG, mit Qualifikationsmöglichkeit).
- Eine Aufsichtsentlastung für Lehrer\*innen durch externes Personal oder Erzieher\*innen und Sozialpädagog\*innen. Wir sind Lehrende!
- Eine Pflege des digitalen Wissens über halbjährliche Digitalschulungen (unbedingt in A-Zeiten verankert und bitte nicht über das 30 WAZ-Fortbildungskontingent, denn wir wollen ja auch mal wieder Fortbildungen in unseren Fächern machen dürfen).
- Anstatt einzelner digitaler Koordinator\*innen sollte es immer ein Team mit ausreichender AG-Zeit geben. Dieses Team ist auch zuständig für Kolleg\*innen, die sich die Fachtermini zur Einführung von IServ und Co. nicht zutrauen (hier Doppelsteckung, also zwei Lehrkräfte pro Klasse für solche Stunden). Solch ein Team muss auch die administrativen Aufgaben rund um iPad-Abwicklung erfüllen können.
- Hilfe bei Klassenfahrtbuchungen (Beförderungs-

stelle oder Aufgabe der kaufmännischen Leitung an allen weiterführenden Schulen) und Erhöhung der Klassenfahrtpauschalen (Ausgleich der Preissteigerungen!).

- Erhöhter Schlüssel in der Ganztagsressource (verändertes Verhalten der Kinder auch im Ganztage sehr auffällig!).

Nach all meinen Bitten, bitte auch einmal an die Ressourcen an Gymnasien denken und auch dort die Bedürftigkeit der Kinder beobachten und beispielsweise die sozialpädagogischen Ressourcen anheben. Unser Beruf ist ein so schöner! Bitte behandelt uns so, dass wir in der Lage sind, ihn bis zur Rente oder Pension auszuüben. Nehmt die kollektive Erschöpfung wahr, die unter Kolleg\*innen herrscht und gebt uns Ressourcen, die es uns wieder ermöglichen, unseren Beruf innerhalb der Dienstzeit mit Freude und Power auszuführen.

Herzliche Grüße, S. F.

---

## Schulpolitik als Profilierungs- und Sparprojekt

**M**oin, moin, gefühlt vor Jahrzehnten habe ich mal einfach so behauptet, dass wir in Europa mal ähnliche Verhältnisse an öffentlichen Schulen bekommen werden, wie seinerzeit in den USA. Ich hätte nicht gedacht, Wahrsager zu sein. Wenn die Politik weiterhin Schule, besonders die Stadtteilschulen, als Profilierungs- und Sparprojekt ansieht, dabei fassungslos ahnungslos und kontraproduktiv agiert, müssen wir uns nicht wundern, wenn das System implodiert, die Kolleg\*innen alle mit Burnout ausfallen und die privaten Schulen weiteren Zuwachs bekommen. Ganz wie in den jetzigen USA...

Sonnige Grüße, CHRIS

---

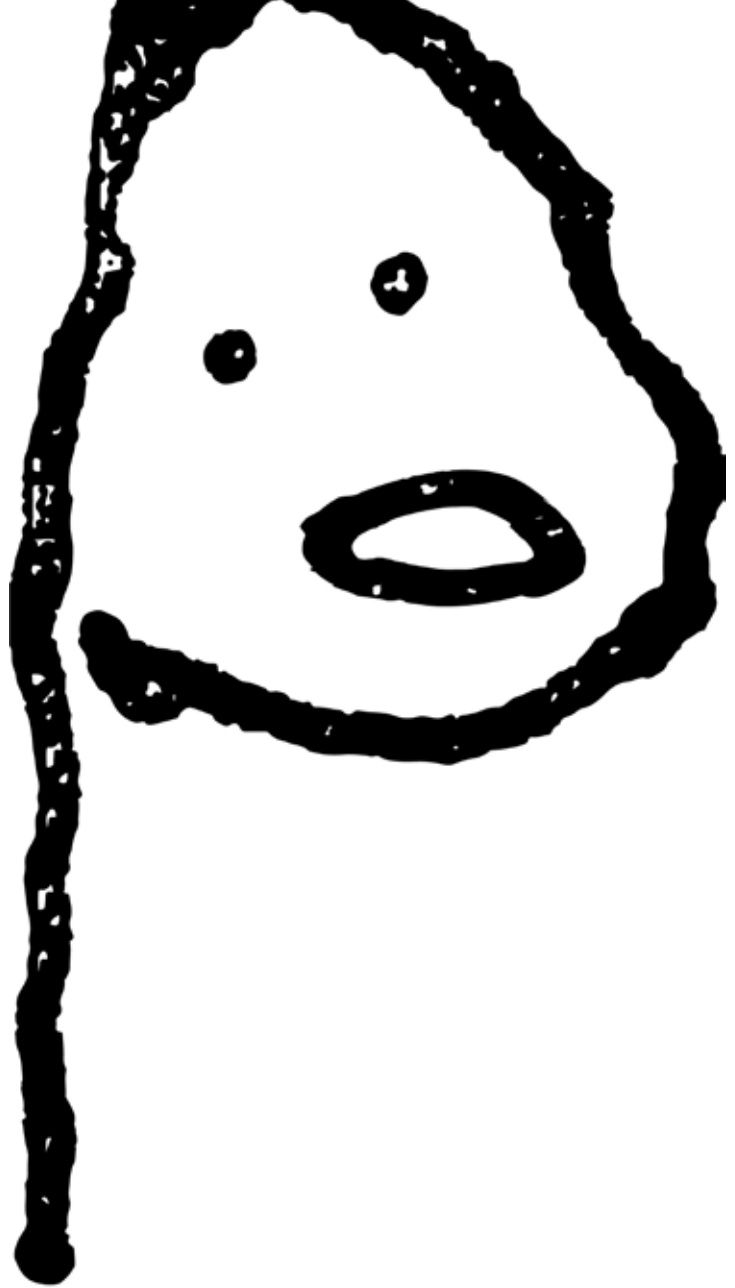
## Wer kann unter diesen Bedingungen noch durchhalten, diesen Job gut zu machen?

**W**ir haben an meiner Stadtteilschule zu Beginn des Schuljahres eine wirklich tolle Abteilungsleitung für die Jahrgänge 5-7 bekommen. Sie ist einfach fantastisch. Sie sagt Bescheid, wann sie an welchem Standort der Schule sein wird, sie meldet sich schnell zurück, und sie übernimmt Verantwortung für Probleme, bei denen wir nicht weiterkommen.

In der ersten Schulwoche hat sie sich für einen meiner Schüler stundenlang ans Telefon geklemmt, um vom Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) endlich eine Antwort zu erhalten, nachdem ich und eine Kollegin über Wochen und Monate von Sachbearbeiter\*in zu Sachbearbeiter\*in weitergeleitet wurden. Als es neulich zu einer großen Schlägerei in der Schule kam, nach der ein Junge ins Krankenhaus musste, hat sie tagelang alles stehen und liegen gelassen, um der Sache auf den Grund zu gehen. Sie holt Fortbildungen zu uns in die Schule, von denen sie glaubt, dass uns dadurch eine Entlastung geboten wird.

Ihre Anwesenheit und ihre Arbeit sind ein Geschenk für unsere Schule und alle Lehrkräfte, mit denen ich gesprochen habe, sind dankbar, dass sie da ist.

Nur ist es so, dass der Schüler, für den wir den ASD involvieren mussten, seit vielen Jahren in einer unmöglichen Situation lebte. Schon vor dem langen Lockdown im vorletzten Schuljahr wurde ein Versuch unternommen, den ASD einzuschalten, doch der Versuch verlief im Sande als der Lockdown kam. Im gesamten letzten Schuljahr mussten ich und meine Kollegin aus diversen Gründen immer wieder warten oder wurden vom ASD an ein neues Formular oder an eine andere Person verwiesen. In der Zwischenzeit fiel es meinem Schüler immer schwerer, sich auf den Unterricht zu konzentrieren. Es kam immer wieder zu Streitigkeiten in



der Klasse, einmal mussten wir sogar eine große Intervention starten, weil einige Mitschüler\*innen genau wussten, ihn mit dezenten, häufig rassistischen Sprüchen aufzuregen. Wir brachten den Schüler einige Stunden in der Woche in einem anderen betreuten Raum unter, damit er eine Zeit für sich hatte, um besser mit der Situation klarzukommen. Es hat Zeit, Nerven und viel Arbeit für die Pädagog\*innen gekostet, den Schüler durch das letzte Schuljahr zu bringen – stets im Bewusstsein,

dass wir mehr für ihn hätten tun müssen.

Nur ist es so, dass die Schlägerei auf dem Schulhof erst dadurch entstanden ist, dass unsere Schule, seitdem ich da arbeite, keine funktionierende Regenspaußenordnung hat. So kam es dazu, dass eine große Gruppe Schüler\*innen in Streit geraten konnte und die Aufsichten zu spät kamen, weil nicht klar war, wer wohin musste. Einer der Beteiligten ist schon seitdem er an unserer Schule ist auffällig; er hat einen sonderpädagogischen Förderbedarf, dem

wir kaum gerecht werden können. Angeblich haben wir keine Personallücke. Es stimmt vielleicht sogar, dass wir genügend warme Körper auf unsere diversen Lehrkräftezimmer aufgeteilt haben, solange sich keiner krankmeldet (obwohl sich schon an zwei Tagen dieses Schuljahres ein Drittel des Kollegiums krankmelden musste). Doch wir haben auch kaum Sonderpädagog\*innen; wir haben keine freien Räume, in denen die Sonderpädagog\*innen mit solchen Schüler\*innen arbeiten können. Das Regionale Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ) tut, was es kann – doch auch dort sind die Klassen zum Bersten voll und das Personal überstrapaziert. In der Mittagspause am Tag nach der Schlägerei regt sich die Beratungslehrerin im Lehrkräftezimmer auf, dass wir kein Konzept haben, um diesen und andere Schüler\*innen mit dem spezifischen Förderbedarf zu unterstützen. In den folgenden Tagen ist der Vorfall immer wieder Gesprächsthema. Einer meiner Schüler scheint involviert zu sein und so verbringe ich Pausen damit, ihn und andere Schüler\*innen zu befragen und komme auch früher zur Schule, um Gespräche mit Eltern zu führen.

Nur ist es so, dass mein Fortbildungskontingent für dieses Schuljahr schon komplett aufgebraucht ist. Ich belege eine Zusatzqualifikation in einem neuen Fach und habe damit schon sechzig Stunden voll, und die Fortbildungen, die unsere neue Abteilungsleitung einbringt, kann ich gar nicht wertschätzen, weil ich keine Zeit dafür habe und dennoch hinmuss. Ich bringe mich viel in der Schule ein, bin Fachleitung und arbeite bei einem schulinternen Projekt mit; zusätzlich hat mich die Schulleitung in einer zusätzlichen Konferenz. Laut Schulleitung werden uns die entstehenden zusätzlichen Stunden irgendwie wieder gut gemacht, nur eben noch nicht in diesem Schuljahr, und da ich nicht ganz eine Arbeitsstunde über dem Soll bin, wird bei mir sowieso nichts vergütet. Dann musste ich noch meinen Erste-Hilfe-Kurs auffrischen und so waren meine Nachmittage vor den Herbstferien häufig auch nach Unterrichtschluss ausgebucht.

Nur ist es so, dass ich sehe, dass die neue Abteilungsleitung in den Pausen immer im Gespräch ist, immer neue Dokumentenstapel auf dem Tisch liegen hat, und immer wieder neue Probleme auftauchen. Ich weiß, dass ich jedes Mal, wenn ich auf sie zugehe, mehr Belastung auf ihre Schultern lege. Ich befürchte, dass wir sie bald an Burnout verlieren, *denn wer kann schon lange durchhalten, diesen Job so gut zu machen?* An jeder Ecke werden uns Steine in den Weg gelegt. Jedes Amt, was uns unterstützen soll, ist nach der Coronakrise bis zum Limit ausgelastet und kann kaum Hilfe anbieten. Schüler\*innen, die Hilfe brauchen, gehen

bei uns unter oder werden für Verhalten bestraft, wofür sie kaum etwas können, weil wir weder den Raum noch das Personal haben, um ihnen gerecht zu werden, und die Abteilungsleitung muss diesen Disziplinarmaßnahmen vorstehen. Die Abteilungsleitung ist fantastisch, doch ist sie eine einzelne Feuerwehrfrau in einem längst brennenden Gebäude, umgeben von Infrastrukturen, die so verkohlt sind, dass sie in sich zusammenfallen. Es gibt keine Nachhut, keinen zweiten Wagen der mit weiterem Personal anrückt, um das Feuer zu löschen, und diejenigen, die vor der Abteilungsleitung schon da waren, tun ihr Bestes, sind aber schon erschöpft.

Und ich? Es ist der erste offizielle Tag der Herbstferien und ich habe Husten, Schnupfen und Halsschmerzen, weil ich seit Ende der Masken- und Testpflicht jede Krankheit meiner Schüler\*innen mitnehme.

Ich habe die gesamte letzte Schulwoche zehn oder zwölf Stunden am Tag gearbeitet, um die Chance auf erholsame Ferien zu haben.

Seit Beginn des Schuljahres arbeite ich Pausen durch, denn ich habe meinem Mann versprochen, dass ich nicht mehr so oft abends arbeiten werde. Trotzdem wird mir häufig schwindlig, wenn ich vor der Klasse stehe und ich traue mich nicht, zum Arzt zu gehen, weil ich weiß, was er sagen wird: Stress.

Täglich frage ich mich, ob ich nicht mehr tun sollte, ob ich nicht die letzte Arbeit zu oberflächlich korrigiert habe oder die letzte Schülerin nochmal hätte ansprechen sollen, ob denn alles zu Hause in Ordnung sei. Dann frage ich mich, ob es meine Gesundheit wert ist. Ich könnte meine Fachleitung niederlegen, meine Arbeit am Projekt in der Schule – doch das sind genau die Sachen, die mir das Gefühl geben, dass ich tatsächlich etwas Nützliches für unser brennendes Gebäude tue, dass ich der Abteilungsleitung helfe, nicht alleine gegen das Feuer anzukämpfen.

Ich werde Ende dieses Schuljahres auf Lebenszeit verbeamtet, und ich frage mich, ob ich das wirklich so lange durchhalte: *›Lebenszeit‹. Denn wer kann schon lange durchhalten, diesen Job gut zu machen?*

N. K.

# Ohne Unterstützung zusammenhalten, was auseinanderfällt

**M**eine Arbeitsbedingungen als Sportlehrerin:

Unsere Schulsporthallen fallen auseinander. Seit Jahren sollten sie saniert werden. Kurz bevor es losgehen sollte, entschied man, das sei zu teuer. Jetzt soll (eines Tages) neu gebaut werden. Bis dahin leben wir mit kaputtem Fußboden, defekten Geräten, splitternden Geräteraumtüren, kaputten Schränken und vor allem: katastrophalen sanitären Anlagen. Für mich als Sportlehrerin gibt es eigentlich keine Möglichkeit, die Toilette zu benutzen, während ich unterrichte. Die Schülerinnen-Toiletten haben keine abschließbaren Türen und keine Klodeckel. Es gibt auch eigentlich nie Seife oder Papierhandtücher (trotz Corona), was auch daran liegt, dass die meisten Spender defekt sind. Wir haben auch keinen Sportplatz und unser Schulhof wird immer kleiner (Zubauten, Bedürfnisse der umliegenden Unternehmen). Wenn ich den naheliegenden Bezirkssportplatz benutzen möchte, muss ich für jeden einzelnen Termin einen schriftlichen Nutzungsantrag stellen, der vorab genehmigt werden muss. Ansonsten darf ich nur mit 10 Schüler\*innen kommen und wir können keine Toilette nutzen.

Fast alle Schüler\*innen an unserer Schule haben Migrationshintergrund, viele sind erst kurze Zeit in Deutschland. Wir möchten, dass sie schwimmen lernen und führen daher für einige Klassen Schwimmunterricht durch. Wir bekommen dafür nur die Zeiten, die die Grundschulen und Gymnasien nicht wollten. Die Mitarbeiter in den Schwimmbädern behandeln uns oft schlecht und zeigen deutlich, dass sie uns dort nicht wollen.

Wir sind eine sportbetonte Schule. Die Behörde stellt dafür hohe Ansprüche an uns. Leider werden wir aber überhaupt nicht unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen, H. K.

# Unterbesetzt, zu voll, zu eng

**H**allo,  
Ich stelle fest, dass wir (Stadtteilschule Finkenwerder) in den künstlerischen Fächern kaum doppelt besetzt sind, und es gibt bei uns Probleme im Theaterunterricht der unteren Klassen, viel zu voll und gefühlt durch die Pandemie in diesem sozial-körperlich herausfordernden Bereich mit deutlich verhaltensauffälligeren Kindern besetzt... Und plötzlich wird es in den 7. Klassen sehr voll und eng, weil so viele von den Gymnasien dazukommen und fast wahllos müssen Schüler\*innen zugeteilt werden (Wahlpflichtkurs...).

Nur ein Mini-Ausschnitt. S.

# Es fehlt an Zeit, Erzieher\*innen und Sozialpädagoge\*innen

**L**iebe Kolleg\*innen,  
aufgrund der letzten Rundmail zum Thema Stadtteilschule und dem Aufruf darin sich hierzu zu äußern, möchte ich hier meinen persönlichen Eindruck schildern. Ich bin seit kurzem Lehrer/Klassenleiter und komme dadurch viel in Kontakt mit den Auswirkungen von Unterrichtsstörungen seitens einiger meiner Schüler\*innen. Sei es durch Beschwerden von Eltern, Kolleg\*innen oder anderen Schüler\*innen.

Als Klassenleiter kenne ich natürlich die teilweise problematischen Hintergründe, die diese (störenden) Kinder haben und verstehe, wieso sie dieses Verhalten an den Tag legen. Hier kann ich auch gut ansetzen, um mit ihnen zu arbeiten, damit sie nicht ›verloren‹ gehen.

Das Problem ist: die Arbeit mit diesen Schüler\*innen ist enorm zeitaufwändig und diese Zeit fehlt, um die restliche Klasse gleichberech-



tigt zu fördern. Hierbei bleibt der Anspruch einer gleichwertigen Beschulung für alle auf der Strecke. Schüler\*innen schaffen vielleicht nicht ihren gewünschten Abschluss und Lehrer\*innen werden stärker belastet – das kann nicht im Sinne einer inklusiv gedachten Schule sein. Wenn Inklusion in den Schulen Erfolg haben soll, dann muss es mehr sein, als Kinder und Jugendliche mit bestimmten Förderbedarfen in eine Klasse zu stecken und die Sache dann für erledigt zu halten. Ein Lösungsansatz wäre beispielsweise mehr Erzieher\*innen oder Sonderpädagog\*innen an Schulen, die mit diesen Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen, PHILIPP SENDELBECK

## Verheizt bis zum Ausstieg

Ich habe im August dieses Jahres mein Referendariat an einer Stadtteilschule in Hamburgs Süden begonnen und dieses nach nur drei Monate wieder abgebrochen. Einer der Gründe hierfür ist, dass ich die allgemeine Situation an meiner Stadtteilschule als unerträglich empfand. In Gesprächen mit anderen Referendar\*innen aus meinem Hauptseminar hat sich schnell herausgestellt, dass meine Schule keine Ausnahme darstellt und ein Großteil derjenigen Referendar\*innen, die an Stadtteilschulen tätig sind, schon nach dieser kurzen Zeit völlig am bzw. über ihrem Limit sind/arbeiten.

Im Folgenden möchte ich gerne ein paar Problem-bereiche schildern:

- Viele der Klassenräume sind technisch auf einem absolut veralteten Stand. Die Beamer wurden gebraucht erstanden und sind teilweise defekt. Darüber hinaus müssen sich Lehrkräfte ihre eigenen Kabel & Adapter besorgen, da diese vielfach nicht vorhanden oder kaputt sind. In einem neu erbauten Gebäude unserer Schule wurden sogar noch Kreidetafeln (!) angebracht. Die Geräte im Computerraum der Schule (die Schüler\*innen verfügen selbstverständlich *nicht* über iPads o.ä.) laufen mit dem Betriebssystem *Linux*.
- Die Obergrenze von Schüler\*innen mit Förder-schwerpunkt pro Klasse wird bewusst ignoriert oder übergangen. Schüler\*innen werden teilweise bewusst nicht auf etwaige Lernschwächen hin geprüft, da es hierfür weder räumliche noch personale

Kapazitäten gibt.

- Die zum Teil für die Mittelstufe vorhandenen Differenzierungsräume werden als Abstellräume für beschädigtes Mobiliar und andere Dinge genutzt und wurden während meiner Zeit an der Schule nie für ihren eigentlichen Zweck gebraucht.
- An meiner Stadtteilschule, die zu einer der größten in ganz Hamburg zählt, gab es zuletzt nur *einen* Sonderpädagogen! Dementsprechend hatten die Schüler\*innen mit Förderbedarf keine Möglichkeit der individuellen Betreuung durch einen Sonderpädagogen und auch das Material mussten sich die Lehrkräfte irgendwie selbst organisieren.
- In Bezug auf die beiden vorherigen Punkte möchte ich noch anmerken, dass viele Lehrkräfte absolut am Limit arbeiten und aufgrund des zeitlichen und strukturellen Mangels schlichtweg keine Möglichkeit haben, differenziert zu unterrichten, da das Unterrichten an Stadtteilschulen in erster Linie (sonder-)pädagogische Arbeit ist. So kann es dann auch sehr oft vorkommen, dass es gar nicht erst zum geplanten Unterricht kommt, weil die Schüler\*innen diesen verweigern, sabotieren oder die Lehrkräfte gar nicht erst dazu kommen, irgendeine Art von ›Lern- und Arbeitsklima‹ herzustellen.

In Anbetracht der genannten Gründe herrschte somit auch im Lehrer\*innenzimmer ein Klima der Resignation, Frustration und teilweise auch der Gleichgültigkeit. Mir wurde von vielen Kolleg\*innen gesagt, ich soll alles, was uns in den Fachseminaren gelehrt wird, vergessen, weil sich dieses ›Wunschdenken‹ in keiner Weise mit den Zuständen und Bedingungen an der Stadtteilschule decken. Ebenso wurde mir geraten, mich nicht zu sehr um Schüler\*innen mit Förderbedarf zu bemühen, da hierfür einfach keine Ressourcen da sind und man sie »ja nicht alle retten kann« (Zitat). Leider musste ich selbst in der kurzen Zeit erfahren, dass meine Kolleg\*innen mit beiden Aspekten recht haben.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass der Beruf des Lehrers/der Lehrerin ein wirklich toller und erfüllender ist. Aufgrund der oben genannten Umstände haben viele von den Stadtteilschul-Referendar\*innen das Gefühl, verheizt zu werden, sodass mir zusammen mit dem enormen psychischen Druck im Referendariat eine Weiterführung des Vorbereitungsdienstes nicht mehr möglich war.

Herzliche Grüße, J. K.

# Zur Lage der Sozialen Arbeit an Stadtteilschulen

Sozialpädagogische Arbeit braucht personelle, zeitliche und räumliche Ressourcen! Eine Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit gehört nun schon seit einigen Jahrzehnten zu Hamburgs Schulen. Mit dem Aufkommen der Gesamtschulen wurde Sozialpädagogik zu einem festen Bestandteil in deren Konzepten. Anfänglich waren es die kleinen Beratungsdienste, die klassische Soziale Arbeit leisteten. Später folgten die integrativen Klassen, die typischerweise mit sozialpädagogischen Stellenanteilen ausgestattet waren. Dies führte dazu, dass sich Eltern manchmal extra diese Klassen für ihre Nicht-»(integrations)-Kinder« wünschten, weil sie als so gut betreut galten. Heute ist die Anzahl von Stellen zwar massiv gestiegen, dafür übernehmen Sozialpädagog\*innen im Rahmen der Förderung, der Ganztagsbetreuung und der Beratung jedoch auch eine Vielzahl verschiedener Aufgaben an Stadtteilschulen, häufig zulasten ihres Profils und ihrer Fachlichkeit.

So berichten uns Kolleg\*innen aus Hamburger Schulen z.B., dass die Schulsozialarbeit in Hamburg nicht selten missbraucht wird, um Bedarfe bei Aufsichtsen zu decken, die eigentlich von Lehrkräften bedient werden müssten. Auch berichten Kolleg\*innen, wie übermäßig oft sie für Vertretungen herangezogen werden und so in manchen Wochen auf mehr Vertretungen kommen (dann »Betreuung« genannt) als Lehrkräfte im Rahmen der Vertretungsreserve.

Kolleg\*innen leiden häufig darunter, in allen drei sozialpädagogischen Arbeitsbereichen eingesetzt zu werden (Ganztags, Inklusion, Beratung), denn jeder dieser Bereiche hat einen anderen Arbeitsschwerpunkt, einen anderen theoretischen Hintergrund und ein eigenes Rollenverständnis. Per-

manent zwischen diesen Bereichen zu wechseln erfordert hohe Flexibilität und ein extrem breites Fachwissen. Beratungsarbeit – das Kernstück der klassischen Schulsozialarbeit – wird immer weiter zurückgedrängt, um Betreuung zu gewährleisten. Wir halten diesen Arbeitsbereich jedoch für wichtig, um Schüler\*innen ein Angebot machen zu können, wenn sie in psychosozialen Nöten stecken. Diese Fachlichkeit von Schulsozialarbeit scheint aber immer weniger gefragt zu sein. Aber um unsere Fachlichkeit geht es uns im besonderen Maße. Fachlichkeit braucht kontinuierlichen Austausch und Reflexion innerhalb der eigenen Profession, für die es aber oft keine Zeit gibt. Zeit gibt es erst recht nicht für Supervision als wichtiges und gängiges Instrument zur Erhaltung der qualitativen Arbeit in der Jugendhilfe. Wir haben also an einigen Schulen die Situation, dass die Schulsozialarbeiter\*innen dafür kämpfen müssen, ihre sozialpädagogische Arbeit tun zu können. Das darf nicht sein!

Wir fragen uns, wie viele Schulen eigentlich ein Konzept ihrer Schulsozialarbeit erstellt haben und dieses durch die schulischen Gremien haben abstimmen lassen? Wenn die Schulsozialarbeit und ihre Inhalte konzeptionell festgelegt wurden, dann wird ihre Fachlichkeit auch anerkannt und könnte nicht ständig in Frage gestellt oder hintangestellt werden. Das wünschen wir uns und sollte selbstverständlich sein! Aber auch hier steht die Frage im Raum: Mit welchem Zeitkontingent könnte überhaupt an solchen Konzepten gearbeitet werden?

Neben dem Zeitmangel, welcher für Stadtteilschulen geradezu konstitutiv zu sein scheint, muss jedoch noch der Mangel an Räumen angesprochen werden. Räume für Einzelgespräche, Räume für Gruppenarbeit, Räume für gute und kinder- bzw. jugendgerechte Ganztagsangebote sind in der Regel nicht konzeptionell in den Schulen erfasst – wenn überhaupt vorhanden. Das Ringen um Ressourcen und Räumlichkeiten kostet wichtige Energie, die

**Das Ringen um Ressourcen und Räumlichkeiten kostet wichtige Energie, die anders besser verwendet werden könnte.**

anders besser verwendet werden könnte. So ist eine qualitative Schulsozialarbeit kaum möglich.

Als LAG Schulsozialarbeit stehen wir hinter der Idee der Stadtteilschule bzw. einer Schule für alle. Eine Schule, ein Ort, an dem alle Kinder mit- und voneinander lernen können, unabhängig davon, welche kulturelle und soziökonomische Herkunft sie haben oder welche Fähigkeiten sie mitbringen. Eine Heterogenität, von der alle profitieren. Ein Ort, an dem die Grenzen zwischen Lern- und Lebensraum verschwimmen und Jugendliche auch am Nachmittag noch neugierig und interessiert ihren Hobbies nachgehen.

Dass dies in der Realität jedoch anders aussieht, ist mittlerweile den meisten klar. Die aktuelle Mangelwirtschaft kann diesen hohen Ansprüchen nicht ansatzweise gerecht werden und auch Durchhalteparolen und Slogans von Schulleitungen – wie »Gemeinsam schaffen wir das!« Oder »Es gibt keinen anderen Weg!« – ändern hieran nichts. Gut gemeint ist eben lange noch nicht gut gemacht. Zwischen Tür und Angel schreiben sich keine nachhaltigen Konzepte. Und um mühsam erarbeitete Konzepte mit Leben zu füllen, bedarf es auch der Mittel.

Die LAG SCHULSOZIALARBEIT

# Stadtteilschulentwicklung: Steuerung übernehmen!

Die Erfolge sind nachgewiesen, die Krisenherde bekannt – jetzt ist endlich politisch zu handeln! Eine Stellungnahme aus der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG)

Mit der Einführung der Stadtteilschule 2010 wurde in Hamburg nach der gescheiterten Primarschulreform ein zweigliedriges Schulsystem etabliert. Die Konstruktion dieser Zweigliedrigkeit enthielt Strukturmerkmale, die die Stadtteilschule als neue Schulform stärken und gegenüber dem Gymnasium konkurrenzfähig machen sollte: Jede Stadtteilschule kann seitdem eine eigene Oberstufe einrichten, nur an der Stadtteilschule können Schüler\*innen in einem 13jährigen Bildungsgang das Abitur erreichen, jede Stadtteilschule ist als Ganztagschule konzipiert und gegenüber dem Gymnasium ist die Stadtteilschule personell besser ausgestattet. Insgesamt ging es den politischen Konstrukteur\*innen darum, die Gleichwertigkeit der beiden Schulformen abzusichern. Dieser Anfang war durchaus gelungen, vor allem im Vergleich zu anderen Bundesländern.

In der Folgezeit haben die politisch Verantwortlichen jedoch eine weitere Steuerung

vernachlässigt oder auch gar nicht wahrgenommen. Exemplarisch hierfür sei die Inklusion genannt: Gleichzeitig mit der Ausgestaltung der Zweigliedrigkeit sollte sich das Hamburger Schulsystem zu einem inklusiven System entwickeln – so jedenfalls der Auftrag an das Schulsystem der Bundesrepublik insgesamt. In einem Zwei-Säulenmodell jedoch bleibt dies ein Widerspruch in sich, denn es basiert auf Exklusion. In der Wirkung bedeutet dies, dass Jahr für Jahr die Zahlen der Schüler\*innen mit Förderbedarf und mit besonderen Bedarfen an den Stadtteilschulen gestiegen sind, jedoch an den Gymnasien nur einen sehr geringen Anteil ausmachen. Die Kolleg\*innen an den Stadtteilschulen haben die anspruchsvolle Aufgabe der Inklusion angenommen

**Gleichzeitig mit der Ausgestaltung der Zweigliedrigkeit sollte sich das Hamburger Schulsystem zu einem inklusiven System entwickeln. In einem Zwei-Säulenmodell jedoch bleibt dies ein Widerspruch in sich, denn es basiert auf Exklusion.**

und dafür gute Konzepte und Antworten gefunden, aber immer auch deutlich gemacht, dass es für eine inklusive Schule mehr braucht: Personal, Räume, Zeiten zum Koordinieren u.v.m.

Ein zweites Systemproblem ist, dass jährlich ca. 1000 Schüler\*innen (davon ca. 800 nach der 6. Klasse) von den Gymnasien an die Stadtteilschulen wechseln. Dabei fällt auf, dass sich die Gymnasien hier sehr unterschiedlich verhalten: Ihre Abschlusssquoten liegen zwischen knapp 30 und einem Prozent. Damit bekommen insbesondere die 7. Klassen der Stadtteilschulen jährlich eine über die Inklusion hinausgehende Integrationsaufgabe zugewiesen, was zum Teil auch darin gipfelt, dass an den Stadtteilschulen neue 7. Klassen eingerichtet werden müssen. Diese Abschlusssquote ist politisch gewollt. So werden die 5. Klassen der Stadtteilschulen mit einer Klassenfrequenz von 23 klein gehalten, damit sie in Jahrgang 7 auf 25 aufgefüllt werden können. Hingenommen wird damit auch, dass Schüler\*innen die Erfahrung von Versagen machen und beschämt werden.

In einer datengestützten Analyse zur Lage der Stadtteilschulen in Hamburg hat das *Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung Hamburg* 2016 die Klassenzusammensetzungen an Stadtteilschulen aufbereitet und dabei festgestellt, dass ihre Integrationsleistung vor dem Hintergrund ihrer sehr diversen Schülerschaft erheblich ist. »Die Stadtteilschulen«, so das Fazit, »tragen nachweislich zu einer Erhöhung von Chancengerechtigkeit bei, indem sie soziale Durchlässigkeit und Bildungsteilnahme erhöhen«. Diese besondere Leistung drückt sich auch in der folgenden Zahl aus: In Hamburg stellen die Stadtteilschulen ca. 30 % aller Abiturient\*innen (im Bundesschnitt liegt diese Quote in integrierten Systemen bei ca. 14 %). Gemessen an der Ausgangslage zu Beginn der 5. Klasse ist dies nicht nur eine besondere Leistung des Systems Statteilschule, sondern ganz besonders das Ergebnis der pädagogischen Bemühungen der Kolleg\*innen um die bestmögliche Förderung jede\*r Einzelnen.

Mit der Corona-Pandemie haben sich die Herausforderungen, denen die Stadtteilschulen gegenüberstehen, noch einmal wie durch ein Brennglas in deutlicher Schärfe gezeigt. Die Herausforderungen einer Diversität der Schülerschaft – der pädagogischen Notwendigkeit des Forderns und Förderns in die ganze Breite hinein – stellten sich

noch einmal völlig neu, denn keine\*r sollte verloren gehen. In drei Foren hat die GGG eine Plattform für die Kolleg\*innen geboten, um organisatorische Lösungen, didaktische Konzepte und Beispiele guter Beziehungsarbeit auszutauschen. Aus diesen Foren haben wir gelernt und mitgenommen, dass die Stadtteilschulen trotz der besonderen Bedin-

gungen der Pandemie wichtige Entwicklungsfelder bearbeitet haben, etwa im Bereich der Etablierung neuer Lernkulturen und neuer Differenzierungs- und Individualisierungsmodelle, im Aufbau verlässlicher Beziehungen, in der Konstruktion lernförderlicher Aufgabenstellungen und in einem alternativen Umgang mit Noten und Abschlüssen.

Der Einsatz neuer Medien als qualitative Bereicherung des Unterrichts wurde besonders deutlich.

Klar wurde auch kommuniziert, dass es dafür Zeit für Vernetzung und Austausch über Qualitäts- und Unterrichtsentwicklung und für Coaching und Fortbildung braucht. Immer dringlicher wird, das zeigen die Rückmeldungen aus den Schulen, dass wir Zeiten im Arbeitszeitmodell brauchen, die die Schule als lernendes System berücksichtigen. Auch die Forderung nach mehr Handlungsspielräumen im Rahmen einer autonomen Schule wurde häufig artikuliert.

Ein Zweisäulenmodell war nie das Ziel der GGG, wir streiten für eine Schule für alle. Jetzt ist es da, und die Stadtteilschulkolleg\*innen leisten eine hervorragende Arbeit. Nicht nur während der Pandemie haben sie viel getan, um alle Schüler\*innen mitzunehmen. Im Zweisäulensystem leisten sie die Integrationsaufgabe. Was die Stadtteilschulen heute brauchen, ist ein deutliches politisches Bekenntnis. Dies muss sich auch darin ausdrücken, dass die Wechselquoten vom Gymnasium zur Stadtteilschule eingedämmt und letztlich der Wechsel grundsätzlich abgeschafft wird.

ANNA AMMONN und  
BARBARA RIEKMANN,  
GGG-Landesvorstand

*In diesem Themenzusammenhang trifft es sich gut, dass die GGG am 29. November 2022 eine Veranstaltung mit dem Bildungsforscher Ulrich Vieluf durchgeführt hat – mit spannenden neuen Daten zur Lage der Stadtteilschulen. Wir werden in der nächsten hlz berichten!*

# Die Lage der Stadtteilschulen im Zwei-Säulen-System

Die Ergebnisse der Großen Anfrage zeigen: Die Stadtteilschulen tragen die ›Hauptlast‹ integrativer Bildung in Hamburg

In der letzten Anmeldeperiode erfuhr das behördliche Credo von der Gleichwertigkeit der beiden Schulformen eine Delle. Denn die Zahlen der Anmeldungen für die Stadtteilschulen (STS) waren wieder niedriger als die der Gymnasien. Haben wir es etwa nicht mit gleichwertigen Schulformen zu tun? Und wenn es so ist, woran liegt es? Beiden vorausgesetzt ist doch die freie Entscheidung der Sorgeberechtigten darüber, an welche Schule ihr Kind geht.

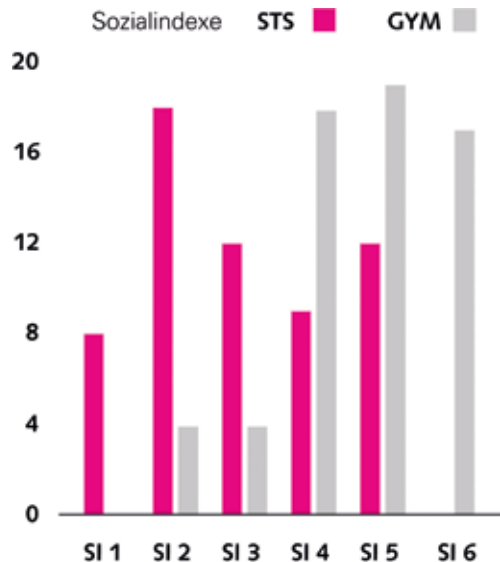
Zum einen sind beide Schulformen strukturell unterschiedlich: Das Gymnasium endet mit der Hochschulreife nach acht Jahren, der STS sind dafür neun gegeben. Gymnasien müssen Schüler\*innen nach Klasse 6 abschulen, wenn ihre abgeprüften Leistungen nicht erwarten lassen, »dass die Schülerin oder der Schüler den Anforderungen des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs gewachsen sein wird«. Dann – so heißt es im besten Jargon der Eigentlichkeit – »wechselt die Schülerin oder der Schüler in die Jahrgangsstufe 7 der Stadtteilschule«. Wer, wie, was – und warum, darüber gibt das *Hamburgische Schulgesetz* keine Auskunft.

Die STS sind nunmehr in einer besonderen Lage, nämlich in Konkurrenz zur traditionellen Institution von schulischer Bildung in Deutschland: dem Gymnasium. Von dessen Qualität lassen Hermann Hesses Figur des Hans Giebenrath und die ›Schulepisode‹ des Hanno Buddenbrook grüßen!

Dem Gymnasium gegenüber lässt sich zweifelsfrei feststellen, dass die STS die ›Hauptlast‹ der Bildung in Hamburg tragen. Sie fördern zudem noch in einer wesentlich stärkeren Weise als die Gymnasien. Natürlich hat dies auch mit einer leicht erhöhten Zuweisung an Ressourcen zu tun. Doch diese sind mit der Konzentration an bildungspolitischen und sozialen Aufgaben an den STS nicht nur im Prinzip gerechtfertigt, sondern immer noch zu niedrig.

Woher wissen wir das? Von den Daten, die die Behörde für Schule und Berufsbildung auf unsere Große Anfrage *Zur Lage der Stadtteilschulen* (Drs. 22/7342) zur Verfügung gestellt hat. Die Rahmendaten lauten wie folgt: Es gibt insgesamt 59 STS. Insgesamt besuchen 65.857 Schüler\*innen diese Schulform.

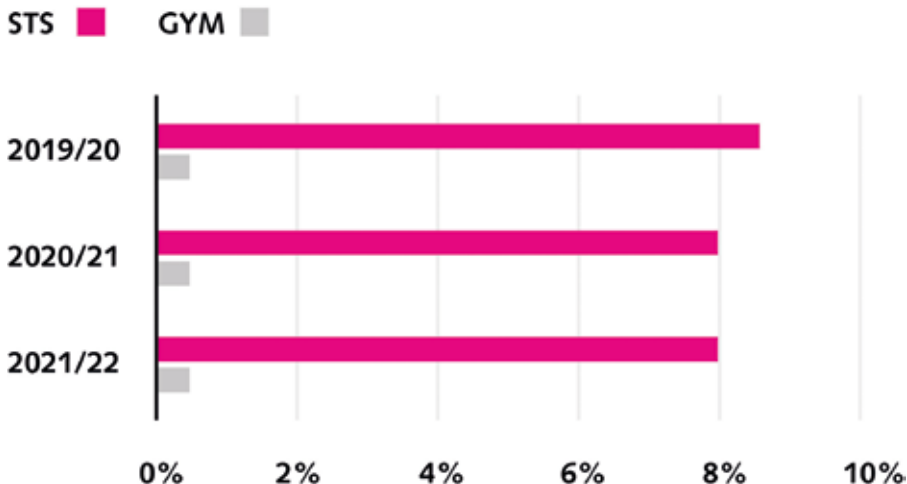
In den Sozialindexen, gegenläufig zu Schulnoten (6 hohes Niveau, 1 niedriges Niveau) verteilen sich die 59 Schulen wie folgt: 8 mit Sozialindex 1, 18 mit Sozialindex 2, 12 mit Sozialindex 3, 9 mit Sozialindex 4, 12 mit Sozialindex 5 – und keine mit Sozialindex 6. (Bei den Gymnasien gibt es keine Schule mit Sozialindex 1, dafür 17 mit Sozialindex 6.)



Die Sozialindexe überraschen dahingehend nicht, wenn wir uns die Lage der STS im städtischen Raum vergegenwärtigen (siehe den Artikel zu den Stadtteilprofilen im *Bürger:innenbrief* vom Januar 2022). Doch in der Großen Anfrage gibt der Senat noch einen anderen Faktor an, den RISE-Status<sup>1</sup> der Wohngebiete der Schüler\*innen. Da lässt sich festhalten, dass im jetzigen Schuljahr 30 % der Schüler\*innen aus einem Gebiet mit niedrigem und sehr niedrigem Status kommen, 58,3 % aus einem Gebiet mittleren RISE-Status<sup>2</sup> und nur 8,7 % von einem Gebiet mit hohem Status (bei 3 % ist dieser Status unbekannt). Zur Verdeutlichung, bei Gymnasien kommen zwar auch die Mehrheit, 59,4 % aus einem RISE-Gebiet mit mittlerem Status, doch nur 10,5 % ihrer Schüler\*innen aus Gebieten mit niedrigem und sehr niedrigem RISE-Status und



## Anteil der SuS mit sonderpädagogischem Förderbedarf



demgegenüber 27,4 % aus einem RISE-Gebiet mit hohem Status (bei 2,7 % ist der Status unbekannt).

Genauso spiegelbildlich ist das Verhältnis der Schüler\*innen mit so genanntem Migrationshintergrund. Im aktuellen Schuljahr sind es am Gymnasium 40,8 % mit (bei 0,2 % kann der Migrationshintergrund nicht zugeordnet werden) und 59 % ohne Migrationshintergrund. In den STS haben dagegen 60,4 % der Schüler\*innen einen Migrationshintergrund und 39,1 % nicht (bei 0,6 % kann es nicht entschieden werden).

Besonders eklatant fällt der Unterschied im Anteil der Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Gesamtschüler\*innenschaft aus. An dem STS liegt er in den letzten drei Schuljahren zwischen 8,6 % (2019/20) und 8 % (2021/22) wohingegen durchgehend nur 0,5 % der Gymnasialschüler\*innen diesen diagnostizierten Förderbedarf haben.

Ähnlich deutlich klafft die Lücke zwischen den Schulformen im Bereich der Sprachförderung (in der Sekundarstufe I). Dort liegt das Gymnasium in den letzten drei Schuljahren bei rund 5 %, die STS wiederum bei rund 15 %.

Im Bereich der Lernförderung nach § 45 des Hamburgischen Schulgesetzes wird rund doppelt so vielen Schüler\*innen an STS diese spezifische Förderung zuteil wie an Gymnasien.

Der wesentliche Unterschied, der die Bildungsungleichheit zwischen den beiden Schulformen zementiert, ist der Zwang, Schüler\*innen nach

Klasse 6 vom Gymnasium auf die STS zu verweisen. Vor der Coronapandemie wurden jedes Jahr fast 1.000 Schüler\*innen abgeschult. In der Pandemie wurde den Gymnasien ein größerer Handlungsspielraum eingeräumt, Schüler\*innen trotz ihrer Leistungen auf dem Gymnasium zu behalten. Daher sind die Zahlen der abgeschulten Schüler\*innen abgesunken.

Dennoch lassen sich zwei Aspekte deutlich festhalten: die Abschlusungen führen dazu, dass an den STS bisweilen ganze Klassen mit abgeschulten Schüler\*innen eingerichtet werden; Schüler\*innen, die nach der Negativverfahren wieder vollkommen aufgerichtet werden müssen. Und der Vorgang des Abschlusens führt auch dazu, dass viele Klassen an STS überfrequent sind. Das heißt, dass mehr Schüler\*innen in Klasse 7 sind als das Schulgesetz als Höchstgrenze festlegt. In Hamburg treffen nur drei Schulen genau die vorgeschriebene Klassengröße von (durchschnittlich) 24,2 Schüler\*innen; in 37 Schulen sind mehr Schüler\*innen in den 7. Klassen, nur in 17 Schulen weniger. Damit sorgt diese Praxis für eine systematische Verletzung des Schulgesetzes.

Diese Faktoren machen deutlich, wie sehr die STS nicht nur als Lernorte, sondern auch als soziale Orte, als pädagogische Einrichtungen mit einer Vielzahl von Aufgaben, die weit über die Vermittlung von Lerninhalten hinausgehen, zu sehen sind. Positiv lässt sich hinsichtlich der inneren Organisation festhalten, dass es nur 22 STS gibt, die mit

äußerer Differenzierung arbeiten und dabei in der Regel in höheren Klassenstufen und bei bestimmten Fächern, nicht flächendeckend.

Und ein wesentlicher positiver Aspekt, der die großartige Arbeit der STS deutlich macht, ist die Quote der Schüler\*innen, die trotz ihrer fehlenden Gymnasialempfehlung – also der Voraussage in Klasse 4, sie würden es nicht schaffen, eine Hochschulreife zu erlangen – enorm hoch ist. Ähnlich wie in den Jahren zuvor hatten im letzten Schuljahr 83 % der Abiturient\*innen keine Gymnasialempfehlung in Klasse 5. Und das, obwohl wir in den Klassen 7 und 10 einen größeren Zustrom von Gymnasialschüler\*innen vorfinden. Neben den Abschlüssen ein Indiz, dass zur Oberstufe einige Schüler\*innen sich nicht den Stress des Turboabiturs antun wollen.

Angeht die großen Aufgaben, die die STS zu bewältigen haben, sind ihre Leistungen ein voller Erfolg. Auch daher haben wir gefordert, die Gymnasien in den Stand zu setzen, alle Schüler\*innen zu behalten und die STS zur Regelschule in Hamburg zu machen.

SABINE BOEDDINGHAUS,  
Co-Fraktionsvorsitzende DIE LINKE  
in der Hamburgischen Bürgerschaft,  
Fachsprecherin für Schule, Bildung,  
Jugend und Familie und

DR. HANNO PLASS, persönlicher Mitarbeiter und  
wissenschaftlicher Referent von Sabine Boeddinghaus

Quelle: BÜRGER:INNENBRIEF vom 17.05.2022

<sup>1</sup> RISE ist das Akronym von *Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung*, das die kleinräumliche Sozialstruktur von Hamburger Stadtteilen und Quartieren im Rahmen des Sozialmonitoring erhebt.

# »Bildungspolitik ist Klassenpolitik«

Interview mit Sabine Boeddinghaus (DIE LINKE)  
über die Große Anfrage ›Zur Lage der Stadtteilschulen«

**Was gab den Anstoß für die von euch auf den Weg gebrachte Große Anfrage ›Zur Lage der Stadtteilschulen«?** Diese Große Anfrage ist bereits die zweite zur Lage der Stadtteilschule und wird sicher nicht die letzte sein, weil uns als Fraktion, die wir nachdrücklich für eine Schule für Alle eintreten, die Lage der Stadtteilschule besonders am Herzen liegt. Sie möchte unter dem Dach des sogenannten Zwei-Säulen-Modells als zweite Säule neben dem Gymnasium eine Schule sein, die alle Kinder und Jugendlichen willkommen heißt – ist aber gleichzeitig und in unmittelbarer Konkurrenz zum Gymnasium strukturell ›benachteiligt«. Die Anführungszeichen stehen dafür, dass die Vielfalt ihrer Schüler\*innenschaft natürlich kein Nachteil ist, aber der pädagogische Auftrag und die Verantwortung, ihr gerecht zu werden, sind ungleich höher als im (Nachbar-)Gymnasium.

**Worauf zielte die Anfrage, welche Daten sollten transparent gemacht werden?** DIE LINKE hat sowohl den ersten ›Schulfrieden« im Jahr 2010 als auch den zweiten ›Schulstrukturfrieden« im Jahr 2020 abgelehnt, weil von Anbeginn klar war und die damalige Annahme und Vermutung sich schnell

bewahrheiten sollte, dass nämlich die soziale Segregation zwischen den beiden Schulformen erheblich ist und eine krasse soziale Ungerechtigkeit dadurch entstanden ist.

Daher ist es uns wichtig, fortlaufend die Sozialdaten zu erheben. Dabei haben wir gefragt nach der Inklusionsquote, nach der Anzahl der geflüchteten Kinder und Jugendlichen, die in die Regelklassen gehen, nach der Quote der Förderberechtigten vom Bildungs- und Teilhabepaket, von Sprach- und Lernförderung und der Quote derjenigen, die mit ihren Eltern im Sozialleistungsbezug leben. Ebenso erfragen wir die Elternentscheidung beim Übertritt von Klasse 4 nach Klasse 5 gemäß der Schullaufbahneempfehlung für ihre Kinder. Und da ein Parameter für Leistungsbemessung der erreichte Abschluss ist, haben wir die Abschlüsse in Höhe und Umfang abgefragt, insbesondere vor dem Hintergrund der jeweiligen Prognosen der Schüler\*innen. Die erbrachten Leistungen beziehen sich dabei sowohl auf die der jungen Menschen, aber auch auf die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte und ihr großartiges Engagement in der individuellen Förderung ihrer Schüler\*innen.

**Gibt es Ergebnisse der Großen Anfrage, die euch überrascht haben?** Die Ergebnisse zeigen in aller Eindringlichkeit, wie scharf die soziale Schere zwischen den beiden ›Säulen‹ Stadtteilschule und Gymnasium aufgegangen ist: So haben 60,4 % der Schüler\*innen an Stadtteilschulen Migrationshintergrund – 30 % von ihnen kommen aus Wohngebieten mit niedrigem oder sehr niedrigem RISE-Status, an den Gymnasien sind das dagegen nur 10,5 %. Wenn wir uns die Sonderpädagogische Förderung nach § 12 anschauen, wird diese von 8 % der Stätteilschul-Schüler\*innen benötigt, an den Gymnasien entfällt sie auf geringe 0,8 %. Ähnlich sieht es bei Sprach- und Lernförderung aus: 14,5 % der Schüler\*innen an den Stadtteilschulen erhalten Sprachförderung nach § 45, bei den Gymnasialschüler\*innen sind es 5 %. Lernförderung nach § 45 wird an den Stadtteilschulen von 14,28 % der Schüler\*innen bezogen, an den Gymnasien ist die Zahl mit 6,45 % weniger als halb so groß.

Oder schauen wir uns die Zahlen zur Integration an, am Beispiel der Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK): Gibt es an Gymnasien 45, sind es an den Stadtteilschulen 75! Interessant ist auch, dass im letzten Schuljahr nur 5,1 % der Fünftklässler\*innen mit Gymnasialempfehlung an einer Stadtteilschule waren.

Das Argument, die Stadtteilschulen hätten durch ihr zusätzliches Lernjahr (G9) auch gute Chancen bei den sogenannten ›bildungsaffinen‹ Eltern, zieht leider nicht, zumal das Schulgesetz auf Drängen der CDU den Wechsel nach der Sekundarstufe I vom Gymnasium in die Sekundarstufe II an einer Stadtteilschule zulässt und regelt. Diese Option wird auch rege genutzt. Wir sehen in dieser Schulphase ein deutliches Ansteigen der Anzahl von Schüler\*innen mit Gymnasialempfehlung an den Stadtteilschulen: von 8,3 % in Klasse 10 auf 16,9 % in Klasse 12 im letzten Schuljahr.

Und umgekehrt ist ebenso geregelt, dass Schüler\*innen, die nach Klasse 6 des Gymnasiums nicht die richtigen Zensuren vorweisen können, an die Stadtteilschule wechseln müssen. Das betraf pro Schuljahr stets so an die 1000 jungen Menschen. Während Corona sank diese Zahl erheblich.

Das zeigt, dass es auch anders geht – man muss es nur wollen!

Vor diesem Hintergrund überrascht und beeindruckt mich immer wieder, in welcher Zahl es die Lehrkräfte an den Stadtteilschulen vermögen, die ihnen anvertrauten jungen Menschen auch zum höchstmöglichen Abschluss zu führen. Chapeau!

**Gerade die Zahlen zu den Abitur-Abschlussquoten legen ja nun erst einmal die Folgerung nahe, dass an den Stadtteilschulen alles wunderbar funktioniert – dass sie leisten, was sie sollen, nämlich schulische (Re-)Integration und gesellschaftliche Inklusion... warum ist das zu einfach gedacht?** Es gibt ein enorm hohes und ebenso erfolgreiches Engagement vieler Lehrkräfte an den Stadtteilschulen – dieses allein vermag aber nicht, die im Zwei-Säulen-Modell strukturell angelegte soziale Ungerechtigkeit zu kompensieren, geschweige denn abzumildern. Im Hamburger Bildungssystem wirkt die Lehrerarbeitszeitverordnung – die gründlich überarbeitet werden muss – beengend für die Entwicklung von qualitativem

Unterricht. Abgesehen davon, dass dafür auch eine gute und gerechte Sozial-, Arbeitsmarkt- und Stadtteilentwicklungspolitik in die Verantwortung genommen werden müssten, zeigen die Ergebnisse, dass sich die soziale Spaltung der Stadt oder der Stadtteile in unserem Schulsystem widerspiegelt. Auch wenn die Stadtteilschulen erheblich mehr Ressourcen für ihre pädagogische Arbeit erhalten, ändern sie und mit ihnen weitere additive Förderpro-

gramme nichts an der sozialen Trennung unserer Kinder und Jugendlichen. So bescheinigt uns jede Bildungsstudie seit 2000 bis heute die enge Koppelung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft! Bildungspolitik ist Klassenpolitik, im wahrsten Sinne des Wortes!

**Spricht man mit Kolleg\*innen über die gegenwärtige ›Lage‹ an den Stadtteilschulen wird deutlich: Sie ist verheerend. Die Pädagog\*innen sind am Limit ihrer Kräfte, wenn nicht gar schon darüber hinaus, es fehlt an personellen, aber auch materiellen Ressourcen, und an Zeit – das von dir gerade genannte Hamburger Arbeitszeitmodell bildet ja viele ihrer zeitintensiven Tätigkeiten nicht ab. Die dadurch entstehenden Probleme müssen individuell aufgefangen wer-**

## **...die Ergebnisse zeigen, dass sich die soziale Spaltung der Stadt oder der Stadtteile in unserem Schulsystem widerspiegelt.**

**den, anstatt dass sie politisch bearbeitet werden – Problematisierungen der Situation und Kritik werden vom Senat und der BSB hartnäckig ignoriert. Warum wird hier nicht reagiert? Was ist da los?** Gute Frage! Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als der Brandbrief der Stadtteilschulen vom Juni 2016 Thema in der *Aktuellen Stunde* der Bürgerschaft war und der zuständige Senator das Kunststück vollbrachte, in seinem Redebeitrag dazu kein einziges Wort zu verlieren! Neben einer völligen Missachtung der dringlich vorgetragenen Probleme und Vorschläge zeigt mir dieses Verhalten eines: Das Zwei-Säulen-Modell ist eine rein politische Konstruktion, pädagogische Argumente dafür gibt es weit und breit nicht. Und ich teile auch nicht die Meinung, dass eine alleinige Reduktion der ›Säuligkeit‹ irgendwann und automatisch in die Einsäuligkeit münden wird. Davor stehen zum einen Vorbehalte in den Reihen der Sozialdemokratie selbst, aber umso mehr der Geist Walter Scheuerls, der sogleich beschworen wird, wenn sich eine bildungspolitische Debatte in die Richtung ›Eine Schule für Alle‹ entwickelt. Leider haben sich die Grünen schon längst von Christa Goetschs Schulkonzept ›Neun-macht-klug‹ distanziert und behaupten allen Ernstes, das Zwei-Säulen-Modell wäre ein Erfolgsmodell!

**Was ist Deiner Ansicht nach zu tun?** Kurz- und mittelfristig brauchen die Stadtteilschulen aus meiner Sicht und dem, was ich aus den Schulen selbst höre, eine gesicherte Doppelbesetzung, multiprofessionelle Teams, eine verlässliche Schulbegleitung und eine Unterrichtsbelastung für die Lehrkräfte im Rahmen des Lehrerarbeitszeitmodells. Stadtteilschulen in wirtschaftlich schwachen Lagen brauchen zudem besondere Anreize für Personal. Hier ist der Lehrermangel ja durchaus schon spürbar. Multiprofessionelle Teams zu stärken könnte auch heißen, an allen Schulen Gesundheitsfachkräfte einzustellen, Schulbegleitungen mit tariflicher Bezahlung an den Schulen anzustellen und die Schulsozialarbeit systematisch breiter aufzustellen. Und für die Zusammenarbeit und Koordination der Professionen Zeit und Menschen bereitzustellen. Das würde hinsichtlich der vielfältigen Herausfor-

derungen meiner Ansicht nach großes Entlastungspotential in sich tragen.

**Müsste das nicht auch einen anderen Umgang mit den spezifischen pädagogischen Anforderungen der Stadtteilschule beinhalten?** Unsere

Antwort auf das derzeitige sozial ausgrenzende und ungerechte Schulsystem ist unser Entwurf für ein inklusives Schulgesetz. Ich durfte das in der hlz (9-10/2020, 32-35) bereits schon einmal vorstellen und betone nochmal: Inklusion ohne Abschulen, Stigmatisierung und Beschämung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gelingen MUSS und der sich ALLE Schulen stellen müssen. Der Auftrag, der sich sowohl aus der UN-Behindertenrechts- als auch der Kinderrechtskonvention ergibt, heißt für mich: Schafft

Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Gelingensbedingungen für eine demokratische und inklusive Schule, die die Rechte und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zum Maßstab des pädagogischen Handelns macht und hört auf, ein rein politisch gewolltes System mit allen Mitteln zu stabilisieren, auch auf Kosten der Gesundheit vieler Schüler\*innen und ihrer Lehrkräfte.

**Warum ist es so schwierig, das politisch durch- und umzusetzen?** Bildungspolitik ist für die SPD kein Gewinnerthema, leider! Und für andere gilt das Lied von Degenhardt: Spiel nicht mit den Schmuttelkindern!

Mein Zugang für eine qualitativ ernstzunehmende Bildungspolitik sind der inklusive Auftrag, die Menschenwürde und die Kinderrechte. Und ich setze dabei auf Überzeugungskraft und die vielen Engagierten, die längst erkannt haben, dass wir eine Transformation in unserem Bildungs- und Schulsystem brauchen. Das zeigt sich für mich im Übrigen auch in der substanziell breit getragenen Kritik an den Bildungsplanentwürfen der BSB.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass ich die im 2-Säulen-Modell angelegte Konkurrenz zwischen den Schulen, nicht nur innerhalb einer Schulform, für Gift und einen Hemmschuh für eine gemeinsam entwickelte Schul- und Unterrichtsent-

wicklung halte. Auch wenn ich das 2-Säulen-Modell auf's Schärfste kritisiere, so übertrage ich diese Kritik mitnichten auf die Schulen beziehungsweise Schulformen selbst. Ich nehme mit Freude und Respekt wahr, dass auch Gymnasien sich zu Wort melden und zum Beispiel einen neuen Bildungsbegriff und auch mehr Verantwortungsübernahme für die Umsetzung der Inklusion einfordern. Das macht mir Mut, so dass ich darauf setze, dass die Wirklichkeit die Politik überzeugen wird!

**Wenn wir den Blick noch einmal auf die politischen Nahziele richten, auf die (Folge-)Belastungen durch Corona und die aktuellen Belastungen durch die Inflation und erhöhten Gas- und Energiepreise, was wäre Eurer Ansicht nach jetzt zur Entlastung der Kolleg\*innen und Schüler\*innen politisch einzufordern?** Die Beschlussfassung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2023/24 steht ja Mitte Dezember an. In Vorbereitung unserer Zusatzanträge haben wir mehrere Schwerpunkte im Schulbereich gesetzt. Die Schulschließungen, die soziale Isolation, aber auch die Sorgen und Ängste, denen viele junge Menschen in der Pandemie ausgesetzt waren, haben zum einem zu Lerneinbrüchen, zum anderen zu nachhaltigen psychischen Belastungssituationen geführt. Das Bundesprogramm ›Aufholen nach Corona‹ hat zur Abmilderung dieser Folgen zeitlich begrenzt den Ländern zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt, die aber in ihrem additiven Charakter keine anhaltende Wirksamkeit entfalten können. Wir fordern vom Senat, dass die Schulen die entsprechenden Ressourcen nun aus Landesmitteln erhalten und sie in inklusiv strukturell verankerte Unterstützungsprogramme investieren können.

Aufgrund der angespannten Lage in den Schulen, die nicht nur die Schüler\*innen betrifft, sondern ebenfalls die Pädagog\*innen fordert, brauchen alle Beteiligten schlicht und ergreifend mehr Zeit. Zwei unteilbare A-Zeiten mehr für jede Lehrkraft und entsprechend für die anderen pädagogischen Fachkräfte in Schulen eröffnen ihnen zusätzliche Möglichkeiten, den stets anwachsenden sozialen Aufgaben angemessener zu begegnen.

Ähnliches gilt für die desolote Realisierung der Schulbegleitung! Hier wird das Recht auf Bildung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf tagtäglich missachtet und die BSB spricht stoisch von Einzelfällen. Nun läuft eine von Engagierten der Initiative ›Gute Inklusion‹ erstrittene Evaluation des derzeitigen Modells der Schulbegleitung, auf deren Ergebnis die Betroffenen aber nicht warten können. So brauchen die Schulen kurzfristig mehr Geld, um die Schulbegleiter\*innen tariflich zu bezahlen, sie zu qualifizieren und der Senat muss dafür Sorge tragen, dass ausreichende Schulbegleitungskräfte zur Verfügung stehen.

Angesichts der explodierenden Energie- und Lebenshaltungskosten haben wir in einem Bürgerschaftsantrag den Senat gebeten, den Schulen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit Klassenreisen, Ausflüge und andere außerschulische Aktionen weiterhin allen Kindern ermöglicht werden können. Leider von Rot Grün abgelehnt. Wir hören aus vielen Schulen die große Sorge, dass sich viele Familien diese so wichtigen Erlebnisse für ihre Kinder nicht mehr leisten können.

Schulische Bildung wird leider mit wenig Phantasie als Sparmodell behandelt.

Interview: HLZ (AG)

**Die Große Anfrage »Zur Lage der Stadtteilschulen« (Drucksache 22/7342) findet sich hier:** [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78904/zur\\_lage\\_der\\_stadteilschulen\\_in\\_hamburg](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/78904/zur_lage_der_stadteilschulen_in_hamburg).

<sup>1</sup> ›9 macht klug‹ war das Motto, unter dem sich die grünen Fraktionen aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen, und Schleswig-Holstein Anfang der 2000er Jahre für eine grundlegende Schulreform nach dem Modell des Finnischen Schulsystems einsetzten, die u. a. eine Gemeinschaftsschule bis zur 9. Klasse vorsah: <https://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/presse/pressemeldungen/artikel/9-macht-klug-im-norden-gruene-wollen-eine-neunjaehrige-schule-fuer-alle.html>.



# Zukunftsweisend und integrativ

Ein Nachruf auf Christa Carl (1945-2022), der die Ida Ehre (Stadtteil-)Schule viel verdankt

Fünfzehn Jahre lang – von 1993 bis 2008 – leitete Christa Carl die heutige Ida Ehre Stadteilschule, die von ihrer Gründung im Jahr 1934 bis 2001 noch Jahnschule hieß. Am Prozess der Umbenennung der Schule war Christa Carl maßgeblich beteiligt. Schon bevor sie 1993 die Schulleitung der Jahnschule übernahm, hatte sie sich als Lehrerin in enger Kooperation mit der GEW dafür eingesetzt, dass diese Grund-, Haupt und Realschule (GHR) 1979 in eine Integrierte Gesamtschule umgewandelt wurde. Später engagierte sie sich als Abteilungsleiterin 5 bis 7 mit Erfolg für die Einrichtung von Integrationsklassen ab Jahrgangsstufe 5. Als es 1993 um die Neubesetzung der Schulleitung ging, erschien die Wahl Christa Carls für den Großteil des Kollegiums folgerichtig, verkörperte sie doch geradezu die neue Schulform mit ihrem integrativen Anspruch.

Mit Christa Carls Übernahme der Schulleitung sollte an der Jahnschule ein neues Zeitalter anbrechen: Als eine der ersten Gesamtschulen erhielt die Jahnschule eine weibliche Spitze, im Laufe der fünfzehn Jahre unter Christa Carls Leitung und danach sollten weitere Abteilungsleiterposten mit Frauen besetzt werden. Die neue Schulleiterin pflegte einen kollegialen Umgang, der mit dem Begriff einer »flachen Hierarchie« nur unzureichend beschrieben ist. Da sie das Kollegium schon aus der GHR-Schule kannte, vermochte sie sich in die Herausforderungen hineinzufühlen, mit denen sich »alte« und »junge« Kolleg\*innen konfrontiert sahen. Ihre Tür stand jederzeit allen offen – Schüler\*innen, Eltern, dem pädagogischen Personal genauso wie der Hausmeisterei.

Ihren prall gefüllten Arbeitstag bewältigte Christa Carl mit bewundernswertem und unermüdlichem Elan. Bereitwillig und systematisch delegierte sie Leitungsaufgaben an die anderen Schulleitungsmitglieder, nachdem sie mit ihnen in wöchentlichen Schulleitungssitzungen und zusätzlich in Vier-Augen-Gesprächen grundsätzliches Einvernehmen über die anstehenden Fragen hergestellt hatte. Schon bevor 2006 das Konzept der »Selbst-

verantworteten Schule« von der *Behörde für Schule und Berufsbildung* beschlossen wurde, hatte die Ida Ehre Gesamtschule bereits bedeutsame Schritte in diese Richtung unternommen: Vorbereitet in qualitätssichernden Fach- und Jahrgangskoordinationen, beschloss die Schule mit dem Konzept »Maxi 23«, Klassen und Lerngruppen durch die weitgehende Umsetzung binnendifferenzierenden Unterrichts zu verkleinern – eine Innovation, die



Christa Carls »Tür stand allen jederzeit offen«

bald von anderen Schulen und von der Behörde im »Orientierungsrahmen Schulqualität« übernommen werden sollte. Dass dieser schulinterne Entwicklungsprozess nach oft kontroversen innerschulischen Diskussionen erfolgreich umgesetzt wurde und sich noch in der Einführung von Profilklassen in den Jahrgängen 9 und 10 fortsetzte, war – neben dem innovationsfreudigen Kollegium – auch der umsichtigen Leitung Christa Carls zu verdanken.

Als Schulleiterin trug Christa Carl mit ihrer fürsorglichen und warmherzigen Art zu einem besonders vertrauensvollen Schulklima bei. Noch bis zu ihrem Wechsel in den Ruhestand 2008 trieben ihre zukunftsweisenden pädagogischen Grundüberzeugungen die Schulentwicklung bei Ida Ehre entscheidend voran. Leider konnte Christa Carl in den letzten Jahren als Pensionärin an Aktivitäten der Schule und der Ehemaligen aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr teilnehmen. Am 22. August 2022 ist Christa Carl verstorben.

KLAUS TRAUlsen

# Immer sind die anderen schuld!

Der Schulausschuss der Hamburger Bürgerschaft hatte zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema Inklusion geladen – doch zwischen ›anhören‹ und ›gehört werden‹ blieb eine Kluft

Die in Hamburg regierenden Parteien SPD und Die Grünen halten es scheinbar nicht für sinnvoll, im Prozess der praktischen Umsetzung schulischer Inklusion die betroffenen Personengruppen von sich aus anzuhören. Denn erst auf Antrag der Linksfraktion und der CDU gab es am 30. September 2022 um 17 Uhr eine öffentliche Anhörung vor dem Schulausschuss der Hamburger Bürgerschaft. Hierzu waren neben Pädagog\*innen, Therapeut\*innen, Mitglieder von Initiativen wie *Gute Inklusion*, Vertreter\*innen von Verbänden wie u.a. *Leben mit Behinderung* und vor allem zahlreiche Betroffene gekommen. Für eine breitere gesellschaftliche Öffentlichkeit wurde ein Livestream bereitgestellt.

Da es wegen des großen Andrangs weder ausreichend Sitz- noch Stehplätze gab, schickte das Saalpersonal viele der Ankommenen in einen Saal im ersten Stock, wo es lediglich den Livestream gab. Die Veranstaltung fand so letztendlich über drei Etagen verteilt statt.

Von Anfang an war zu spüren, dass es sich bei fast allen der Redebeiträge um ›Betroffene‹ wie zum Beispiel Eltern handelte, denn es wurde teilweise sehr emotional. Doch auch wir – die Pädagog\*innen und Therapeut\*innen – brachten zum Ausdruck, ›wie uns das Herz blutet‹ unter diesen Bedingungen zu arbeiten.

Ausführlich wurden von uns die miserablen Arbeitsbedingungen geschildert. In verschiedenen Redebeiträgen wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass wir weder über genügend Doppelbesetzungen verfügen noch über ausreichend Schulbegleitungen, um eine annähernd zufriedenstellende Unterrichtssituation herzustellen. Dass es den Therapeut\*innen an Räumen und Material mangelt. Dass die Barrierefreiheit oft nicht gegeben ist. In vielen Schulen gibt es trotz mehrfacher Beantragung nicht einmal einen Fahrstuhl. Plastisch geschildert wurden Situationen, die mit dem Wickeln von Schüler\*innen in Verbindung stehen. Hier wurde sowohl das Fehlen von Wickelmöglichkeiten als auch das Fehlen von Personal, um vollgemachte Windeln überhaupt wechseln zu können, vorgetragen.

Im Bereich der Schulbegleitung kommt es häufig zu langer Bearbeitungs- und kurzzeitiger Bewilligungsdauer (von z. B. drei Monaten). Auch wurde von immer wiederkehrender Beantragung trotz dauerhafter schwerwiegender Krankheitsbilder berichtet. Junge Menschen, die das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) durchführen, sind oft den Aufgaben nicht gewachsen und verlassen vorzeitig die Schulen. In diesem Jahr nun war der Markt bei den Schulbegleitungen jedoch noch früher als sonst ›leergefegt‹, da es obendrein noch zu einer hausgemachten organisatorischen Zeitverzögerung kam. Die Bewilligungen für die Schulbegleitungen wurden so spät versendet, dass die meisten Schulabgänger\*innen längst andere Lebensschritte als die soziale Aufgabe FSJ (u. a. Schulbegleitung) geplant hatten. Laut Verbänden, Institutionen und Betroffenen bedarf es in der Zusammensetzung des Personals gut bezahlte Therapeut\*innen, gut ausgebildetes pädagogisches Personal wie z.B. Heilerzieher\*innen sowie ausgebildete Schulbegleitungen. Nicht zuletzt aber braucht es *genügend* Personal!

Ausführlich wurde auch von den Eltern beschrieben, wie es sich in dieser Situation lebt: Unter welchen erschwerten Bedingungen ein Familienleben zu gestalten ist, wenn man z. B. permanent von Arbeitslosigkeit bedroht ist, weil es zu vielen, zu viel zu vielen Fehltagen kommt, wenn das Kind aufgrund von unzureichender Personalsituation in den Schulen nicht betreut werden kann.

In vielen Redebeiträgen wurden konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht. Die nun folgenden Antworten des Senators zeigten jedoch seine Grundhaltung zu den vor Ort vorhandenen Problemen: Immer sind die anderen schuld!

So wies der Senator daraufhin, dass das Bündnis *Gute Inklusion* lieber Geld in Lehrer\*innenstellen stecken wollte, als in mehr Therapeut\*innen oder Schulbegleitungen. Er hätte seitdem über 300 Lehrer\*innenstellen möglich gemacht. Bekommt die Schule auftretende Ressourcenprobleme nicht intern in den Griff, habe die *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) damit nichts mehr zu

tun. Der Senator bezog sich hier auf die Einführung der *Selbstverantworteten Schule* (SvS). Sie Sorge dafür, dass die Schulleitung nun zuständig sei, diese Probleme in Eigenregie zu lösen.

Nicht nur wurde versucht, die Ursachen der Probleme zu verschleiern und zu verschieben. Es wurde auch versucht, die einzelnen Problembereiche gegeneinander auszuspielen: Lehrkräfte gegen Schulbegleitung, Inklusionsplätze gegen Geflüchtete. Das Grundproblem, dass es für eine gute Inklusion *mehr Geld* braucht, ist lange bekannt und gut befohrt. Da nützt es auch nichts, wenn wir an erster, vierter oder irgendeiner anderen Stelle im Ranking der Bundesländer liegen.

Kindern steht die *beste Bildung und Beschulung* zu! Und dazu müssen alle das Ihrige beitragen.

Ein Versprechen hat der Senator allerdings gemacht. Seit dem Schuljahresbeginn 2018/2019 gilt eine sogenannte 5-er Regel: Allgemeine Schulen mit mindestens fünf Schüler\*innen mit Förderschwerpunkt körperlich-motorische Entwicklung (KME) sollten genauso viele Therapie- und Pflegestunden wie die speziellen Sonderschulen erhalten. Diese Regel soll gekippt werden. In allgemeinen Schulen möchte der Senator allen Kindern mit dem Förderschwerpunkt KME und Geistige Entwicklung (GE) Therapien zukommen lassen. Hierfür ist er bereit, 40 weitere Stellen für Therapeut\*innen zu schaffen. Doch diese bei der schlechten Bezahlung und dem unzureichenden Setting in den Schulen zu finden, wird nicht leicht sein.

Leider darf bei einer Anhörung hinterher nicht mehr zu den Aussagen des Senators Stellung genommen werden. Sonst hätten wir ihn darauf aufmerksam machen können, wie sich die Situation an den Schulen seitdem verändert hat. Wir hätten ihn darauf hinweisen können, wie viele »auffällige« Schüler\*innen hinzugekommen sind und vor allem: in wie vielen Klassen sich außerdem geflüchtete Schüler\*innen befinden, die auch noch nebenher von uns versorgt werden müssen.

Dann hätte er vielleicht nicht die Aussage gemacht, dass wir Lehrer\*innen trotzdem keine gute Inklusion hinbekommen.

Es ist ein bisschen so, als würde uns der Senator ein Auto mit vielen PS geben und sagen, was beschwert ihr euch denn, ihr habt doch jetzt ein potentes Auto... – aber leider hat dieses Auto weder Kindersitze, noch Sicherheitsgurte, noch anständige Reifen, um damit unfallfrei zu fahren. Und das möchten wir: unfallfrei fahren!

Am späten Abend nahmen dann noch die Bürgerschaftsabgeordneten Stellung und stellten dem Senator Fragen. Aber vor allem bedankten sie sich ausdrücklich über unsere »lebendige« Darstellung der Situation und die vielen Hinweise aus der Praxis zur Verbesserung!

Leider sind wir trotzdem frustriert nach Hause gegangen!

SABINE BIELEFELDT und  
HELGA FASSHAUER

**Es ist ein bisschen so, als würde uns  
der Senator ein Auto mit vielen PS  
geben und sagen, was beschwert ihr  
euch denn, ihr habt doch jetzt ein  
potentes Auto... – aber leider hat  
dieses Auto weder Kindersitze, noch  
Sicherheitsgurte, noch anständige  
Reifen, um damit unfallfrei zu fahren.  
Und das möchten wir:  
unfallfrei fahren!**

# Vor einem nationalen Bildungsnotstand?

Die Ergebnisse des Bildungsberichts 2022 künden von der anhaltenden politischen Ignoranz gegenüber der sozialen Selektivität des bundesdeutschen Bildungswesens

Der Bildungsbericht 2022 erscheint in einer Situation, die von den Auswirkungen der Pandemie seit Anfang 2020 auf das Bildungswesen in all seinen Bereichen geprägt war und ist – von der Kita über die Grund- und weiterführenden Schulen bis hin zur Hochschul- und Weiterbildung. Hinzu kommt 2022, dass sich sowohl durch die massiven Preissteigerungen im Zuge von Inflation, erhöhten Energie-, Heiz- und Mietkosten und Unterbrechung von Lieferketten als auch durch die geringen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts die Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung verschlechtern. Oder, wie es in Teilen des Unternehmerlagers heißt: »Die fetten Jahre sind vorbei.«

Vor diesem Hintergrund bietet die regelmäßig alle zwei Jahre vorgenommene Bestandsaufnahme des Bildungssektors der Bundesrepublik, die eine Fülle an Informationen zu allen Bildungsbereichen im Zeitvergleich liefert, einen Zustandsbericht, der wenig ermutigend ist.

Die grundlegenden Probleme des bundesdeutschen Bildungswesens sind in den zurückliegenden Jahren nicht angegangen worden. Die Ausgangsbedingungen, unter denen sich das Bildungssystem den neuen Herausforderungen und Krisen stellen muss, sind alles andere als optimal: Das bundesdeutsche Bildungswesen in all seinen Teilen ist nach wie vor finanziell – auch im internationalen Vergleich – schlecht ausgestattet, sozial extrem selektiv, in den Ergebnissen bestenfalls durchschnittlich.

Das Versprechen der politisch Verantwortlichen auf dem Dresdner Bildungsgipfel 2008, die Investitionen in Bildung und Forschung auf 10 % des BIP zu erhöhen (7 % Bildung, 3 % Forschung), ist auch 2022 nicht erreicht. Und die Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung wie auch der Bildungsergebnisse von der sozialen Herkunft der Kinder, Schüler\*innen und Studierenden ist völlig ungebrochen. Das beginnt in der Kinderkrippe der unter Dreijährigen, bei denen 38 % der Kinder von Eltern mit hohem Bildungsabschluss, aber nur 18% derjenigen mit geringen Bildungsabschlüssen das erste Mal im Leben mit formalen Bildungseinrichtungen konfrontiert sind.

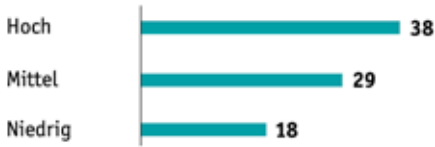
Und es setzt sich über die weiterführenden Schulen fort, an denen die Abiturient\*innenquote bei den Kindern aus armen, sozial benachteiligten und migrantischen Familien unterdurchschnittlich, aber die Hauptschulabschlüsse und das »Übergangssystem« in die berufliche Bildung überdurchschnittlich sind.

»Abbau sozialer Ungleichheiten in den Schullaufbahnen bleibt eine große Herausforderung: Schüler:innen aus sozial schwächeren Elternhäusern besuchen nach der Grundschule deutlich seltener höher qualifizierende Schularten und Bildungsgänge als Gleichaltrige mit hohem Sozialstatus. Bereits im Grundschulalter bestehen Leistungsrückstände von bis zu einem Lernjahr. Eine spürbare Entkoppelung von erreichten Kompetenzen und sozialer Herkunft lässt sich in den letzten 20 Jahren ebenso wenig feststellen wie eine nennenswerte Reduzierung des Anteils kompetenzschwacher Schüler:innen insgesamt« (S. 36). An den Hochschulen sind dann nach wie vor die Kin-

**Das bundesdeutsche Bildungswesen in all seinen Teilen ist nach wie vor finanziell – auch im internationalen Vergleich – schlecht ausgestattet, sozial extrem selektiv, in den Ergebnissen bestenfalls durchschnittlich.**

## Unter 3-jährige Kinder von Eltern mit höherem Bildungsabschluss häufiger in Kindertagesbetreuung

Bildungsbeteiligungsquote nach höchstem Bildungsabschluss der Eltern (in %)



der von akademisch ausgebildeten Eltern weitgehend unter sich: Solche Kinder sind zu 77 % an den Hochschulen, Kinder von Nichtakademiker\*innen zu 23 %.

Die Folgen der Lockdowns während der Corona-Pandemie hat die soziale Schieflage weiter verschärft. Nur 38 % der Lehrkräfte an den Schulen berichten, dass sie regelmäßigen Kontakt mit ihren Schüler\*innen hatten. Wer zu Hause wenig Unterstützung hatte, geriet ins Hintertreffen.

Die Nachfrage und das Angebot an Ausbildungsplätzen haben sich während der Pandemie in den letzten zwei Jahren reduziert, wobei in die Zahl der Nachfrager\*innen ein Großteil derjenigen Jugendlichen, die als nicht ausbildungsreif etikettiert werden, nicht eingerechnet wird. Nach wie vor übersteigt selbst bei diesem Rechnen die Zahl der Nachfrager\*innen die angebotenen Ausbildungsplätze deutlich. 12,5 % Überhang an angebotenen Plätzen gilt als das Maß, das zur Bedarfsdeckung an Ausbildungsplätzen führen soll.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist um 8 % eingebrochen und der Bildungsbericht spricht von einem »Passungsproblem«, wenn die angebotenen Ausbildungsplätze nicht zu den Nachfrager\*innen passen oder umgekehrt.

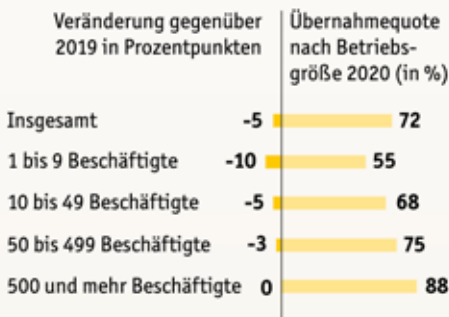
Die Unsicherheit durch die Pandemie führte insbesondere bei den kleinen Betrieben, die eine hohe Bedeutung für die Ausbildung haben, zu einer rückgehenden Übernahmequote der Auszubildenden und damit zu weiterer Unsicherheit der Lebenslage.

Während die Studienanfängerquote bei ca. 45 % eines Jahrgangs in den letzten Jahren schon vor Corona auf hohem Niveau stagniert (2005: 31 %), hat sich der Boom privater Hochschulen fortgesetzt. 2020 studierten 13,9 % aller Studierenden an privaten Hochschulen, fast acht Mal so viele wie 20 Jahre zuvor.

Nach wie vor bildet ein abgeschlossenes Hochschulstudium die besten Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft. Hochschulabsolvent\*innen haben eine höhere Erwerbsbeteiligung als diejenigen ohne einen Hochschulabschluss und die Differenz zwischen ihren Erwerbseinkommen und denen ohne Hochschulabschluss nimmt weiter zu. Allerdings wird die Hürde, ein Studium zu beginnen und abzuschließen, für junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien immer höher. Schon unter den Abiturient\*innen sind sie in der Minderheit. Der Bildungsbericht zeigt zudem, dass die Studierquote bei den Zugangsberechtigten unter den Kindern aus nichtakademischen Haushalten deutlich geringer ist – unabhängig von ihrem zertifizierten Leistungsstand. Bei ihnen sind die wahrgenommenen Kosten des Studiums höher und die Erträge geringer. Der Studienwunsch der Eltern ist schwächer ausgeprägt und die antizipierte Erfolgswahrscheinlichkeit geringer. Die immer stärkere Verlängerung der durchschnittlichen Studiendauer (nur knapp ein Drittel der Studierenden schließt das Studium in der Regelstudienzeit ab), die seit langer Zeit unangepassten BAföG-Sätze und Elterneinkommengrenzen, die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Studierende während der Pandemie belasten diejenigen Studierenden besonders, die ohne Unterstützung ihrer Eltern auskommen müssen.

Der Umbau des Bildungssystems reagierte hierzulande in den zurückliegenden Jahren auf die steigende Nachfrage der Bildungsteilnehmer\*innen und ihrer Eltern: ein deutlicher Ausbau der frühkindlichen Bildung und Erziehung; ein massiver Aufbau der ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen; ein qualitativer Ausbau höherer schulischer Bildung, weg von der Hauptschule hin zu Bildungsgängen mit Hochschulzugangsberechtigten.

## Gesunkene Übernahmequote erschwert Arbeitsmarkteinstieg dualer Ausbildungsabsolvent:innen



gung (Schulen mit mehreren Bildungsgängen und Gymnasien), der die Steigerung der Studierendenzahlen mit sich gebracht hat. Trotz des massiven Ausbaus bleibt er sowohl hinsichtlich der Bedarfe an frühkindlicher Bildung und Erziehung, als auch an ganztägiger schulischer Betreuung noch immer weit zurück. Auf abschbare Zeit fehlen Hunderttausende von Krippenplätzen: »Der Elternbedarf für Kinder unter 3 Jahren kann bis 2025 voraussichtlich nicht gedeckt werden: 2021 lag der Elternbedarf mit 47 % über der Beteiligungsquote unter 3-Jähriger von 34 %.« (34)

Auch bei der schulischen Ganztagsbetreuung klafft trotz des massiven Ausbaus eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage: Der Bedarf liegt bei 63 %, die Beteiligung bei 54 %. Auch hier fehlen hunderttausende Plätze, um den Bedarf zu decken, der gesetzlich garantiert wird. Um einen »nationalen Notstand« im Bildungsbereich in den nächsten Jahren aufzuhalten, so die GEW-Vorsitzende Maike Finnen zum Bildungsbericht 2022, müssen in der frühkindlichen Bildung und Erziehung in den nächsten fünf bis sechs Jahren 200.000 zusätzliche Pädagog\*innen, im schulischen Ganztagsbetrieb 250.000 zusätzliche Beschäftigte eingestellt werden. Aber es herrscht ein Fachkräftemangel in den Bildungsbereichen. Es ist viel zu wenig ausgebildet worden in den letzten Jahrzehnten, die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen sind insbesondere in der frühkindlichen Bildung und den Grundschulen unzureichend, wo zu 93 % (Kitas) bzw. 83 % (Ganztagsbetreuung Grundschule) Frauen beschäftigt sind. Die Vollzeitquote liegt in der Kita bei 41 %, in der grundschulischen Ganztagsbetreuung

**... die Abhängigkeit  
der Bildungsbeteiligung  
wie auch der  
Bildungsergebnisse  
von der sozialen  
Herkunft der  
Kinder,  
Schüler\*innen  
und Studierenden  
ist völlig  
ungebrochen.**

**Personalengpässe verschärfen sich  
in einigen Bereichen**

Bis zu **72.500** fehlende  
Fachkräfte in Kitas bis 2025

Bis zu **65.600** Fachkräfte für zusätzlich  
benötigte Plätze im Ganztag (Grundschulalter)  
bis 2029/30

Mindestens **17.300** fehlende Lehrkräfte  
an allgemeinbildenden Schulen bis 2030

Mindestens **13.200** fehlende Lehrkräfte  
an beruflichen Schulen bis 2030

bei 18 %. Die Erhöhung der Vollzeitquote und die Anwerbung von »Seiteneinsteiger\*innen« wird nur begrenzte Erfolge mit sich bringen oder die Bildungseinrichtungen sogar vor neue Probleme stellen. Schon wird über Erhöhung der Gruppen- und Klassengrößen nachgedacht. An den Universitäten hat sich das Verhältnis zwischen Dozent\*innen und Studierenden bei der Expansion der Anmeldezahlen bereits deutlich verschlechtert. Fachkräftemangel und unzureichende finanzielle Ausstattung des Bildungssektors lassen die Hoffnung auf Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen in weite Ferne rücken: Sei es die Aufgabe, die Bildungsbenachteiligten besonders zu fördern, sei es die inklusive Bildung voranzubringen oder die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen kompetent und nachhaltig umzusetzen. Ohne breiteren gesellschaftlichen Widerspruch wird diese Misere nicht zum Guten gewendet.

KLAUS BULLAN,  
2005-2013 Vorsitzender der GEW Hamburg

Der Bildungsbericht lässt sich in der Langfassung hier nachlesen: Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2022, Bielefeld: wbv Media 2022, online: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022/pdf-dateien-2022/bildungsbericht-2022.pdf>.

Die anschaulich aufbereitete Kurzfassung findet sich hier: Bildung in Deutschland 2022 kompakt, online unter: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022/pdf-dateien-2022/bildungsbericht-2022-kompakt.pdf>. Alle nicht gesondert ausgewiesenen Zitate stammen aus diesen beiden Quellen.

Der vorliegende (redaktionell bearbeitete) Artikel erschien zuerst auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).



# Gegen die Diskriminierung von Kindern ohne Religion – für die Einführung eines Alternativfachs in Klasse 1-6!

Breite Kritik am Bildungsplan-Entwurf ›Religionsunterricht für alle‹

Das Hamburger Modell *Religionsunterricht für alle* (RUfa) ist über die Landesgrenzen hinaus bekannt und wird vielerorts gelobt, weil erstmals große Religionen einen gemeinsamen Unterricht verantworten. Wir meinen jedoch: zu Unrecht, denn angenommen wird fälschlicherweise, alle Kinder würden im Religionsunterricht mit ihren jeweiligen Anschauungen gleichermaßen berücksichtigt. Tatsächlich jedoch ist der Hamburger Religionsunterricht immer noch ein christlich-dominierter Bekenntnisunterricht. Schüler\*innen, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören und eher säkular erzogen werden, finden im Fach ›RELI‹ so gut wie keine Berücksichtigung. Und das in einem Bundesland wie Hamburg, in dem fast 60 Prozent der Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft mehr angehören.

In den Klassen 7 bis 13 kein Problem: Hier können die Schüler\*innen ab Klasse 7 alternativ zum Religionsunterricht das Fach Philosophie wählen. Kindern in den Klassen 1 bis 6 bleibt dieses Alternativangebot leider versagt.

Auch die aktuellen Hamburger Bildungsplan-Entwürfe sollen an dieser Ungerechtigkeit nichts ändern, verbreitern nur deren Basis. Die Schüler\*innen sollen nicht mehr nur von evangelisch ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet werden. Künftig sollen auch die islamischen Religionsgemeinschaften, die Aleviten, die Jüdische Gemeinde und das katholische Erzbistum Hamburg für den Religionsunterricht zuständig sein. Jede Religionsgemeinschaft beauftragt ›ihre‹ Lehrkräfte, den Unterricht nach ihren jeweiligen Glaubensgrundsätzen zu erteilen. So bestimmt es das *Bundesverfassungsgericht*. Authentische Unterrichtsinhalte für Schüler\*innen ohne religiöse Bindung finden in den Bildungsplan-Entwürfen so gut wie keine Berücksichtigung.

Doch es gibt Widerspruch: Wichtige Verbände, Einrichtungen und Organisationen führen seit Monaten scharfe Kritik an den Entwürfen zum Religionsunterricht:

## Die Kritik der Hamburger Lehrerkammer vom 17.06.2022:

›Die exemplarische Positionalität von Lehrkräften beeinflusst Kinder anderer Glaubensgemeinschaften und die SuS mit säkularem Hintergrund. (...) Die Erarbeitung der Bildungspläne im Fach Religion obliegt den Religionsgemeinschaften, da ein reiner Religionsunterricht für alle gewünscht und mit der BSB vereinbart wurde. Ein Religionsunterricht für alle (RUfa) in Hamburg wird nur dann umgesetzt werden können, wenn LehrerInnen sich neutral verhalten und sich eben nicht positionieren! (...)

Säkulare, philosophische und wissenschaftliche Ansätze zu den Themen Schöpfung (Evolution, Urknall), Leben und Tod, sowie Werteorientierung sollten nicht nur mit religiösem Ansatz diskutiert werden. Philosophieren mit Kindern muss in diesem Kontext seinen Platz haben und darf nicht nur eine kleine Nische im Bildungsplan Religion und Sachunterricht sein. Nur so können alle Kinder zu selbstbestimmten, eigenständigen und verantwortungsbewussten jungen Menschen heranwachsen.‹

Quellen: [https://lehrerkammer.hamburg.de/wp-content/uploads/sites/19/2022/06/220617\\_Positionspapier\\_Bildungsplane\\_Version\\_10.pdf](https://lehrerkammer.hamburg.de/wp-content/uploads/sites/19/2022/06/220617_Positionspapier_Bildungsplane_Version_10.pdf) [https://lehrerkammer.hamburg.de/wp-content/uploads/sites/19/2022/05/220515\\_LKStn\\_Religionsunterricht.pdf](https://lehrerkammer.hamburg.de/wp-content/uploads/sites/19/2022/05/220515_LKStn_Religionsunterricht.pdf)

## Die Kritik des Landesschulbeirats Hamburg vom 28.06.2022:

›Da der Religionsunterricht ausdrücklich an den Grundsätzen der beteiligten Religionsgemeinschaften ausgerichtet ist, bietet er den nicht konfessionell oder religiös gebundenen Kindern nicht immer ausreichende Identifikationsmöglichkeit. (...)

Er (der Landesschulbeirat, die Red.) schlägt der Behörde für Schule und Berufsbildung vor, (...) zu gewährleisten, dass Eltern umfassend schriftlich und rechtzeitig vor einer entsprechenden Entscheidung über die Inhalte des Religionsunterrichts informiert werden und dabei auch das Recht auf Abmeldung von diesem Unterricht kommuniziert wird. Diese Informationen müssen auch in den wichtigsten Herkunftssprachen der Eltern nichtdeutscher Muttersprache verfasst sein; ergänzend dazu auch zu untersuchen, ob die Einführung von Philosophie oder einem anders konnotierten Fach als Alternative zum Religionsunterricht in den Klassenstufen 1- 6 sinnvoll sein kann.«

Quelle: <https://www.hamburg.de/contentblob/16306216/22dc5cfbf5ee9421db0cbb7c29c8a5f/data/stellungnahme-religionsunterricht.pdf>

### **Die Kritik des Grundschulverbands der Landesgruppe Hamburg vom 25.06.2022:**

»Ein Religionsunterricht für alle muss auch für alle Kinder sein. (...) Im neuen Bildungsplanentwurf werden Kinder ohne Religionszugehörigkeit kaum bedacht und in erheblichem Maße diskriminiert. (...)

Der Grundschulverband erwartet in der Überarbeitung eine Beteiligung nicht-religiöser Träger, damit Schüler\*innen ohne religiöse Bezüge ausreichend Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang sollte über die Einführung eines Alternativfachs ernsthaft nachgedacht werden. (...) Kein Zwang für Lehrpersonen, sich in der Art zu positionieren.

Positionierungslehrkräfte dürfen nicht »gezwungen« werden ihre religiöse Position darzulegen. Hinzu kommt, dass eine atheistische Positionalität nicht vorgesehen ist. Auch ist mehr als fraglich, wie eine dialogische Augenhöhe zwischen Lehrkräften und Grundschulkindern aussehen kann. Hier werden existierende Machtverhältnisse im Schulbetrieb ignoriert und die Beachtung des Beutelsbacher Konsens ist gravierend gefährdet.«

Quelle: <https://gsvhh.de/wp-content/uploads/2022/06/Presseerklarung-Grundschulverband-zu-Bildungsplanentwurfe.pdf>

### **Die Kritik der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD vom 7.6.2022:**

»Der Religionsunterricht zielt durchgängig darauf ab, konfessionsfreien Schüler\*innen religiöse Überzeugungen und Vorstellungen nahezubringen: »Fundierte Auseinandersetzung mit Religion setzt Kennenlernen voraus.«

Wir kritisieren, dass es für nichtreligiöse Kinder keine religionsfreien Unterrichtsangebote bis einschließlich Klasse 6 gibt. (...)

Behauptet wird zudem: Konfessionsfreie könnten sich ihre »eigenen Lebensfragen und Weltdeutungen« nur auf der Grundlage von Kenntnissen über »konkrete Religionen« entwickeln. (...)

Das Grundrecht auf negative Religionsfreiheit, also das Recht keine Religion auszuüben (GG Art. 4), wird hier verletzt. Davon unabhängig sollte Religionskunde, also Kenntnisse über die wichtigen Religionen der Welt, Bestandteil des Unterrichts sein.«

Quelle: [https://afb.spd-hamburg.de/fileadmin/hamburg-institutionen/afb/Positionen-Beschluesse/AEnderungsvorschlaege\\_Rahmenplan\\_Religion\\_Grundschule.pdf](https://afb.spd-hamburg.de/fileadmin/hamburg-institutionen/afb/Positionen-Beschluesse/AEnderungsvorschlaege_Rahmenplan_Religion_Grundschule.pdf)

### **Die Kritik des Säkularen Forums Hamburg im Mai 2022:**

»Denn wenn in einem Unterricht für alle (RUfa) Religionen als Werteträger beteiligt sind, dann müssen auch säkulare Weltanschauungen genuin in ihrem eigenen Selbstverständnis beteiligt sein. Folglich müsste dieser Unterricht dann auch Weltanschauungs- und Religionsunterricht für alle (WuRUfa) heißen. (...)

Das Novum in Hamburg wäre dann ein gemeinsamer Unterricht »für alle«, der diesen Namen auch verdient.«

Quelle: [https://www.sf-hh.org/web/wp-content/uploads/BP\\_Religion\\_Entwurf\\_SFHH\\_2022-05.pdf](https://www.sf-hh.org/web/wp-content/uploads/BP_Religion_Entwurf_SFHH_2022-05.pdf)

## **In nahezu allen anderen Bundesländern besteht auch im Grundschulbereich schon ein Alternativfach zum Religionsunterricht. Warum nicht auch in Hamburg?**

## Die Kritik des GEW-Arbeitskreises Philosophie und Religion vom 4.6.2022:

»Vorstellungen von einem Leben ohne Gott oder Transzendenz werden nicht berücksichtigt. (...)

Fragen zur evolutionären Entstehung von Erde und Leben auf naturwissenschaftlicher Grundlage und ohne Schöpfungsvorstellung sind für den Unterricht hier nicht vorgesehen. (...)

Um den Regelanforderungen am Ende von Klasse 4 gerecht zu werden, sollen die Kinder ihre persönlichen Glaubens- oder Nichtglaubensvorstellungen im Unterricht äußern. Diese Form der Selbstoffenbarung greift auf unzulässige Weise in die Privat- und Familiensphäre der Schüler\*innen ein. Dies wird im Bereich Dialogkompetenz sogar explizit formuliert: Die Schüler\*innen sollen »Elemente ihrer (Familien-)Tradition, ihrer Religion, ihrer Religiosität oder sonstiger Lebensauffassungen« benennen. (...)

Wie sollten sich Lehrkräfte in ihrer dominanten Stellung als Autoritätspersonen gegenüber den Kindern ehrlicherweise in einen Dialog »auf Augenhöhe« begeben können? Wie sollten Lehrkräfte, die ausdrücklich zu einer »religiösen Positionalität« verpflichtet werden, Schülerinnen und Schüler zu einem eigenständigen und selbstbestimmten Denken anregen können? Der im Bildungsplan-Entwurf vorgesehene Religionsunterricht wäre somit das einzige Fach, in dem die Gefahr droht, dass die Kinder im Grundschulalter überwältigt und sehr einseitig beeinflusst werden:

Ein gemeinsamer Religionsunterricht »für alle«, sollte den Anspruch erheben, alle Religionen und Weltanschauungen zu umfassen und in dem Bildungsplan Religion entsprechend Rechnung zu tragen. Die GEW unterstützt alle Bemühungen zu einem gemeinsamen Unterricht über Werte, religiöse und säkulare Lebensbedeutungen.«

Quelle: <https://www.gew-hamburg.de/themen/schule/stellungnahme-der-gew-hamburg-zum-bildungsplan-entwurf-religion-grundschule>

## Eine Stellungnahme der Hamburger Elternkammer steht bislang noch aus

Hamburger Eltern und ihre Vertretung, die Elternkammer, haben sich bislang zum neuen Bildungsplan-Entwurf *Religionsunterricht in der Grundschule* noch nicht geäußert. Bislang hatten Eltern nur vereinzelt den Mut, auf diese Schiefelage kritisch hinzuweisen.

## BSB und Schulen vernachlässigen ihre Informationspflicht

Die *Behörde für Schule und Berufsbildung* (BSB) hat den Auftrag, die Eltern bereits bei der Einschulung ihrer Kinder zum Religionsunterricht zu informieren. So auch über das Recht zur Abmel-

dung vom Religionsunterricht (*Schulgesetz* § 7,3). Leider kommen BSB und Schulleitungen diesem gesetzlichen Auftrag nur selten bis gar nicht nach. So verwundert es kaum, dass die Abmeldequote an Grundschulen bei unter 1 Prozent liegt. Der Landesschulbeirat Hamburg vermutet (siehe Stellungnahme oben): »Die geringe Abmeldequote kann aber auch darin begründet sein, dass in diesen Jahrgängen kein Alternativfach angeboten wird und dass die Eltern zwar auf den Elternabenden, nicht aber im Vorwege schriftlich über die Möglichkeit der Abmeldung informiert werden.«

Dies erklärt vielleicht auch, warum bislang erst so wenige betroffene Eltern aktiv geworden sind. Ganz sicher ist davon auszugehen, dass in Hamburg eine große Gruppe der Eltern an einem Alternativangebot zum Religionsunterricht interessiert wären. Denn in den Jahrgängen 7-13 wählen bereits rund 50 Prozent der Schüler\*innen das Fach Philosophie an Stelle von Religion. Schulsenator Ties Rabe und die BSB scheuen jedoch die Einrichtung eines Alternativfaches in den Klassen 1-6, vermutlich weil dies personelle und finanzielle Folgen hätte.

In einer liberalen Stadt wie Hamburg ist die Politik des Schulsenators besonders unverständlich. In nahezu allen anderen Bundesländern besteht auch im Grundschulbereich schon ein Alternativfach zum Religionsunterricht. Im Nachbarbundesland Schleswig-Holstein wird das Fach Philosophie unterrichtet, in Niedersachsen das Fach Werte und Normen. Warum nicht auch in Hamburg?

An der Universität Hamburg, im Fachbereich Erziehungswissenschaft, lehrt Prof. Kerstin Michalik »Philosophieren mit Kindern«. Sie kritisiert: »Allein Hamburg und das Saarland bieten in den Klassen 1-6 ausschließlich Religionsunterricht an und bilden damit im bundesdeutschen Vergleich gewissermaßen das Schlusslicht.«

Noch im Dezember 2022 will Schulsenator Ties Rabe die neuen Bildungspläne zum Religionsunterricht in ihrer überarbeiteten Fassung vorstellen. Man darf gespannt sein.

KARIN HUFERT, GEW-Arbeitskreis  
Philosophie und Religion

# AVDual lohnt sich!

## Warum Abbruch- und Abgänger\*innenzahlen nicht alles erzählen

Zu Beginn der Sommerferien habe ich einen Artikel über den Bildungsgang Ausbildungsvorbereitung *Dual und Inklusiv* (AvDual&Inklusiv) gelesen, der einige meiner Kolleg\*innen und mich verärgert hat (hlz 7-8/2022, S. 36-38). Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, eine Gegendarstellung zur Einschätzung des Kollegen Beiderwieden zu formulieren, dessen Schreibweise ich als herabwürdigend und respektlos empfunden habe. In seinem Artikel war zu lesen, dass AvDual vollkommen unnützlich und nur eine Warteschleife für die dort beschulten Schüler\*innen sei. Jedes Jahr müssen wir als Mentor\*innen in den ersten Monaten des Schuljahres aufs Neue gegen dieses schlechte Image von AvDual anarbeiten. Glücklicherweise meinen viele Schüler\*innen am Ende des Schuljahres genau das Gegenteil: »Es war ja viel besser, als alle sagen!« oder »Das Jahr war für mich hilfreich!« Eine Kollegin ließ ihre Schüler\*innen etwas Kreatives mit Tipps für die Jugendlichen des nächsten Jahrgangs erstellen. Herausgekommen ist unter anderem der Brief auf der gegenüberliegenden Seite. Die Schülerin ist einverstanden, dass ihr Brief veröffentlicht werden darf. Bekommen Sie mithilfe ihrer Worte selbst einen Einblick in die AvDual!

In dem Artikel von Herrn Beiderwieden stand auch, dass die Schüler\*innen viel erfolgreicher in der Berufsqualifizierung (BQ) beschult werden könnten. Diese Einschätzung ist für mich nicht nachvollziehbar. Die Schüler\*innen kommen aus Stadtteilschulen, Speziellen Sonderschulen oder Regionalen Bildungs- und Beratungszentren und brauchen für die Berufsorientierung unterschiedliche Unterstützungsangebote. Wie stellen Sie sich das vor? Alle Jugendlichen sollen in die BQ umgeschult werden, nur um ein Jahr zu sparen? Das wäre weder schüler\*innenorientiert noch erfolgversprechender. Ich vermute die Abbrecher\*innenquote – die so scharf von Herrn Beiderwieden verurteilt wird – läge noch viel höher. Ich kann beobachten, dass viele Jugendliche in der AvDual die Gelegenheit nutzen, um verschiedene Tätigkeiten und Arbeitsbereiche kennenzulernen. Am Ende der Ausbildungsvorbereitung beginnt kaum jemand eine Ausbildung in dem Beruf, der zu Beginn als Berufswunsch angegeben wurde. Denn die Schüler\*innen haben im Laufe der Zeit selbst festgestellt, in welchem Beruf sie ihre Stärken am besten einbringen können. Dieser individuelle Entwicklungsprozess braucht eine gute Begleit- und Reflexionsstruktur und vor allem: viel Beziehungs-

arbeit. Empowerment ist hier das Stichwort!

Aber nicht alle unsere SuS sind von Anfang an in der Lage ein Arbeitsverhältnis im Betrieb einzugehen. Jedes Jahr werden in die AvDual Schüler\*innen eingeschult, die eine besondere Begleitung und Beratung benötigen. Sie müssen zunächst persönliche oder psychische Angelegenheiten besprechen und regeln, bevor sie Kompetenzen entwickeln können, die auf dem Arbeitsmarkt vorausgesetzt werden. Die Spanne an Heterogenität ist in diesem Bildungsgang sehr groß. Einige Schüler\*innen benötigen lediglich Hilfe, um eine Bewerbung zu formulieren. Kolleg\*innen absolvieren aber auch Hausbesuche, um Kontakt mit den Jugendlichen aufzunehmen. Diese Aufgabe ist für uns Kolleg\*innen herausfordernd und bringt uns manchmal auch an unsere Grenzen. Dennoch bin ich dankbar, dass die AvDual die erforderlichen Ressourcen hierfür bereitstellt. So können alle Schüler\*innen individuell begleitet werden, die sonst in einer Klasse mit 30 Jugendlichen weniger Beachtung bekämen.

Ich war auch erschrocken darüber, dass sich Herr Beiderwieden mit seiner Einschätzung vor allem auf »Abgänger\*innen«-Zahlen und Ausgaben bezog. Ich möchte Ihnen sagen, dass sich AvDual lohnt – und das zeigen auch die Vermittlungsquoten. Ich freue mich jedes Jahr über die Schüler\*innen, die erfolgreich eine Berufsausbildung starten, zu der sie vor dem AvDual-Jahr noch nicht bereit waren oder es ihnen aus anderen Gründen nicht möglich war. Viele Schüler\*innen melden sich nach den Sommerferien oder nach einer bestandenen Probezeit bei ihrem\*r Mentor\*in und berichten stolz von ihrer Ausbildung. Sie sind zufrieden, weil sie Wertschätzung erfahren und Selbstbewusstsein entwickelt haben. Aber natürlich hat Herr Beiderwieden, wenn er auf die Abgänger\*innenzahl schaut, richtig festgestellt, dass es auch Schüler\*innen gibt, die den Weg auf den Arbeitsmarkt nicht schaffen, die nur selten in diesem Jahr im Unterricht erscheinen oder die ihre Ausbildung nach kurzer Zeit wieder beenden. Und trotzdem – AvDual lohnt sich!

Herr Beiderwieden, sollten Sie meine Worte lesen: Ich lade Sie hiermit herzlich ein, sich selbst ein Bild von der AvDual zu machen und in meinem Unterricht zu hospitieren. Ich freue mich auf Sie!

INKEN EHMSSEN, Lehrkraft im Bildungsgang AvDual

# Hallo Leute,



und herzlich Willkommen auf der BS 13.  
Die meisten haben bestimmt kein Bock  
War bei mir auch so aber alles cool es  
gibt hier echt frische Lehrer ihr müsst  
ansich einfach nur mit machen dann geht  
die Zeit schneller weg und man lernt hier  
wirklich was. Ich habe und wollte es nicht  
glauben aber ich sag euch so, euch wird  
hier ehrlich gehalten damit ihr ende  
des Jahres eine Ausbildung habt oder was  
es für andere möglichkeiten gibt.

An der BS13 lernst ihr was ihr wollt durch  
euer Praktikum und Bewerbungen schreibt ihr  
mit euer oder eurer Mentorin dann ist es  
viel einfacher. Die einzigen Sachen die ihr  
machen müsst sind anwesenheit, mitmachen,  
Wollen und suchen versprochen wenn ihr  
das alles erfüllt dann wird die Schule nicht  
stressen, Zuhause wird alles gut sein und  
ihr seid hier schneller und früher raus  
als ihr denkt und am Ende wollt.  
Also durchziehen und mit machen!



Viel Erfolg

2022 M.

# Abbruch oder Aufbruch? Zur Lage der Erwachsenenbildung

Leser\*innenbriefe zum Titelthema der hLz 9-10/2022

## Schwerpunkt von Gewicht

Liebes Redaktionsteam, ein großes Lob an euch für diese ›Weiterbildungs-Nummer! Ich habe jahrzehntelang (in Vollzeit festangestellt!) in der außerschulischen Erwachsenenbildung überregional in Hamburg und Schleswig-Holstein gearbeitet und finde die Zusammenstellung sehr gelungen. Ich finde übrigens, dass thematische hLz-Ausgaben Zukunft haben.

LG

HEIDEMARIE THIELE, AfGG  
(17.10.2022)

Diesmal gab es ein Schwerpunkttheft! Hurra, ich bin nun mit wichtigem Wissen voll auf Stand. Und so war es möglich, mit diesem Heft gezielt Dozent\*innen anzusprechen. Die hLz stieß so auch auf Neugier und Interesse (noch) unorganisierter. Schwerpunkthefte sind attraktiv, weil sie die vielfältigen Aspekte eines Themas zusammenbringen. Ich finde das praktisch. Vielleicht sollte es öfter Ausgaben zu bestimmten Schwerpunkten geben, mit denen sich dann auch wieder gezielt werben ließe.

WOLF-PETER SZEPANSKY  
(03.11.2022)

Liebe hLz-Redaktion, ich habe mit viel Interesse das Heft von hLz über die Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung gelesen und habe es weitergeleitet und bekannt gemacht. Ich bin seit Jahrzehnten Honorarlehrkraft und gewerkschaftlich aktiv in diesem Bereich, in

der GEW Berlin und in diversen Vertretungen und Initiativen. Ich weiß, wie schwer es ist, auch nur die Aufmerksamkeit auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Erwachsenenbildung zu lenken. Noch mühsamer ist es, Verbesserungen durchzusetzen. Danke für euren Beitrag dazu mit diesem Heft der Hamburger GEW-Zeitung.

Besonders gut haben mir die Beiträge zu den Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in Verbindung mit der Hartz IV-Gesetzen gefallen. Es ist wichtig, die damaligen Änderungen öffentlich bekannt zu machen, um so mehr jetzt, wenn mit der Einführung vom Bürgergeld sich einiges für die Empfänger\*innen verbessern wird: Doch auch für die Lehrkräfte 😊!

Viele Grüße,

LINDA GUZZETTI,  
Fachgruppe Erwachsenenbildung  
der GEW Berlin (03.11.2022)

Liebes Redaktionsteam der hLz, über die Webseite des Bündnisses DaF/ DaZ-Lehrkräfte ([www.dafdz-lehrkraefte.de](http://www.dafdz-lehrkraefte.de)) habe ich von der aktuellen Ausgabe der hLz erfahren und konnte dadurch auch in Bonn die interessanten Hintergrundberichte zur prekären Arbeitssituation der Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung lesen. Herzlichen Dank, dass ihr dieses wichtige Thema, in den Fokus der aktuellen hLz gestellt habt! Es ist völlig unverständlich, dass die politisch Verantwortlichen die Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung nicht endlich so verbessern, dass die

geplante Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung und die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland auch umsetzbar wird, denn ohne Tarifverträge und Stundenbegrenzung wird es nicht ausreichend Lehrkräfte im Bereich der Erwachsenenbildung geben.

Faire Arbeitsbedingungen sollte es zunächst für die Fachkräfte geben, die die Eingliederung in den Arbeitsmarkt für Migrant\*innen durch Deutschsprachkurse erst ermöglichen und auch für alle anderen Weiterbildner\*innen, die Fachkräfte weiterqualifizieren. Anders geht es nicht! Wünschenswert wäre, dass dieses Thema sowohl in der Politik als auch in den Gewerkschaften die notwendige Aufmerksamkeit erhält.

MONIKA STRAUSS-ROLKE,  
Lehrkraft für Deutsch als  
Fremdsprache, Bonn (26.10.2022)

## Keine Ramschware!

Billig gewinnt, Qualität brauchen wir nicht. So kann man die Umstrukturierung in der Weiterbildungsbranche Anfang der 2000er Jahre auf den Punkt bringen. Standen vor dem Nichts. Die langjährige Ausbildung von 30.000 Pädagog\*innen war zur Ramschware geworden. Sie mussten sich mit schlecht bezahlten Honorarjobs oder Zeitverträgen an den Schulen verdingen. Die einen konnten sich Urlaub nicht leisten, die anderen durften in den Schulsummerferien nicht verreisen, sondern auf Arbeitssuche gehen. Die Wertschätzung pädagogischer Arbeit in der Erwachse-



nenbildung hat sich leider nicht gebessert, wie die Berichte in der Beilage in der hLz zeigen. Prekäre Arbeit ist in diesem Bereich ein systemisches Problem. Es führt kein Weg daran vorbei, dass die Betroffenen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, zusammen mit ihren Gewerkschaften. Gut, dass die hLz dieses Thema wieder in den Fokus gestellt hat.

JÜRGEN BEECK (01.11.2022)

## Immer Äger mit dem (Weiterbildungs-)

### ›Markt‹

Liebe hLz-Blattmacher, es ist wirklich eine beeindruckende problemorientierte Arbeit, die da Roland Kohsiek zum Bereich der Weiterbildung in Deutschland geschrieben hat. In wesentlichen Teilen stimme ich der engagierten Schrift zu. Wenn da nicht einerseits dieser Begriff ›Weiterbildungsmarkt‹ aufgetreten wäre und wenn andererseits die Kaskade der Details (über Weiterbildungsteilnahme) von ihm nicht so irritierend wäre. Ich melde mich also in (nur!) dreifacher Weise weiterbildend zu Wort: zum Weiterbildungsmarktbegriff, zu der Class-Genderlage und zu den Fragen zum Zusammenhang von Weiterbildungsteilnahme und Weiterbildungsgelegenheiten.

### Weiterbildungsmarkt?

Jahrzehnte habe ich wissenschaftlich damit verbracht, aufzuzeigen und zu erklären, dass es in Deutschland überhaupt keinen sogenannten Weiterbildungsmarkt gibt. Der ›Markt‹ war politisch als Sprechblase geboren, die begrifflichen Konstrukte wie ›wachsen‹, ›bunte Wiese‹, ›Weiterbildungslandschaft‹ hatten offensichtlich die Funktion der Naturalisierung der Geburt und des Glaubens an ein

funktionierendes Ganzes. Tatsächlich aber entwickelte sich im Weiterbildungsbereich ein versäultes Nebeneinander von jeweils hermetisch abgegrenzten Weiterbildungsteilen mit spezifischen funktionalen und institutionellen Regeln der Zugänglichkeit(!) – ein gespaltenen Weiterbildungsbereich mit verschiedenen ›closed shops‹. Entgegen der Individualisierungs-, Markt- und Einheitsfiktion führt diese hermetische Spaltung zu einer gespaltenen Perspektive für die Teilnehmer\*innen: Möglicherweise bleibt einer Person gar keine Alternative zur Weiterbildung, wenn der Arbeitgeber oder die Agentur für Arbeit es will. Möglicherweise bietet sich der Person überhaupt keine Gelegenheit zur Weiterbildung, selbst wenn sie es unbedingt will - weil sie nicht über das entsprechende Einlassticket verfügt. Der Begriff ›Weiterbildungsmarkt‹ ist eine zynische Schöpfung der (Weiter-)Bildungspolitik: Er unterstreicht den individualisierenden Dauerappell zur Weiterbildungsteilnahme (›anything goes‹) – die Gelegenheiten sind aber deutlich begrenzt. Wenn er oder sie es also nicht schafft, dann ist er oder sie eben selbst schuld. Etwas irritierend ist im Text Roland Kohsiek zudem bei der Aufzählung von Teilbereichen (S.30), dass Weiterbildung in Arbeitgeberhand gar nicht auftaucht – der größte Bereich überhaupt (!).

Class/Gender: ›Wer da hat, dem wird gegeben‹.

Alle(!) Weiterbildungsteilnahmestatistiken in Deutschland stimmen darin überein. Eine höhere Allgemeinbildung und/oder eine höhere Berufsausbildung führt zu einer höheren Weiterbildungsteilnahmequote. Und: Weiterbildungsteilnahme ist ein Privileg von erwerbstätigen Vä-



tern, nicht-erwerbstätige Mütter werden ›ferngehalten‹ von Weiterbildung. Zwei prototypische Sätze aus den Intensivinterviews im Rahmen meines mehrjährigen Forschungsprojekts: Eine Mutter: »Als das erste Kind kam, da hab ich alle Weiterbildung erst mal aufs Eis gelegt... für die Familie«. Ein Vater: »Als das erste Kind kam, da hab ich erst mal alles an Weiterbildung gemacht... für die Familie«.

Gleichzeitigkeit von Weiterbildung-Handlung und Weiterbildungs-Gelegenheiten:

Die Lern- und Weiterbildungsbiografie der Person selbst und der soziale Lebens- und



Lernraum müssen inklusive der WB-Gelegenheiten zusammen analysiert werden. Alle Statistiken, die das nicht berücksichtigen, sind Augenpulver. Weiterbildung lässt sich erst in dieser Gleichzeitigkeit – und gegebenenfalls auch Widersprüchlichkeit – von Handlung und Gelegenheit nachvollziehen. Und: Weiterbildungsteilnahme gewinnt erst an Möglichkeiten der Erklärung, des Verstehens und der Emanzipation, wenn sie die Lebenslaufperspektive, den Lebens- und Lernraum der Person berücksichtigt. Sonst bleibt Weiterbildung einfach nur ein Instrument der Anpassung der Personen an die jeweiligen ökonomischen Anforderungen. Herzliche Grüße

HARRY FRIEBEL (04.10.2022)

## Akademische Tagelöhner\*innen

Sehr geehrte Redaktion, ich arbeite seit 2009 als solo selbstständiger Dozent für verschiedene Anbieter, wie z. B. die DAA, verschiedene Volkshochschulen und seit 2017 v. a. für soziale Träger im Bereich Integrationsarbeit und ehrenamtlich als Berufsberater für geflüchtete Menschen. Seit Anbeginn nehme ich die bundesweite Situation in der Erwachsenenbildung generell für Lehrkräfte und freie Träger als desaströs wahr. Ich selbst erlebte es nicht, dass Feststellungen für Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung und in der Integrationsarbeit die Regel waren. Sicherlich gibt es diese Angestelltenformen. Sie sind aber wiederum mit vielen negativen Aspekten behaftet, wie größere Flexibilität, Arbeitsumfangs- und Arbeitszeitverdichtung, immer zu Lasten der Lehrkräfte. M. E. sieht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in der Integrationsarbeit seit jeher lediglich eine temporäre Aufgabe,

die in Stoßzeiten der Migration mit Honorarlehrkräften und Lizenzen für freie Träger beliebig aufgestockt werden und beim Abebben derselbigen Lehrkräfte ohne größere Risiken wieder „freigesetzt“ werden können. Das unternehmerische Risiko trägt die Lehrkraft immer selbst. Es bedarf einer den Umständen entsprechenden realistischen, lebens- und armutsfesten Vergütung unserer Arbeit in der Weiter- und Erwachsenenbildung, resp. in der Integrationsarbeit. Integration darf nicht als temporäres „Problem“ von der Politik angesehen werden, die zu Lasten der betroffenen Migrant\*innen und Lehrkräfte gehen, die größtenteils mit viel Herz und Idealismus arbeiten. Integration ist seit Jahrzehnten eine Daueraufgabe und zu einem System der Arbeitskräfterekrutierung in diesem Land geworden, für die es eine Dauerlösung für geflüchtete Menschen, den Lehrkräften und den freien Trägern bedarf. Die ›Kosten‹ für Integration dürfen nicht als ›Belastung‹, sondern müssen als Chance für die Zukunft Deutschlands gesehen werden. Geflüchteten Menschen, die nach Deutschland kommen, müssen Perspektiven geschaffen werden und ihre beruflichen Fähigkeiten zum Gewinn aller eingebunden werden. Wenn es im Interesse der Bundesregierung ist, dass der Fachkräftemangel sinnvoll aufgefangen wird und die Einwanderung gelingen soll, müssen Vergütung und Arbeitszeit z. B. der DaZ-Lehrkräfte endlich wieder an die der Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst angeglichen werden. Es kann eine ›Win-Win‹-Situation für alle sein, wenn die politischen Entscheidungsträger\*innen nur wollen. Das ›Günstigkeitsprinzip‹ der rot-grünen Bundesregierung von 2003/04 gehört abgeschafft. Die damit einhergehenden

erzwungenen Preissenkungen gingen wie so oft zu Lasten der Lehrkräfte, deren Tarifverträge gekündigt wurden. Dadurch entstand ein Prekariat, unter dem die Erwachsenenbildung bis heute leidet. Bezogen auf mein Arbeitsfeld, die Integrationsarbeit, sagte einmal eine Kollegin zu mir: »Unseren Job müssen WIR uns leisten können!«. Wir sind heute nicht mehr als gut ausgebildete akademische Tagelöhner. Das entspricht aber nicht unserer wichtigen Arbeit für die Integration von geflüchteten Menschen in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt und unseren Beitrag für den friedvollen und respektvollen Umgang der Menschen in unserer Gesellschaft. Mit freundlichen Grüßen

INGO LANGENBACH M.A.  
(25.10.2022)

## Bitte Neustart!

Sehr geehrte Redaktion, ein großes Lob zum Aufmacher dieser Ausgabe! Es ist unerlässlich, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen, wie es Frau Dr. Liehr-Molwitz im Interview »Arbeitsbedingungen wie im 19. Jahrhundert...« macht. Der Umgang mit uns Lehrkräften in den Integrationskursen ist eine Schande für das ganze Land! Seit 2005 sammeln wir Verträge wie manche Leute Briefmarken. Sämtliche mit der Angelegenheit aktuell oder früher befassten Politikerinnen (!) wie z. B. Frau Prof. Maria Böhmer, Anne Spiegel, Annetta Kramp-Karrenbauer, Frau Prof. Rita Süssmuth, Annette Widmann-Mauz oder Reem Alabali-Radovan haben bisher absolut nichts für uns Lehrkräfte erreicht. Sie hatten und haben uns gar nicht auf dem Schirm, das ist das eigentlich Skandalöse. Das Bamf proklamiert ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz - hallo, wir Fachkräfte sind da! Warum zollt man uns nicht

endlich den Respekt, den wir verdienen? Frau Saumweber-Meyer vom Bamf hat es nicht mal nötig, auf einen Brief zu antworten - wie rechtfertigt sie ihr arrogantes Auftreten? Höchste Zeit, dass die GEW bundesweit auf die inzwischen hinlänglich bekannten Missstände lautstark und unaufhörlich aufmerksam macht. Diese Kurse hätten von Anfang an an die Berufsschulen gehört, da war/ist die entsprechende Infrastruktur vorhanden. Deshalb: Bitte Neustart, wir Lehrkräfte werden ab sofort wie Lehrkräfte behandelt und bezahlt! Mit freundlichen Grüßen aus der Pfalz

SIMONE HOLZHÄUSER-SUTTER,  
Dannstadt-Schauernheim (31.10.2022)

PS: Die Namensnennungen erfolgen absichtlich, damit die Damen konkret zur Verantwortung gezogen werden können. Schlimm genug, dass ausge-rechnet Frauen in den passenden Positionen keinerlei Handlungsbedarf sehen!

## Endlich (wieder) Kämpfe für ganz- heitlich-partizipative Bildungsansätze!

Hallo liebe Redaktion, die Herausgabe der hlz mit einem Titelthema hat mich begeistert. Die im ersten Drittel der Zeitschrift vorgelagerten aktuellen Themen der Beschäftigten in der Bildung, als auch das breite Spektrum derselben fand ich sehr gelungen. Der daraufhin folgende Themenschwerpunkt einer Ausgabe, zumal in diesem Umfang und mit dieser Lebendigkeit, kann uns nur voranbringen. Man kann Bildung, insbesondere in Zeiten massiver struktureller Veränderungen, nur ganzheitlich betrachten. Die Erwachsenenbildung gehört längst dazu. Das Fokussieren

auf alle beschäftigungs- und bildungspolitischen Aspekte liegt im Interesse der gesamten Gesellschaft. Es stellt wieder die Einheit zwischen den Vermittlern und den Empfängern von Bildung her, vom Kleinkind bis hin zu den Beschäftigten in allen Branchen. Der Mensch muss in seiner Vielfalt in den Mittelpunkt rücken: chancengleicher Zugang zur Bildung, gute Qualifikation, sichere Beschäftigung, ausreichendes Einkommen, umfangreiche Sozialversicherungen, viel Freizeit, Arbeitsschutz, direkte Mitbestimmung. Bildung als Ware ist dazu ein Widerspruch. Die hlz hat insbesondere mit dem Titelthema ›Erwachsenenbildung‹ die Notwendigkeit aufgezeigt, den Kampf um eine Bildung einzuleiten, welche den Bedürfnissen aller Beschäftigten und nicht des Profits dient.

IRAKLIS KAMPERIDIS,  
Kursleiter in Integrations- und  
Berufssprachkursen (02.11.2022)

Vielen Dank für die spannenden Beiträge zu den vielfältigen Hamburger Erwachsenenbildungsprojekten der Kolleg\*innen von den 80er Jahren bis heute, die den Blick darauf geschärft haben, was damals an Arbeitsbedingungen und pädagogischen Konzepten möglich war und heute weitgehend verlorengegangen ist. Auch die rot-grüne Verantwortlichkeit für diesen sozialen Kahlschlag ins Gedächtnis zu rufen, ist verdienstvoll und wichtig.

Eine sehr mutmachende Arbeit! Die damalige hohe fachliche Qualifizierung und auch sozialpädagogische Betreuung der Erwachsenenbildungsangebote sind aktuell gesellschaftlich zwar Geschichte, aber dennoch



im Ansatz beispielgebend und nötiger denn je, wenn wir weiterhin Erwachsenenbildung verantwortungsvoll und nachhaltig gestalten wollen.

In den Hamburger Hochschulen konnten wir ab 1989 die fünfsemestri- gen Frauenstudien Hamburg als feministische und interdisziplinäre Weiterbildung etablieren. Dies gelang durch ein Zusammenspiel mit engagierten Lehrenden, die Veranstaltungen und Seminare für die Frauenstudien-Teilnehmerinnen öffneten. Besonders war hier die Beteiligung der Teilnehmerinnen. Sie konnten ihre Praxiserfahrung in das Curriculum der jeweiligen Frauenstudiengänge einbringend gestalten, Seminare (mit)leiten oder auch sich als Lehrende für Frauenforschungsthemen weiterqualifizierten.

Dieser ganzheitliche Bildungsansatz erfordert viel Mut und Überzeugungskraft gegenüber den geldgebenden Institutionen, das weiß ich aus eigener Erfahrung sehr gut, sollte aber im Sinne einer respektvollen pädagogischen Arbeit immer noch maßgeblich sein. Für diesen Kampf macht die Oktober-hlz Mut. Vielen Dank dafür!

DAGMAR FILTER,  
ehemalige Leiterin Zentrum  
GenderWissen der Hamburger  
Hochschulen (<https://zgd-hamburg.de>)  
(08.11.2022)

# Mit dem LesePeter durch das Jahr 2022

Der *LesePeter* ist eine undotierte Literaturnachzeichnung, den die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW monatlich für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur verleiht. Im Wechsel wird mit Jury-Begründungen ein Kinder-, Jugend-, Bilder- oder Sachbuch prämiert. So erhält man tolle Tipps für zukünftige Klassenlektüren, Buchvorstellungen oder Weihnachtsgeschenke. Einige der aktuellen LesePeter-Bücher:

## **Kinderbücher: Komisch und ernst, hoffnungsvoll – und doch auch traurig**

*Mission Kolomoro oder: Opa in der Plastiktüte* (Julia Blesken, Oetinger Verlag 2021, ab 9) ist ein ausgesprochen starker, empfehlenswerter Kinderroman, in dem Diversität und Toleranz ganz selbstverständlich gelebt werden und ernsthafte Themen wie Armut und Tod nicht in Widerspruch treten mit einer spannend und witzig erzählten Handlung: Sechs Kinder erleben gemeinsam ein Ferienab-

teuer, das sie trotz aller Unterschiede zusammenschweißt.

Für etwas ältere Kinder ist *Tornado im Kopf* (Cat Patrick, Beltz & Gelberg 2021, ab 12). Frankie kann kaum Nähe vertragen und sagt sofort, was sie denkt. Sie hat häufig unkontrollierte Wutausbrüche und versteht viele Verhaltensregeln ihrer Umgebung nicht: Sie ist ›neurodivers‹ – und wir erleben ihre ›Besonderheit‹ nicht über eine Diagnose oder Therapie, sondern über die Darstellung ihrer Erlebnisse aus ihrer Perspektive. Als Frankies beste Freundin vermisst wird, entdeckt Frankie in den Tagen der Suche und Unsicherheit einen Weg zu mehr Offenheit für andere Menschen und zu mehr Verständnis auch für sich. Cat Patrick erzählt atmosphärisch dicht und benutzt stimmige Sprachbilder dafür, was es bedeutet, ›anders‹ zu sein.

In *Brummps. Sie nannten ihn Ameise* erzählt Dita Zipfel tragikomisch vom Anderssein und einer Ich-Findung (illustriert von Bea Davies, Hanser Verlag 2021, ab 8): Mistkäfer Jonny wurde von einer Ameisenkolonie aufgenommen, aber er ist so anders, dass nichts so richtig klappen will. Erst als er den Weg aus dem Ameisenhügel heraus sucht, findet er zu sich selbst. Zipfel setzt diesen vertrauten Plot innovativ um. Bea Davies' Bilder mit ihrer auffallend reduzierten Farbgebung in rot, blauschwarz und weiß visualisieren eindrucksvoll die Stimmung und Situation der Protagonisten.

## **Jugendbücher: Multimodales Erzählen, Tagebuch und verschiedene Textsorten**

Im Tagebuchformat verarbeitet die namenlos bleibende Hauptfigur aus *Mehr. Mehr. Mehr.* (Franco Supino, da bux Verlag 2021, ab 12) die Erfahrungen mit ihrer Bulimie. Schonungslos und direkt gewährt sie einen Einblick in ihren Alltag, der von Scham, Angst und von der Essstörung bestimmt ist. Auch *Papierklavier* (Elisabeth Steinkellner, illus-



triert von Anna Gusella, Beltz & Gelberg 2021, ab 15) ist in Form eines Tagebuchs geschrieben. Multimodal ergänzen und unterstützen sich Zeichnungen und Texte, gesetzt in einer an Handschrift erinnernden Schrift. Das Leben der unangepassten Ich-Erzählerin Maia ist geprägt vom prekären und doch humorvollen Alltag der kleinen Familie – und davon, dass sie sich ebenso wie ihre Freundin Carla nicht den Zwängen der Mehrheitsgesellschaft beugen will.

Der dokumentarische Roman *Kinder von Hoy* (Grit Lemke, Verlag suhrkamp nova 2021, ab 17) zeichnet das Leben der in den 1950er und 1960er Jahren geborenen Generation von Hoyerswerda bis in die Gegenwart nach, mit literarischen Kommentaren in poetischer Sprache und prägnanten Interviewaussagen. Besonders beeindruckend sind die Kapitel über Hoyerswerdas Blütezeit, in der das sozialistische Versprechen von einem bescheidenen Wohlstand für die fleißigen Arbeiter\*innen des VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe sich zu bewahrheiten schien. Es geht vor allem um den Alltag der ›Kinder von Hoy‹, der indirekt durch die Arbeitsabläufe ihrer Eltern bestimmt wird. Der Roman leistet mit den Mitteln der Literatur etwas, das Sachbüchern schwerfällt: Dank der dichten, literarischen Sprache wird uns ein Lebensgefühl gewahrt.

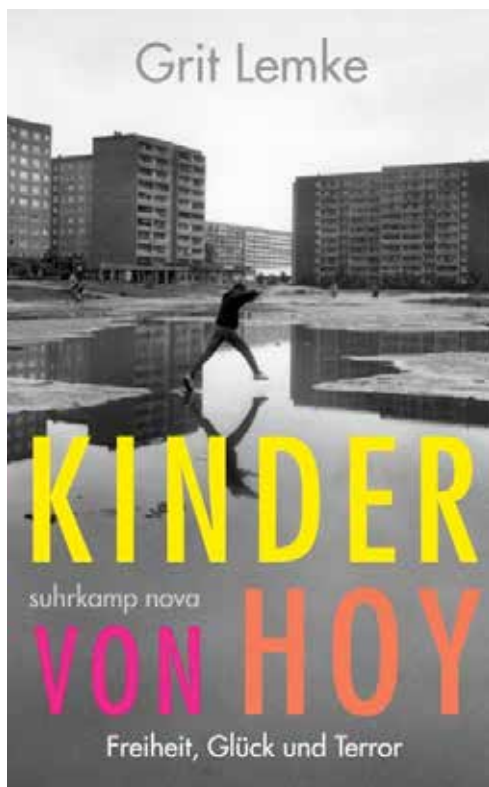
### Anregendes Miteinander von Bild und Text: Bilderbücher

In *Ich bin wie der Fluss* (Jordan Scott/Sydney Smith, Aladin Verlag 2021, ab 5) verzagt ein stotternder Junge am Schulalltag. Nur am Fluss, zusammen mit dem Vater, findet er zu sich und entwickelt den Mut, zu sprechen. Kurze Texte, geprägt von rhythmischen Wiederholungen, und Bilder voller Bewegung veranschaulichen Gedanken und Gefühle eines um jedes Wort ringenden Heranwachsenden. Die malerischen Illustrationen unterstützen die sprachliche Intensität.

Wörter können die Welt bewegen: Das lernt der Junge Zin als Lehrling in einer Druckerei, wo er in die faszinierende Welt der Buchstaben eintaucht (*Zin: Eine Geschichte aus dem Libanon*, Hassan Zahreddine, Baobab Books 2021, ab 6). Die aufwändige *Mezzotinto*-Drucktechnik lässt zur Geschichte passende Illustrationen entstehen, die Authentizität und ein besonderes Scherlebnis erzeugen.

### Sachbücher: Die Welt entdecken

Wolf, Wespe und Co. haben keinen guten Ruf. *Fiese Viecher? Warum Ratte, Wespe & Co. viel cooler sind, als du denkst* (Vèro Mischitz, Kosmos/Franckh/Klee-Verlag 2021, ab 6) räumt auf mit Vorurteilen über diese Tiere und vermittelt so manches Wissenswerte.



In großartigen Bildern wird in *Wie alles begann* (Aina Bestard, Gerstenberg 2022, ab 8) die einzigartige Geschichte der Erde erzählt. Wunderbare Grafiken, transparente Pergamentseiten, Zeitleisten sowie Panoramatafeln bilden ein Gesamtkunstwerk.

Neun spektakuläre Fälle der Kriminalgeschichte sind Gegenstand von *Die berühmtesten Diebstähle der Welt* (Soledad Romero Marino, Verlag Kleine Gestalten 2022, ab 10). Im Retro-Zeitungsstil wird äußerst anschaulich dargestellt, wie die Diebe vorgegangen sind und wie die Polizei den Tätern auf die Spur kam.

PHILIPP SCHMERHEIM und  
GUDRUN STENZEL

*Lust auf mehr Lesetipps? Auf [www.ajum.de](http://www.ajum.de) finden Sie zahlreiche Besprechungen von aktuellen und klassischen Kinder- und Jugendbüchern und die LesePeter-Jury-Begründungen.*

*Lust auf Mitarbeit? Auf <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/arbeitsgruppen/ajum-jugendliteratur-und-medien> sind unsere **nächsten Termine zu finden.***

# Quo vadis, Frauen- und Gleichstellungspolitik?

Unter dem Motto ›Ein Blick zurück nach vorn‹ haben die GEW-Frauen in Fulda Perspektiven für eine feministische Zukunftspolitik entwickelt

Gute Arbeit und gute Interessenvertretung, Koedukation und geschlechtergerechte Bildung, JA13, Frauenkampf- und Frauenstreiktage, autonome und gewerkschaftliche Frauenbewegungen, Queer-Feminismus und Ost-West-Geschichte: Die Agenda der zweitägigen Feministischen Zukunftskonferenz der GEW-Frauen in Fulda war lang und ambitioniert.

Etwas anders als bei den vergangenen Fachtagungen des Arbeitsbereiches Frauen-, Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik waren keine externen Fachleute geladen. Vielmehr galt das inoffizielle Motto: Wir sind die Expertinnen, insbesondere wenn es um die Analyse der eigenen Arbeit und Organisation geht.

## »Wir gehen hier in den generationenübergreifenden frauenpolitischen Dialog«

GEW-Vorstandsmitglied Frauke Gützkow sagte zum Auftakt der Konferenz: »Wir gehen hier in den generationenübergreifenden frauenpolitischen Dialog, mit Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, Lebens-, Berufs-, politischen Erfahrungen, Geschlechterklischees, die ihnen begegnet sind, Gleichstellungsrechten, Ambitionen.« Bilanz vieler Debatten war eine umfassende Bestandsaufnahme: Wo steht die GEW derzeit frauen- und gleichstellungspolitisch, welche Ziele sollen zukünftig vorrangig erreicht werden, und welche Partnerinnen und Partner oder Mittel werden dazu gebraucht?

## Selbstkritischer Blick

Der Blick zurück war dabei auch mal kurz selbstkritisch. So ging es in der finalen Diskussion auch um Fragen wie: Haben wir in den vergangenen 40 Jahren genug erreicht? Oder waren wir manchmal zu brav und zu wenig mutig? Nicht nur die frühere GEW-Vorsitzende Marlis Tepe hielt vehement dagegen: »Die Mehrzahl der Landesvorsitzenden sind aktuell Frauen«, betonte sie. »Wir sind da, wir sind sichtbar.« Deutlich wurde aber auch: Viele Gewerkschafterinnen wünschen sich noch mehr Unterstützung. Vor allem jüngeren Kolleginnen sind interne Strukturen und Abläufe der GEW teils noch unklar.

## Themen in die Länder bringen

Für die Arbeit und Initiativen auf Bundesebene gab es viel Lob. Für viele Aktive vor Ort stellt sich indes oft die Frage: Wie kriegen wir das jetzt in die Landesverbände – wo die personellen Ressourcen und die Zeit der Ehrenamtlichen knapp sind. Viele Teilnehmerinnen plädierten für einen engeren Austausch zwischen Bund und Ländern sowie eine stärkere Vernetzung, beispielsweise auch mit autonomen Frauen. Dies verlange allerdings nicht nur organisatorische, sondern auch finanzielle Unterstützung, hieß es.

## Regionale Strukturen brechen weg

Ein Grund für fehlende Kapazitäten vor Ort ist oftmals auch mangelnder Nachwuchs. »Uns brechen die regionalen Strukturen weg«, war von einigen Seiten zu hören. Da das Pensum von Pädagoginnen und Pädagogen immer weiter zunehme und sich die Arbeitsbedingungen zunehmend verschlechterten, sei oft wenig Zeit für gewerkschaftliches Engagement. Zudem sei es schwierig, Frauenpolitik zum Querschnittsthema in allen Gremien zu machen, wenn dafür schlicht Kolleginnen fehlten.

## »Ihr könnt auf uns in Frankfurt zählen«

Gützkow riet ihren Mitstreiterinnen grundsätzlich: »Fokussiert Euch.« Ihrer Erfahrung nach sei es effizienter, sich auf ein Kernthema zu konzentrieren, als zu versuchen, die Palette aller frauen- und gleichstellungspolitischen Themen abzarbeiten. Die Kampagne ›JA13 – weil gute pädagogische Arbeit mehr wert ist!‹ sei ein gutes Beispiel, mit der die Bundesebene die Landesverbände koordinierend unterstützt.

Der Hauptvorstand habe Spielraum für ein weiteres Thema oder Projekt, kündigte die GEW-Expertin zudem an. Allerdings müsse es in den Landesverbänden eine größere Zahl von Frauen geben, die sich dafür engagierten. »Ihr könnt auf uns in Frankfurt zählen«, betonte sie.

NADINE EMMERICH, freie Journalistin

Quelle: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/quo-vadis-frauen-und-gleichstellungspolitik>



# Zur Zukunft feministischer Frauen\* - und Gleichstellungspolitik der GEW

Für die GEW Hamburg waren Gerlinde Hartmann und Jutta Staack in Fulda

Die Feministische Zukunftskonferenz ›Ein Blick zurück nach vorn‹ begann mit der Suche nach unserem Begriff von ›Feminismus‹: Welche Erfahrungen hatten wir damit und welche Ziele haben wir verfolgt? Ist Feminismus für uns aktuell in der GEWerschaftspolitik ausreichend präsent? Könnte Feminismus in Zukunft zur ›Vielfältigkeitspolitik‹ erweitert werden?

Eine Teilnehmerin legte es so aus:

**F** – rauke  
**E** – ntwicklung  
**M** – änner  
**I** – dentität  
**N** – ormalität  
**I** – ndividualität  
**S** – atzung  
**M** – itgliederbindung  
**U** – nwucht  
**S** – tigmatisierung

In den Arbeitsgruppen ›Ideenschmiede für morgen‹ wurde mehrfach eine intensivere Vernetzung mit gewerkschaftlichen Frauen\*gruppen und mit politisch aktiven Bündnisfrauen\* gefordert. So verlangte die Arbeitsgruppe ›Berlin-Hamburg‹,

dass sich GEW-Aktivist\*innen bundesländerweit übergreifend vernetzen sollten. Dies erfordere eine organisatorische und auch finanzielle Unterstützung! Damit stärkt sie die GEW-Frauen\*-Arbeit und macht die GEW als Bündnispartnerin attraktiv.

In den ›Ost-West‹-Arbeitsgruppen wurde ein bundesweiter Thementag mit einem ›Multiperspektivenansatz‹ eingefordert. Bei *allen* GEW-Themen muss der ›Ost-West-Blickwinkel‹ beachtet werden, d.h. auf die unterschiedlichen Lebens- und Berufserfahrungen und deren Anerkennung muss eingegangen werden. Die GEW sollte in Seminaren (z.B. im Mai-Meeting) gewerkschaftliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten verstetigen.

Ein besonderer Moment war die persönliche Verabschiedung von der ausgeschiedenen GEW-Bundesvorsitzenden Marlis Tepe. Auf dieser Frauen\*konferenz konnten wir ›Weiber‹ Marlis Tepe mit Musik und Tanz, Blumen und herzlichen Dankesworten mit Blick in ihre Zukunft feiern, und sie mit etwas Wehmut gehen lassen!

GERLINDE HARTMANN und JUTTA STAACK,  
Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik –  
Que(er)schnitt (AfGG)



Für Hamburg mit am runden Tisch: Gerlinde Hartmann und Jutta Staack (v. rechts n. links)

Foto: Alice End



# Außenordentlicher Bundesgewerkschaftstag 21.-24. Juni 2022 in Leipzig



# Sich einmischen und mitgestalten!

Der Bundesgewerkschaftstag 2022 aus Perspektive unseres Delegierten Jan Albertsen

Das erste Mal Koffer packen für einen Bundesgewerkschaftstag! Nach dem Online-Gewerkschaftstag 2021 sollte es nun nach Leipzig gehen. Ich freue mich: Geil, richtig Zeit für Antragsberatung und Diskussionen! Denn alle Personenwahlen für den GEW-Bundesvorstand waren ja schon auf dem Online-Gewerkschaftstag erfolgt. Nach dem Einchecken im Hotel ging es direkt zum Leipziger Messezentrum. Als Mitglied des Bundesausschusses *junge GEW* wurde ich dort sofort von einem großen Hallo empfangen – das ist das Schöne, wenn man auf Bundesebene aktiv ist.

## **Gepfeffert mit Ignoranz, statt mit Witz und Kritik**

Die Eröffnungsveranstaltung hatte es dann allerdings gleich in sich. Teil des Kabarettprogramms der *Leipziger Pfeffermühle* war ein Sketch, der sich ähnlich auch bei Maren Kroymann finden lässt.<sup>1</sup> In diesem wird ein Einstellungsgespräch persifliert, in dem sich die zwei Bewerber\*innen darin übertreffen wollen, wer aufgrund bestimmter Kriterien (Frau sein, körperlich behindert sein, jüdisch sein, um nur einige zu nennen) die meisten Punkte auf der Diskriminierungs-Skala aufzuweisen hat und deswegen bevorzugt eingestellt werden müsse.

Wer nun selbst Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht hat oder Erfahrungen damit, dass Arbeitgeber\*innen Gesetzestexte nicht kennen oder Gesetze ignorieren – wie beispielsweise die Einladungspflicht von schwerbehinderten Bewerber\*innen bei Ausschreibungen der Stadt Hamburg – oder wie sie sich nicht selten lieber freikaufen, als einen Arbeitsplatz behindertengerecht anzupassen; dem wurde übel. Welchen Missstand hat die vermeintliche Satire aufgedeckt? Dass benachteiligte Personen bevorzugt eingestellt werden? Wait! Das ist leider nicht Realität und wäre doch eigentlich wünschenswert.

Eingeführt wurde der Sketch mit einem Text, in dem »die wissenschaftlich begründeten Grundrechtseinschränkungen während der Corona-Pandemie« als »unnötig« bezeichnet wurden, weil wir sowieso irgendwann mal sterben. Über den Rest kann ich nicht berichten, weil ich es nicht mehr im Saal ausgehalten hatte. Als ich ihn verließ, stand

draußen bereits nahezu die gesamte »junge Delegation«. Aber auch viele ältere hatten den Saal verlassen, weil sie den Beitrag eher mies und verstörend statt witzig fanden. Das war verbindend und toll! Und draußen wurde nicht nur »rumgestanden«. Viele junge Delegierte schrieben Schilder und trugen sie anschließend mit Protestbotschaften in den Saal und sollten auch am nächsten Tag noch einmal mit einem kritischen Redebeitrag intervenieren (siehe S. 70 in dieser hlz).

Am Abend saß dann die Hamburger Delegation beim Mexikaner, zum Kennenlernen bei leckerem Essen und zum weiteren Einschwören auf die anstehenden Antragsdebatten.

## **Highlights aus den Antragsdebatten**

Highlights aus der Antragsdebatte waren für die Hamburger Delegation mit Sicherheit die Verabschiedung des Antrags, dass sich die GEW dafür einsetzen möge, potentiellen Lehramtsfachkräften an beruflichen Schulen einen Seiteneinstieg über ein einphasiges und duales Masterstudium als Regel statt nur als Ausnahme zu ermöglichen (Beschluss 3.30).<sup>2</sup> In eine ähnliche Richtung wies auch der Antrag, die GEW möge sich für die Gleichstellung von Pädagog\*innen mit internationalen Berufsqualifikationen einsetzen (Beschluss 3.46).

Wegweisend für den GEW-Nachwuchs war unter anderem der Beschluss zur Änderung der Beitragsordnung hin zu einer solidarischen, sozial gerechteren Belastung: Nicht mehr nur Studierende und Referendar\*innen, sondern auch Erzieher\*innen in Ausbildung zahlen nun einen lohnunabhängigen Festbetrag (Beschluss 5.02). Auch der Antrag zur Etablierung und Förderung von Jugendarbeit wurde angenommen, wenngleich auch mit Änderungen, die ihn etwas schwammig werden lassen (Beschluss 5.25). Mit der Forderung einer nachhaltigen Nachwuchsförderung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationsentwicklung greift dieser ein für die GEW wichtiges Thema auf, dem sie sich stellen muss, wenn sie auch in Zukunft handlungsfähig sein will.

Eine Mehrheit fand der Aufruf zur Organisierung von »Inklusionsbegleiter\*innen« in der GEW (Be-

schluss 5.27). Ein Vorstoß aus Hessen, die Beitragsordnung solidarischer z.B. für Menschen in Elternzeit zu gestalten, wurde dagegen vertagt. Der Hauptvorstand wird die Beitragsordnung prüfen (Beschluss 5.32).

Beschlossen wurde (endlich!), dass die gemeinsam mit dem *Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverein* (BLLV) gehaltene Max-Traeger-Stiftung umbenannt werden soll (Beschluss 5.30). Eine Genugtuung für einige ehemalige Aktive, die mit ihren Anliegen vor 5 Jahren noch gescheitert waren! Der damalige Streit machte auch in Hamburg damals einen Neustart der aktiven Studierenden und der Jugendstruktur notwendig. Vor diesem Hintergrund verlief die Debatte dann doch erstaunlich geräuschlos.

Die Bundesvorsitzende Maïke Finnern sprach sich für einen neuen Namen ohne personale Namensgeber\*in aus, da dies die GEW davor schützen würde, die Stiftung in ein paar Jahren möglicherweise erneut umbenennen zu müssen. Die Mehrheit der Delegierten sprach sich allerdings für den Antrag des Landesverbands Hessen aus, für die Stiftung eine vorbildhafte antifaschistische Frau auszuwählen. – Wie wäre es mit Ester Bejarano? Leider wurde nicht beschlossen, bis wann die Na-

mensänderung umgesetzt werden soll. Meine Meinung ist: Jede Förderung, die noch unter dem aktuellen Stiftungsnamen starten *muß* (und zweifellos *soll*), ist eine (Namensnennung) zu viel.

### Mehr Zeit für Antragsdebatten!

Bereits zum digitalen Gewerkschaftstag 2021 wurde ein Kollege aus Schleswig-Holstein gefragt: »Ist Gewerkschaftstag so: »Du hockst den echt den ganzen Tag am Rechner und klickst einmal die Stunde auf Ja/Nein/Enthaltung«? Die Antwort wäre auch hier: Jein. Es gab Tagesordnungspunkte, die wirklich mit großer Spannung erwartet wurden, andere – ich sag' mal solche wie die »Grußworte der Parteien« – eher weniger. Das war in Präsenz in Leipzig nicht anders. Neben dem obligatorischen Landesabend des gastgebenden Landesverbandes, dem »Sachsenabend« in der tollen Kulisse der Moritzbastei, gab es mehrere Slots für Podiumsdiskussionen und Vorträge. Bei vielen Delegierten, die Anträge eingebracht hatten, stieß das Ausmaß dieses Rahmenprogramms auf Unverständnis. Waren wir doch als Parlament der GEW zusammengekommen und nicht im Bildungsurlaub.

Dass der rödelnde »Maschinenraum« des Gewerkschaftstages – die Antragskommission – dieses Rahmenprogramm brauchte, um im Hintergrund



Die junge Hamburger Delegation auf dem Bundesgewerkschaftstag

Änderungsanträge mit den bereits eingereichten Anträgen zu verknüpfen, kann ich nur teilweise als Begründung akzeptieren. Hatte doch die Antragskommission einige Anträge nahezu zur Unkenntlichkeit verändert – was schon im Vorhinein für Unmut gesorgt hatte. Welche Aufgabe sie hat, muss klarer definiert werden! Dürfen Hauptamtliche in der Antragskommission sitzen, oder sollten nur Referent\*innen und Geschäftsführende beratend zur Seite stehen? Das muss geklärt werden, damit die Antragskommission nicht politisch handelt, indem sie auf die Tagesordnung der zu beratenden Anträge und die Antragsformulierungen – und damit ja nicht zuletzt auch auf die Beschlüsse – starken Einfluss nimmt.

Unklar war auch die Reihenfolge, in welcher die Anträge aufgerufen werden würden. Das muss in drei Jahren besser kommuniziert werden. Denn so konnte es passieren, dass der letzte Antragsbringer am Freitag überrascht zum Redner\*innenpult hetzen musste, weil er vorher gar nicht mehr damit gerechnet hatte, dass sein Antrag noch zur Beratung aufgerufen wird. Insgesamt war der Freitag wie schon im Jahr zuvor von viel ›Schnell-Schnell‹ geprägt, das war zwar nicht unproduktiv, wirft aber doch Fragen auf zum Zeitplan der vorangegangenen Tage.

Vielleicht gilt es, ein Antragsformular zu entwickeln, dass die Anträge strukturiert. *Was? soll von wem? bis wann?* erledigt sein? – Möglicherweise auch mit Zeichenbegrenzung. So würden Anträge lesbarer, und Antragsprosa nur in der Begründung erlaubt.

### **Mehr Zugänglichkeit durch bessere Aufklärung über Abläufe und Handlungsoptionen!**

Sehr gelobt wurde die Jugendzeitschrift *Enteignung & Wildkatzen* des Redaktionsteams unseres *Bundesausschusses Junge GEW*. Hier wurde viel Inklusions- und Aufklärungsarbeit geleistet über eine Erläuterung der (Antrags-)Prozesse des Gewerkschaftstags, der verständlichen Vorstellung unserer Anträge und einer übersichtlichen grafischen Aufbereitung von Organigrammen zur nicht ganz unkomplizierten Struktur GEW. Aber es sind ja nicht nur die ›Jungen‹, die von solchen Informationen profitieren. Als Mensch, der noch nicht allzu oft beim Hamburger Gewerkschaftstag war, weiß ich gar nicht aus dem Kopf, ob beispielsweise jeder delegierten Person ein Zettel über zulässige Anträge zur Geschäftsordnung zukommt. Das wäre wünschenswert! Dasselbe gilt für die Erklärungen



Foto: Kay Hirschelmann

**Mut, nein zu sagen: Protest der jungen Delegierten**

zur Aussprache und zum Beschließen von Anträgen (Enteignung & Wildkatzen S.10/11). So etwas sollte alle delegierten Personen befähigen, noch aktiver am Gewerkschaftstag teilzunehmen.

### **In der (Hamburger) GEW geht was – bringt euch ein!**

Durch das Bekanntmachen einer Altersstatistik der Delegierten legte die *Junge GEW* den Finger in die Wunde: So landete Hamburg bei der Jugendquote im mittelmäßigen Mittelfeld. Es waren leider am Ende nur noch drei junge Delegierte übriggeblieben (eine Delegierte musste absagen, ein Delegierter war älter geworden ;)). Nichtsdestotrotz muss man sagen, dass es in Hamburg mehr an der Anzahl aktiver junger Menschen mangelt, weniger an der Möglichkeit, sich auf dem Hamburger Gewerkschaftstag ein Mandat zu holen.

Als junger Delegierter und Bundesausschuss-Mitglied bin ich trotzdem begeistert von den Ergebnissen. Keiner der Anträge der ›Jungen‹ wurde abgelehnt, viele beschlossen, wenn auch nicht alle beraten. Wenn man sich vernetzt und für seine Anliegen wirbt, kann man viele Dinge in und mit der GEW umsetzen.

JAN ALBERTSEN

<sup>1</sup> Siehe: <https://www.daserste.de/unterhaltung/comedy-satire/kroymann/videos/kroymann-1-video100.html>, Minuten 1:32-5:13.

<sup>2</sup> Siehe: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/gew-fordert-zweiten-weg-fuer-lehramt-an-beruflichen-schulen>. Der Beschluss findet sich hier: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/330-einphasiges-und-duales-masterstudium-als-zweiter-regelweg-zum-lehramt-an-berufsbildenden-schulen>. Alle im Folgenden genannten und auf dem Gewerkschaftstag verabschiedeten Beschlüsse lassen sich hier abrufen: <https://www.gew.de/gewtag22/beschlusse-2022>.

# »The Kids Are All Right«

Eindrücke unserer Delegierten zum Gewerkschaftstag 2022 in Leipzig

## Debatten so heiß wie das Wetter

Als Gastdelegierte habe ich mich mit den ›ordentlichen‹ Hamburger Gewerkschaftsdelegierten wunderbar aufgehoben gefühlt. Die Stimmung war prächtig, das Wetter auch. Respekt vor dem Engagement unserer Leute! Während ich mir nämlich auch einmal eine Auszeit erlauben durfte, waren unsere Delegierten bei heißestem Wetter beständig in der Beratung der Anträge aktiv. Spannend auch die Debatten am Abend: Was darf Kabarett und wo entlang verläuft die Grenze zwischen Humor und Diskriminierung? Insgesamt ein Gewerkschaftstag, der mir in Erinnerung bleiben wird.

BIRGIT RETTMER,  
Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik



## Verpasste und ergriffene Chancen

Mir hat der persönliche Kontakt zu uns Hamburger GEW-lern besonders gut gefallen. Ich konnte mich in netter Runde austauschen, gewerkschaftlich wie auch mal ein bisschen privat, besonders auch bei dem leckeren Essen am ersten Abend. Genervt war ich von der Art, wie unser Antrag zu FairChildhood abgebugelt wurde, ohne dass es eine ehrliche Diskussion gab über Bedenken oder Probleme mit der Stiftung, die ja offensichtlich in weiten Teilen der GEW vorhanden sein müssen. Schade, Chance verpasst. Gut war, wie sich die Junge GEW eingebracht und ›alte‹ Strukturen hinterfragt hat. Das weckt freudige Erwartungen für die Zukunft der GEW!

MARIANNE HANSEN,  
BG Ruheständler\*innen



## Aufklärung und Aufmerksamkeit

Zusammen mit Kolleg\*innen aus Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein war die Hamburger AG der GEW-Stiftung FairChildhood mit einem Stand auf dem Gewerkschaftstag präsent. Ob als Sandwichträger\*innen auf dem Weg zum Plenarsaal oder am Stand vor dem Hintergrund laufender Filme aus den Projekten für kinderarbeitsfreie Zonen konnten wir mit Delegierten gute, aufklärende, auch kritische Gespräche sowohl über die Arbeit von FairChildhood als auch über die internationale Arbeit der GEW führen.

Durch den Auftritt der FairChildhood/Bildung statt Kinderarbeit-Gruppe auf dem Podium und die Rede von Marlis Tepe erhielt FairChildhood weitere Aufmerksamkeit in der GEW.

Der Antrag zur Unterstützung von FairChildhood führte zu Diskussion und war damit wertvoll für weitere Beachtung. Dabei war auch der Redebeitrag unseres Hamburger Vorsitzenden Sven Quiring sehr hilfreich.

VOLKER PETERS,  
AG FairChildhood



### Kein Saftladen

The Kids Are All Right heißt ein Filmtitel von 2010 und den Eindruck hatte ich auch beim Gewerkschaftstag in Leipzig: Die Jungen machen das echt gut! Es hat mich wahnsinnig gefreut, wie viele junge GEW-Mitglieder am Start waren, bei unserem »Saftladen« im Ausstellungsbereich, mit Wortbeiträgen und Aktionen, und mit eingebrachten Anträgen, die stark verteidigt und verabschiedet wurden. Mit so viel konstruktivem Elan macht die Gewerkschaftsarbeit Spaß. Diese Mischung aus frischer Tatkraft und die wertvolle Erfahrung und Unterstützung der »alten Hasen« bringt die GEW voran.

KATJA KLEMM,  
Junge GEW/Studis



### Disziplin und Qualität

Ich nahm als Seniorin das 1. Mal an einem Bundesgewerkschaftstag teil und war beeindruckt, wie viele Anträge darauf bearbeitet und abgestimmt werden mussten. Sehr gut fand ich die professionelle Leitung des Podiums und die Disziplin der Teilnehmenden und Qualität ihrer zeitlich eingeschränkten Redebeiträge. Genossen habe ich die Stimmung in der gesamten Hamburger Delegation, die bei der gemeinsamen An- und Abreise, dem Essen am ersten Abend und dem Spektakel in der Moritzburg spürbar war. Sowohl die Infostände als auch einzelne Zusatzangebote, wie die Veranstaltung zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen und den Berufsverboten mit Heribert Prantl rundeten meinen positiven Eindruck ab. Nun kann ich nur hoffen, dass die verabschiedeten Anträge vom Bundesvorstand erfolgreich vertreten und durchgesetzt werden!

CHRISTEL SOHNS,  
BG Ruheständler\*innen



### Beeindruckend, ermutigend und fokussiert

Den Gewerkschaftstag habe ich in guter Erinnerung. Er war beeindruckend, ermutigend und informativ. Allen Organisator\*innen, besonders auch den Gastgeber\*innen gebührt ein riesiges Dankeschön. Völlig überrascht hat mich die Redezeitbegrenzung auf eine Minute am dritten Morgen, als ich den Saal betrat. Ich hielt es für eine Farce. Es war keine. Die konzentrierte Arbeitsatmosphäre der Versammlung hat diese präzise, knappe Informationsübertragung ermöglicht. Es ist erstaunlich, was der Mensch in einer Minute Wichtiges sagen kann. Eine tolle Übung, deren Wiederholung ich mir wünsche, auch für andere Diskussionsrunden. (Sie hat sogar einen historischen Bezug, nämlich auf die Zeit, als Telefonate noch im Minutentakt abgerechnet wurden. Auch damals haben wir geübt, uns am Telefon kurz und informativ zu fassen: Zeit ist Geld!)

ANGELIKA REUTER,  
Ruheständlerin im LAMBDA



# Hoch die intersektionale Solidarität!

Wenn auf einer Eröffnungsveranstaltung im Namen von Satire diskriminierende und wissenschaftsfeindliche Stereotype eine Bühne bekommen, muss auf die Gewerkschaftskultur der GEW reflektiert werden: eine Protestrede der jungen Delegierten

Liebe Kolleg\*innen,

diesen Redebeitrag halte ich nicht nur selbst, sondern stellvertretend für alle, die sich an der Protestaktion gestern beteiligt haben. Vorab möchten wir aber durchaus positiv hervorheben, dass Maike Finnen sich heute Morgen klar positioniert hat, das zu sehen war gut. Auch das Gesprächsangebot nehmen wir gerne an. Stehen lassen können wir das aber nicht, vor allem, da viele das Problem nicht begriffen haben.

Was sich gestern Abend als »Kabarett« ereignet hat, war der GEW unwürdig. Wir sind eine Gewerkschaft, die das Wort »Wissenschaft« im Namen trägt. Wissenschaftliche Arbeit, die Ausrichtung unseres Handelns als Pädagog\*innen an verifizierbaren Fakten steht für uns im professionellen Handeln und in unserer gewerkschaftlichen Arbeit im Vordergrund. Wir behandeln auf dieser Tagung Anträge, die wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewerkschaftlichen Positionierungen werden lassen. Wie kann es dann sein, dass unkommentiert, unmoderiert wissenschaftsfeindliche Narrative bei der Eröffnung eben dieses Gewerkschaftstages zu hören sind? Wissenschaft als Begründung für Grundrechtseinschränkungen, die eigentlich nicht nötig seien, weil wir sowieso irgendwann alle sterben – vor dem gestrigen Tag haben wir das hauptsächlich auf Querdenkerdemos gehört, nicht auf einer Großveranstaltung der GEW! Solche Aussagen dürfen in der Gesellschaft keine Akzeptanz finden. – Tun sie dies auf der Veranstaltung einer Gewerkschaft, die sich »Bildungsgewerkschaft« nennt, ist das nichts anderes als eine komplette Missachtung von allem, wofür wir stehen und unserer Organisation unwürdig!

Die gesamte *junge GEW* setzt sich konsequent für Meinungsfreiheit ein und ja, Satire muss in einer Demokratie ihren Platz haben. Wo ziehen wir aber die Grenzen? Kritik ist ebenso wie Satire Teil eines demokratischen Diskurses. Wo müssen wir diese Kritik üben? – Da, wo nach unten getreten wird. Satire tritt nicht nach unten, Satire bemängelt problematische gesellschaftliche Zustände, wendet

sich gegen Ungerechtigkeiten, zeigt, was wir als Gesellschaft besser machen müssen. Das hat diese Aufführung eben nicht gemacht. Hier wurde ein Stück von Maren Kroymann aus seinem Kontext gerissen und dessen Aussagen wurden so zu einer Veralberung von langerkämpfter Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik. Satire darf, laut Kurt Tucholsky, alles. Aber ist es noch Satire – eine Kunstform, die Autoritäten und Missstände anprangert – wenn vorwiegend Minderheiten thematisiert werden, plump und vorurteilsbehaftet? Das ist nicht in unserem Interesse als Organisation, die für Toleranz steht, sondern dagegen! Gegen unsere Interessen als queere Menschen, als Bildungsarbeiter\*innen, als Menschen, die sich für Toleranz einsetzen. Schaut euch die Website des sogenannten »Künstler\*innen-Kollektivs« an. Die Sprache auf dessen Webauftritt zieht sexualisierte Gewalt ins Lächerliche, mit Worten, die ich hier nicht reproduzieren werde. Das alles konnten wir nicht so stehen lassen. Wir verstehen Satire und wir verstehen politisches Kabarett. Was wir gestern gesehen haben, war weder das Eine noch das Andere. Das, was wir gestern gesehen haben, ist Diskriminierung in Reinform, als Stammtischwitz verpackt.

Wenn die ganze Jugend sich geschlossen hinstellt und gegen eine solche Aktion protestiert, dann ist das ein Denkanstoß für alle. Wir waren schockiert, dass so etwas auf einer gewerkschaftlichen Veranstaltung stattfinden kann. Dass die Zugehörigkeit zu einer konstruierten Minderheit als ein Privileg dargestellt wurde, ist sowohl unwahr als auch ignorant, da gerade queere Menschen, Menschen mit Behinderung, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund tagtäglich Diskriminierung erleben, ob bei der Suche nach Arbeit, Wohnraum oder in anderen Aspekten ihrer Lebenswelt. Wir bitten euch, in Zukunft zu überlegen, welche Aufführungen ihr innerhalb einer gewerkschaftlichen Umgebung als angemessen betrachtet, und auch, welchen Aufführungen ihr Applaus schenkt. Das war jedenfalls ein Griff ins Klo, potentiell traumatisierend und etwas, das sich nicht wiederholen sollte. Leute, was war das?





## »Zu Erfüllungsgehilfen eignen wir uns nicht«

Ursula-Marlen Kruse, Vorsitzende der GEW Sachsen, eröffnete den Gewerkschaftstag mit einer bewegenden Rede über die unterschiedlichen Voraussetzungen, aber auch die Verbundenheit gewerkschaftlichen Engagements in ›Ost‹ und ›West‹

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben lange auf euch gewartet. Deshalb begrüße ich euch im Namen meines Landesverbandes ganz besonders herzlich. Ich begrüße euch ganz besonders herzlich hier in Leipzig. Hier in Sachsen. Hier in unserem Land.

Unser Land ist schön. Es wird euch berühren, wenn ihr an der Elbe entlangfahrt, wenn ihr im Vogtland oder in der Lausitz wandert, wenn ihr durch Görliitz bummelt, den Dom von Freiberg besichtigt oder Leipzigs Leichtigkeit im Klara-Park empfindet. Nur in Dresden – der geschundenen Schönen – sollte man, wie er dort heißt, Stollen kaufen

Wir haben sehr erfolgreiche Fußballmannschaften, vielfältige Kulturangebote, wir haben Kunst von Weltrang und ...

ein massives Problem mit Neonazis und Rechtsradikalen.

Die AfD sitzt hier sicher im Landtag. Sie hat zur Bundestagswahl die meisten Direktmandate erobert und bei den vor kurzem stattgefundenen Landratswahlen wird es sie am meisten geschmerzt haben, dass ihr die als rechtsextremistisch eingestuft ›Freien Sachsen‹ im Weg gestanden haben. Die AfD wird noch weiter nach rechts rücken müssen, will sie das bei künftigen Wahlen vermeiden.

Keine unsere Städte gehört zu den reichsten Deutschlands und keine zu den ärmsten. Die Leute hier sind im Durchschnitt älter, weil sich so viele Menschen in den neunziger Jahren Arbeit anderswo suchen mussten und nie wiedergekommen sind. Wenn all die Lehrerinnen und Lehrer zurückkehren

würden, die zwischen 1995 und 2015 nicht eingestellt worden sind, würde sich nicht nur die Personalversorgung an den Schulen schlagartig verbessern, sondern auch die Mitgliederbilanz unseres Landesverbandes.

Unserem Land fehlen Erfahrungen im Zusammenleben und in der Zusammenarbeit mit Menschen, die in anderen Teilen der Welt geboren wurden. Hier wurde einst russisch gelernt, aber wohl kaum gemeinsam mit einem russisch sprechenden Menschen über Soschtschenkos »Grigori Kossonossow« gelacht. Heute nutzen wir unsere zum Teil rudimentären Russischkenntnisse, um den Menschen zu helfen, die vor einem verbrecherischen Krieg aus der Ukraine fliehen mussten.

Wir sind froh, dass auch in unserem Land die Solidarität mit ihnen groß ist. Auch darüber, dass ukrainische Lehrerinnen ohne großes Anerkennungsverfahren eingestellt wurden und werden, sind wir froh. Gleichzeitig ist es unerträglich, wahrzunehmen, wie anders unsere Regierung mit Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel aus Syrien umgegangen ist. Trotz all unserer Bemühungen.

In Sachsen wohnen etwa 5 % der deutschen Bevölkerung und laut Schätzungen ca. 0,6 % der in Deutschland lebenden Muslime. Gegen diese marschiert Pegida besorgt und verteidigt ein Christentum, das in der sächsischen Realität dünn gesät ist. Die Menschen in unserem Land sind genauso klug, genauso dumm, persönlich genauso glücklich oder genauso unglücklich wie anderswo. Aber wohl enttäuschter. Und augenscheinlich wütender.

Die Alten werden die Treuhand-Geschichten noch lange erzählen. Und die von fehlender Anerkennung. Dass sie den Jungen trotz gleicher Lebensleistung einst deutlich weniger Geld und Wohneigentum vererben werden, schmerzt sie wie jene in anderen Ost-Ländern auch.

**Unsere geringe  
staatliche Verschuldung  
haben wir bezahlt  
mit fehlenden  
Arbeitsmarktmaß-  
nahmen, mit dem  
Abbau sozialer  
und zivilgesell-  
schaftlicher Projekte,  
mit schlechter  
Personalausstattung  
in Kitas, in der  
Jugendhilfe, in  
Schulen und Hoch-  
schulen. Am Ende  
bezahlen wir sie bis  
heute vor allem  
mit fehlendem  
gesellschaftlichem  
Zusammenhalt und  
Demokratieskepsis.**

Weil die sächsische CDU ein Billiglohnland für erstrebenswert hielt, ist die Tarifbindung in unserem Land die niedrigste in Deutschland. Das spüren Alte und Junge bis heute vor allem in all den strukturschwachen Regionen. Dort, wo der Bus nur wenige Male am Tag fährt, wo in der geschlossenen Schule schon lange weder Unterricht noch Vereinsvolleyball stattfindet. Dort wo der Eindruck besteht, die Politik interessiert sich nicht und das Wort Strukturwandel angstbesetzt ist. Dass unser Land die niedrigste Pro-Kopfverschuldung im Vergleich mit anderen Bundesländern aufweist, tröstet wenig. Im Jahr 2019 betrug sie 279 Euro pro Kopf. Im Bundesdurchschnitt waren es in diesem Jahr vor der Pandemie 14.208 Euro je Einwohner\*in.

Jahrzehnte des Sparens um des Sparens willen haben enorm viel gekostet. Geld für politische Bildung hielt die CDU lange

für erlässlich. Der Feind stand und steht Links. Und Links ist 3 cm neben der CDU. Dass Schulen neutrale Orte zu sein haben, war kulturministerielle Auffassung lange vor Gründung der AfD. Die lange absolut Regierenden machten Augen und Ohren noch zu, als die NPD bereits im Landtag saß und auch dort, wo öffentlich national befreite Zonen ausgerufen wurden.

Unsere geringe staatliche Verschuldung haben wir bezahlt mit fehlenden Arbeitsmarktmaßnahmen, mit dem Abbau sozialer und zivilgesellschaftlicher Projekte, mit schlechter Personalausstattung in Kitas, in der Jugendhilfe, in Schulen und Hochschulen. Am Ende bezahlen wir sie bis heute vor allem mit fehlendem gesellschaftlichem Zusammenhalt und Demokratieskepsis.

Die vom Sächsischen Kabinett in der vergangenen Woche beschlossenen Haushaltseckwerte zeigen deutlich, dass die CDU wenig gelernt hat. Geplant ist die Einhaltung der strengsten Schuldenbremse in der Bundesrepublik. Die pandemiebedingten Kredite sollen damit in den nächsten 6 Jahren zurückgezahlt werden. Verbesserungen im Bildungsbereich würden damit über Jahre unmöglich.

Mehr noch: Die Bedingungen für Kinder, Jugendliche und Beschäftigte würden sich deutlich verschlechtern und die Reparatur der Einschnitte würde erneut mehr als ein Jahrzehnt dauern. Dass wir von den mitregierenden Parteien SPD und Bündnisgrünen und der oppositionellen Linken bei der Verhinderung eines solchen Haushaltes mehr Kraft erwarten, als ihnen die Wähler\*innen zubilligten, ist auch für uns ein großes Problem. Dass wir uns erbittert zur Wehr setzen müssen, liegt auf der Hand.

Für gewerkschaftliches Handeln braucht man in unserem Land Kraft. Humor und gute Nerven sind hilfreich. Heldenmut indes ist unnötig. Wir sind im DGB – unserer Gewerkschaftsfamilie – gut aufgehoben, auch wenn wir uns nicht mit allen Brüdern und Schwestern pausenlos gut verstehen. Auch in Sachsen sind die Vernünftigen, die Freundlichen, die Weltoffenen und Couragierten in der Mehrheit.

Um sich gewerkschaftlich zu engagieren, reichen auch bei uns Anstand, Empathie, Gerechtigkeitsinn, Lust auf eine eigene Meinung und ein unbedingter Gestaltungsanspruch.

Wir wissen gut, wie man Arbeitsplätze sichert, wie man Verbesserungen verhandelt, wie man kämpft und auch mit Lehrkräften streikt. Dass wir für unsere Ansichten von den Konservativen in der Politik nicht gemocht werden, ficht uns nicht an. Verantwortliches politisches Handeln in schwierigen Situationen erfordert immer die gemeinsame Suche nach

den besten Lösungen. Zu Erfüllungsgehilfen eignen wir uns aber nicht. Da sind wir uns sicher. Unsicherer sind wir in diesem etwas anderen Land bei der Beantwortung der Frage, ob wir mit unseren gesellschafts- und bildungspolitischen Überzeugungen immer in der sprichwörtlichen Mitte der Dienst- und Lehrerzimmer sind.

Deshalb freuen wir uns darauf, mit euch gemeinsam in den nächsten Tagen nach Antworten zu suchen. Wir freuen uns auf das gemeinsame Feiern in der Moritzbastei und hoffen sehr, dass euch der »Sachsenabend« gefällt. Mit ihm wollen wir uns auch ein bisschen bedanken. Dafür, dass sich die (West-)GEW von den meisten Organisationen in einem Punkt grundsätzlich unterschied: Sie hat uns immer solidarisch unterstützt, sie hat aber nie ihre Funktionäre geschickt, um die Führung zu übernehmen und uns die Welt zu erklären.

Im Namen der GEW Sachsen wünsche ich uns allen einen guten Gewerkschaftstag. Willkommen hier in Leipzig, willkommen hier in Sachsen, willkommen in diesem schwierigen schönen Land, das trotz allem auch das unsere ist.

URSULA-MARLEN KRUSE,  
Vorsitzende der GEW Sachsen

**Weil die  
sächsische  
CDU ein  
Billiglohnland  
für erstrebenswert  
hielt, ist die  
Tarifbindung  
in unserem Land  
die niedrigste  
in Deutschland.**

# Neurechte Propagandaverstärkung

Eine AfD-nahe Stiftung streitet um Geld vom Bund. Was will sie auf die Jugend loslassen? Wer finanzierte die AfD und welche Funktionäre sind an den Machenschaften beteiligt?

Seit Gründung der AfD plante die Führungsriege, eine politische Stiftung ins Leben zu rufen, um das Gedankengewirr neu-rechter Ideologien mit Hilfe staatlicher Gelder verbreiten zu können – und um Geld abzugreifen – viel Geld! Der Bundestag stellt jährlich ca. 699 Millionen Euro für die Stiftungen der Parteien zur Verfügung, der Haushaltsausschuss verteilt die Millionen. Seit 2017 gibt es die *Desiderius-Erasmus-Stiftung* (DES), seit 2018 ist sie als parteinahe Stiftung von der AfD anerkannt – nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Die Funktionäre rechnen mit 70 Millionen Euro staatlicher Unterstützung im Jahr.

## Sie packen an ...

Der *Deutschlandfunk* zitierte im Juli 2021 Carlo Clemens, den heutigen Bundesvorsitzenden der Jugendorganisation *Junge Alternative*: »Die erste Hoffnung liegt ja auf der Hand, nämlich die Gewinnung, Förderung und akademische, geistesgeschichtliche Ausbildung von Studenten, die uns grundsätzlich nahe stehen.« In der ersten Ausgabe der DES-Stiftungszeitung *Faktum 1* bediente sich der damalige Parteivorsitzende Meuthen einer strammen Rhetorik, um die Zielsetzung der Stiftungsarbeit zu umschreiben: »Wir leben in einem Gesinnungsstaat«, in einer »seit Jahrzehnten andauernden Kulturhegemonie der Linken.« Die »diesen Staat lenkenden Sozialingenieure [fühlen sich] bemüht, auf Zwangs- und Zensurmaßnahmen zurückzugreifen« und »kritische Querdenker diskursiv auszumerzen«. Die DES solle sich aufgerufen fühlen, die »multikulturelle Utopiebesoffenheit« und die »pathologische Mentalität der Schuld« zu bekämpfen. Die hetzerische Aussage des damaligen Noch-Mitglieds ähnelt der seines Parteifreundes Gauland, die explizit geschichtsrevisionistisch ist: »Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.« Für Meuthen war im Jahr 2020 in seinem *Faktum 1*-Artikel klar: Die Schuldigen sind die Grünen, denn die seien »im Kern eine totalitäre Partei«.

Man möchte glauben, Professor Meuthen sei beim Verfassen seines Textes für *Faktum 1* selbst

»besoffen« gewesen, wenn er dem politischen Gegner vorwirft, die »Emotion« zu schüren, statt mit »Argument« und »Rationalität« zu überzeugen, was er im zitierten Artikel für sich in Anspruch nimmt. Er selbst beschreibt die Bundesrepublik als eine Gesellschaft, die geprägt sei von »Zwang« und »Zensur«. Die »Sozialingenieure« »merzen« diskursiv andere Meinungen aus und erteilen Rede- und Denkverbote. Dieser Zustand verunsichere viele. Meuthen fördert mit einer solchen Zustandsbeschreibung selbst die »Emotion« und bewirkt bei unbedarften Zöglingen des DES-»Bildungsvereins«, dass Angstschauer über deren Rücken laufen sollen, wenn sie bedenken, was ihnen blüht, wenn sie sich politisch äußern. Sind die Zöglinge in diese Gefühlswelt gestoßen, will die DES politische Schulung als »Gegenmittel« anbieten. Die »geistesgeschichtliche Ausbildung« in der DES wird Meister\*innen im Verdrehen von Tatsachen hervorbringen.

## Ein großer Plan zur Hegemonieverschiebung

Die Zusammenstellung solcher Aussagen ist selbstverständlich unvollständig. Wird mehr gewollt bei den »Denker\*innen« der DES/AfD? Es gibt viele Vertreter\*innen, die an diese »Vogelschiss«-These Gaulands anknüpfen, wie etwa Marc Jongen. Er war nicht nur Sloterdijk-Schüler, seit 2013 Parteimitglied, bis 2021 kulturpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, aktuell Kuratoriumsmitglied der DES. Der promovierte Autor ist sich ziemlich sicher, die Lage richtig zu beschreiben: »Man weiß nie: Wer ist jetzt Nazi und wer nicht? Man krieget ihn nicht zu fassen, und es gibt ja wahrscheinlich nur noch sehr wenige echte Nazis in Deutschland. Ich habe noch keinen kennengelernt, muss ich gestehen.« So weit, so platt.

Die DES meint aber, und eben auch dieser Autor, höheren intellektuellen Ansprüchen genügen zu müssen. Er beklagt in einem Artikel für *Faktum 1*, »dass wir es in den [...] sogenannten [...] demokratischen Gesellschaften mit einem besorgniserregendem [sic!] Rückgang an politischen Freiheitsgraden und Äußerungsmöglichkeiten zu tun

haben«. Auch Meuthen »argumentiert« so. Jongen folgert dann: »Die Ursache dafür ist das Einsickern totalitär-linken Gedankenguts in ehemals liberale Institutionen und Mentalitäten.« Damit nicht genug. Der Denkapparat der Rechten verlangt nach Futter, damit neue Strategiesätze entwickelt werden können: »Die liberalen Gesellschaften scheinen aus sich selbst heraus die Dämonen zu gebären, die am Ende für ihre Liquidierung oder zumindest für ihre schwere Gefährdung sorgen.«

Ich bin mir sicher, ein Spezial-Philosoph wie Jongen ist in der Lage, seine Gedankenspiele in *Faktum 1* weiter zu denken. Denn wenn eine liberale Gesellschaft »aus sich selbst heraus« ein Monstrum entstehen lässt, quasi naturwüchsig, wesensmäßig, dann ist das doch gefährlich – ist dann so eine Gesellschaft gewollt? Hat solch eine Gesellschafts-Organisation ihre »Daseinsberechtigung«? Will hier einer etwas rechtfertigen? Nun, eine solche politische Schlussfolgerung aus seiner These fehlt in dem Artikel, da haben dann wohl die Alarmglocken geläutet. Der Verfassungsschutz weiß in diesem Fall, warum er genauer hinschauen muss. Hoffentlich. Und die Gewerkschaften sollten das auch tun.

Jongens Expertise erregt Aufmerksamkeit – schon seit Jahren. Händeringend suchen Neu-Rechte und Burschenschaftler nach politischen Konzepten, die nicht augenfällig alten Nazi-Ideologien ähneln und doch zur grundlegenden Veränderung dieser demokratischen Gesellschaft beitragen können. Schon Anfang 2016 hörte er lobende Worte vom Leiter des neurechten »Thinktanks« *Institut für Staatspolitik* Götz Kubitschek: Jongen weite »den Blick auf eine der Grundvoraussetzungen einer gelingenden »Verteidigung des Eigenen« [sic!]: auf den notwendigen Zorn, mit dem den hyperidentitären, durchsetzungshungrigen [sic!], uns fremden Kulturen und Ideologien entgegenzutreten sei« (*sezesion.de*, Lage 2016 (2), 28.1.2016). Mit anderen Worten: Gefunden ist einer, der weiß, wie Radau, Randalie und Aufruhr »intellektuell« begründet und genutzt werden. Und Lernziele für die Kurse in »Bildungseinrichtungen« wie der DES lassen sich mit Hilfe solcher Artikel ebenfalls entwickeln. 2015 war dieser »Sommer der Migration«. Und der Hau-Drauf-Mob machte sich damals bereit zur Aktion (»Verteidigung des Eigenen«, mit »Zorn« den Flüchtlingen »entgegentreten«). In Schnellroda und Umfeld rieb man und frau sich die Hände. Heiß ersehnt war damals in Kreisen, die sich als rechte »Vordenker« verstehen, ein politischer An-

satz, der die Praxis schlagkräftiger rechter Strategien endlich in Worte fassen könne. So lobte denn Kubitschek: »Thymotische Unterversorgung« als philosophisches Erklärungsmuster hinter der Entmännlichung unseres Volkes bei gleichzeitiger Forderung nach einem überlebensnotwendigen Wechsel in diese Tonlage des Zorns: Das ist ein unserer Lage angemessener Ansatz« (zu Jongens Thymos-Zorn-Fantasien siehe auch hlz 12/2020, S. 52).<sup>1</sup> Das *Institut für Staatspolitik* wird im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2021 als »Verdachtsfall« aufgelistet. Auch der Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt beobachtet.

### Der Organisator spricht

Die Programmatik der DES, die die »geistesgeschichtliche Ausbildung« der »Bildungsarbeit« bestimmen soll, wird von einem projiziert, der »nur« im Kuratorium der Stiftung sitzt: Dr. Karlheinz Weißmann. In *Faktum 1* gibt er einen kurzen Überblick über Themen, die seiner Meinung nach von Bedeutung sind: »Selbsterstörung Europas, Zuwanderung, wachsende Kriminalität, Verfall der inneren Sicherheit, Volkstod, Dekadenz.« »Dass die Biologie des Menschen von Bedeutung ist, dass die Kollektivschuld einen unerträglichen Vorwurf darstellt, dass der Soldat, auch der deutsche des Zweiten Weltkriegs, Anspruch auf Wahrung seiner Ehre hat, dass die Beziehung zwischen Mann und Frau und die Familie eine entscheidende Bedeutung für die Existenz eines Volkes haben ...« In seinem Aufsatz in *Faktum 1* drückt er sich um deutlich ausformulierte Zielvorgaben, spricht er nicht »Klartext«, sondern versteckt sich vorsichtshalber hinter Aussagen, die Sozialdemokrat\*innen und Liberale vor vielen Jahren von sich gegeben hätten und die er genüsslich zitiert. So redet er über den »IQ der Schwarzen«, die »Kräfte des soldatischen Wesens«, die »völkische Aufgabe und Bedeutung unserer Familien«. Ihm sei eines bewusst: »Man darf nur noch äußern, was denen gefällt, die die Uniformierung des Denkens vorangetrieben haben«. Das Lernziel für künftige Teilnehmer von Stiftungs-Kursen sei deshalb: »den Zusammenhang mit der Verschleierung der Machtverhältnisse zu begreifen und das heißt auch verstehen, dass gegen Macht nur Macht hilft, Gegen-Macht.« Diese »Gegen-Macht« definiert Weißmann bewusst nicht, politisch gefährlich ist es, sich hier festzulegen. Immerhin will man in unserer Demokratie Geld abzweigen.

## Die Funktionäre rechnen mit 70 Millionen Euro staatlicher Unterstützung im Jahr.

## Der Sumpf ...

Jongen, Weißmann, Meuthen (ob er nach seinem Parteiaustritt aus der AfD noch gerne an das gemeinsame Werk erinnert werden will, bleibt offen), sie haben weitere dubiose Mitstreiter\*innen. Der *Deutschlandfunk* lässt am 25.7.2021 Erika Steinbach (ehemals CDU-Bundestagsabgeordnete, 1998-2014 ehemalige Vorsitzende des *Bundes der Vertriebenen*, heute AfD-Mitglied und Vorstandsvorsitzende der DES) reden, die die Pressekonferenz der Stiftung in der *Bibliothek des Konservatismus* in Berlin durchführen lässt. An diesem Ort fühlt sich Steinbach wohl mit all den Büchern: Es sollen 30.000 sein, die über die Vergangenheit Deutschlands berichten, über den 1000-Jahr-Wahn etwa oder vielleicht auch Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts«. Denn viele dieser Bücher stammen von Caspar von Schrenck-Notzing, Jahrgang 1927, der Anfang der 1960er Jahre im rechtsextremen *Deutschen Studenten-Anzeiger* schrieb, aber auch im *Bayernkurier*.

Einige der Herren, die sich um die verehrte Frau herum versammeln, gingen als junge Aufstrebende bei Schrenck-Notzing in die Schule, z. B. auch Karlheinz Weißmann, der in dessen 1970 gegründeter Zeitschrift *criticon* seine ersten Schreibversuche unternahm. Und Glück hat die ehemalige »Vertriebenen«-Funktionärin auch, in den Räumlichkeiten Platz nehmen zu können. Schrenck-Notzings Hinterlassenschaften reichten nicht für die Finanzierung des Gebäudes. Da kam der Hamburger Reeder und Unternehmer Folkard Edler daher und kaufte das Haus. Später gelangte es dann in den Besitz der *Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung*, deren Leiter Dieter Stein ist. Der nun ist Chefredakteur der *Jungen Freiheit*. Der Verlag der *Jungen Freiheit* ist Gesellschafter des Magazins *Cato*, das nun wiederum von Karlheinz Weißmann betrieben wird, und das, natürlich, auch aus den Räumen des Gebäudes heraus betreut wird. Was ein verschwiegener Reeder aus Hamburg so alles finanzieren kann – erstaunlich! Ach ja, Luckes AfD soll damals schon davon profitiert haben.

Die Räume düstern wahrscheinlich die Hetze gegen Willy Brandts und Egon Bahrs Ostpolitik aus, die Hetze zur Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-

Linie, vielleicht auch den Mief der »Aktion Widerstand« aus dem Jahre 1970 oder den der selbsternannten »Konservativen Revolution« (vgl. z.B. wikipedia.org), aus deren Kreisen Steigbügelhalter der Nationalsozialisten wie Langbehn und Moeller van den Bruck kamen. Schrenck-Notzings Bücher wurde schon immer von den Rechten empfohlen, zum Beispiel in der Zeitschrift *Mut* (10/1973), die damals vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wurde. Oder er schrieb selbst in der damals noch erhältlichen Zeitschrift *Nation Europa*. Bürgerliches Geld machte also die DES-Präsentation möglich. Sind sie damit zufrieden? Natürlich nicht!

## ... und das Geld

Davon können die AfD und ihre Unterstützer\*innen nicht genug bekommen. Einer, der die schönen Dinge, die es früher einmal gab, neu angefertigt und zu hohen Preisen an Menschen mit gutem Geschmack verkaufte, wagte sich aufs öffentliche Parkett und zeigte sich freigiebig: »Der der AfD nahestehende Unternehmer Thomas Hoof [ehemaliger Eigentümer von *Manufactum*, das jetzt zum Otto-Konzern gehört, Anm. WS] etwa sponsert die Zeitschrift *Cato* mit zehn Seiten umfassenden Anzeigen für seinen Verlag« (taz.de, 3.6.2020).

Nur, wie ist es anzustellen, dass nicht bemerkt wird, woher das Geld kommt? Dieses Problem hatte schon Herr Meuthen, als er noch Spitzenpolitiker der AfD war. Nichts ahnend, so beteuerte er, profitierte der Herr von außerparteilichen Wahlkampfunterstützern im Jahr 2016. »Auf insgesamt 89.000 Euro taxierte die Bundestagsverwaltung später den Wert der Aktionen. ... Das Berliner Verwaltungsgericht wertete den Vorgang dennoch als illegale Parteispende und bestätigte Anfang 2020 eine Strafe des Bundestags über fast 270.000 Euro.« (SZ, 17.2.2020) Woher das Geld ursprünglich kam, bleibt unbekannt.

# Was ein verschwiegener Reeder aus Hamburg so alles finanzieren kann – erstaunlich!

Auch Alice Weidel, die neugewählte Bundesvorsitzende der AfD, spielte ein ähnliches Spiel. Plötzlich – im Jahr 2017 – füllte sich ein Konto in ihrem AfD-Kreisverband Bodenseekreis mit Geld aus der Schweiz. Es sollen umgerechnet so ungefähr 130.000 Euro gewesen sein, überwiesen in mehreren Tranchen. Die Kreisschatzmeisterin ist ratlos. Der Landesschatzmeister aus Baden-Württemberg will auch nicht so richtig ran. Sollen sie nun – wie der Spender es anscheinend will – alles für den



Wahlkampf Weidels ausgeben? Erst Anfang 2018 wird das Geld zurücküberwiesen, da ermittelt schon die Bundestagsverwaltung wegen illegaler Parteienfinanzierung. Denn gemeldet wurde die Spende anfangs nicht.

Während der Zeit des Geldbooms wurde Hans Hausberger aktiv. Der sitzt nicht nur im Vorstand des AfD-Kreisverbandes Bodenseekreis, Weidels politische Heimat, er ist auch im Vorstand der DES, neben Steinbach. Just zu der Zeit braucht die im Aufbau befindliche DES ein Gründungskapital von 50.000 Euro, um überhaupt als Stiftung etabliert werden zu können. Da könnte man doch glatt das eingegangene Geld benutzen, um...

*Süddeutsche Zeitung (SZ), NDR und WDR* (vgl. SZ, 22.11.2018) hatten sich um die Sache gekümmert und aufdecken können, dass Hausberger hier mitmischte, allerdings: »Geld sei aber letztlich nie geflossen«, so die Behauptung des rechten Politmanagers. Eine geheimnisumwitterte Geldbeschaffungsorganisation wie der *Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten* ist allerdings bei den Recherchen enttarnt worden. Ob Hausberger Weidels »verlängerter Arm« ist oder Weidel von ihm durch politische und organisatorische Impulse geschoben wird, sei dahingestellt.

Einer, der behauptet, von Hausberger aus der DES gedrängt worden zu sein, Erik Lehnert, politischer Vertrauter von Kubitschek, sagt über ihn, er habe ein »schweres Trauma«, »das ihn für jegliche politische Arbeit ungeeignet machte« und »daß er häufig schwer irrlüchert« (*sezession*, 20.5.2020). Job weg, spielt da einer die beleidigte Leberwurst?

»Irrlüchert«? Hausberger hat in seinem politischen Leben schon so manche politische Strömung kennenlernen wollen. In jungen Jahren trainierte er – und das dürfte Frau Steinbach sehr gefallen – beim *Ostpreußenblatt* (damalige Vertriebenen-Zeitung) in Hamburg sein Gespür für politische Zusammenhänge. Nicht unbekannt dürfte ihm, dem Benutzer der *Bibliothek des Konservatismus*, der Ahnherr Schrenck-Notzing sein. Dieser Herr hielt bei der Bundesgründung des r.f.s. (*Ring Freiheitlicher Studenten*) das Grundsatzreferat (vgl. *criticon*, Nov./Dez. 1979, Heft 56) – für den Verein, dem Hausberger 1981-1982 als Bundesvorsitzender vorstand. Damals gerieten der *Ring Christlich-Demokratischer Studenten* (die CDU-Organisation) und der r.f.s. aneinander, rangen sie doch um den Einfluss in dieser Volkspartei. In den r.f.s.-Reihen soll sich so manches *Junge Union*-Mitglied aufgehalten haben. Deshalb der giftige Ton: »Die Charakteristika nach denen der RCDS den r.f.s. als recht extremistisch

einstuft [sic!], sind an den Haaren herbeigezogen ...« (Zitat aus der Broschüre des r.f.s.: »Wie rechts ist der r.f.s.? oder: Wie sehr lügt der RCDS?«, die während Hausbergers Zeit als Bundesvorsitzender von Köln aus vertrieben wurde).

Politisch heikel wird es immer, wenn der Verfassungsschutz mit seinen Einschätzungen aufs Spielfeld tritt. Das weiß Hausberger seit seinen Studentenjahren an der Uni Köln. Das hielt ihn nicht davon ab, bei den Republikanern anzuklopfen. Die SZ schrieb: »Hausberger hat schon in den Neunzigerjahren die Republikaner – die vom Verfassungsschutz zeitweise als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wurden – bei ihrem Versuch unterstützt, eine parteinahe Stiftung zu etablieren. Damals bezeichnete er sich als »Mann von [Franz] Schönhuber«, damaligem Republikanenchef und einstigem Waffen-SS-Mitglied.

Er sei nie Mitglied der Republikaner gewesen, sagt Hausberger heute, habe sie aber zeitweise »interessant« gefunden und »auch mit Vorträgen unterstützt« (SZ vom 16.11.2021). Sicherlich hat die SZ gründlich recherchiert. In Stiftungsdingen ist Hausberger also fit, für die DES und AfD kann er sein früh erworbenes »Wissen« von den alten Kameraden gewinnbringend einsetzen – sei's drum, auch wenn es von Schönhuber stammt, aus all den Zirkeln und Seilschaften der Waffen-SS.

Steinbach und Hausberger verfolgen unheilvolle Ziele mit ihrer »geistesgeschichtlichen Ausbildung« der Jugend. Diese Ziele streben auch die Weißmänner, Jongens und all die anderen Geistesverwandten an. Wenn sie Millionen aus dem Bundshaushalt erhalten, wird die demokratische politische Bildungsarbeit und letztendlich die Demokratie durch die Aktivitäten der politischen Rechten einem verstärkten Druck ausgesetzt, denn deren Aktivitäten werden staatlich legitimiert. Das wird nicht lustig. Deshalb, Bundestagsabgeordnete: Schafft ein Gesetz, damit das verhindert wird. Und: kümmert euch rechtzeitig. Für alle anderen Antifaschist\*innen heißt es weiterhin: Stört den Stiftungskadern die Propaganda!

WOLFGANG SVENSSON  
Im Ruhestand

<sup>1</sup> »Thymos« bezeichnet eine Seelenkraft, die auf Überlegenheit zielt. Es geht nicht um bloße Selbsterhaltung. Es geht um Selbststeigerung, die im Extremfall in Selbstaufgabe, im Opfer münden, aber auch Verfeindungsenergien freisetzen kann«, so Jürgen Manemann in einem Sloterdijk-kritischen Artikel (<https://philosophie-indebate.de/2520/indebate-der-philosophenkoenig-peter-sloterdijk-zum-aktuellen-philosophenstreit/>). Jongen griff das Konzept von Sloterdijk auf: Er sprach schon 2016 von einer »thymotischen Unterversorgung«, einer Armut an Zorn und Wut, an der die Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik litten. »Stolz und Wut sind in der AfD wichtige Emotionen«, gab er einmal in einem Interview der FAZ zu Protokoll.

# Systematische Unterdrückung im Iran beenden!

Die GEW fordert eine sofortige Freilassung inhaftierter Lehrkräfte

Seit Monaten erreichen uns Nachrichten aus dem Iran, die von Tötungen und brutalster Gewalt an den Protestierenden gegen das theokratische Regime berichten. Seit Mai 2022 versammeln sich immer wieder und zunehmend mehr mutige Menschen in vielen iranischen Städten zu Protestdemonstrationen gegen die Unterdrückung. Seitdem die iranische Religionspolizei im September den Tod von Mahsa Amini zu verantworten hat, verstärkten sich diese Proteste zu täglichen Demonstrationen. Auch wenn die genaue Zahl der seitdem in die Hunderte gehenden getöteten, verletzten, inhaftierten und verschleppten Menschen – darunter viele Kinder und Jugendliche – nicht bekannt ist, muss diese brutale Gewalt beendet werden.

## **Gewerkschaftliche Lehrkräfte als ›Geiseln des Staates‹**

Iranische Lehrkräfte fordern seit Jahren akzeptable Arbeitsbedingungen und die Anerkennung ihrer fundamentalen Rechte als Beschäftigte und Bürger\*innen. Die GEW und die *Bildungsinternationale* (BI) solidarisieren sich mit den Protesten für Menschenrechte im Iran. Das dortige Regime stellt diese als vom Ausland gesteuert dar und hält Gewerkschaftsmitglieder als ›Geiseln des Staates‹ fest, darunter zwei französische Lehrkräfte, die Mitglieder der Gewerkschaft *Force Ouvrière France* sind. Cécile Kohler und Jaques Paris sind bereits seit Mai unter willkürlichen Anschuldigungen inhaftiert. Die BI und die GEW fordern, alle im Iran eingesperrten gewerkschaftlich aktiven Lehrkräfte und Beschäftigten sofort und bedingungslos freizulassen.

BRUNI RÖMER

# Die GEW verurteilt türkische Bombenangriffe auf Bildungseinrichtungen in Rojava

Für Frieden und das Recht auf Bildung

Im Syrischen Bürgerkrieg entstand 2012 die autonome Region Nord- und Ostsyrien, kurdisch: Rojava. Hier leben 2,5 Millionen Menschen kurdischer, arabischer und assyrischer Herkunft. Die bekannteste Stadt der Region, Kobanê, konnten kurdische Kämpfer\*innen 2014/15 erfolgreich gegen die IS-Terrormiliz verteidigen.

Anhaltende Bombardierungen durch die türkische Armee zur Errichtung einer ›Sicherheitszone‹ zwischen der Türkei und Nordsyrien destabilisieren laut der Bildungsgewerkschaft *Yekitiya mamostêyen* seit 2016 die Region – mit erheblichen Auswirkungen auf den Bildungsbereich. In den bombardierten Gebieten fehlt es an Schulgebäuden

und Bildungsmaterial. Der Bombenangriff vom 18. August 2022 auf ein von den UN finanziertes Ausbildungszentrum für Mädchen tötete vier Kinder, elf wurden verletzt.

Die GEW steht in Kontakt zur Bildungsgewerkschaft *Yekitiya mamostêyen*, die sich in Rojava für den Aufbau eines demokratischen Bildungssystems einsetzt. Dazu gehört Unterricht in der jeweiligen Muttersprache sowie Chancengleichheit unabhängig vom Geschlecht.

Die GEW-Vorsitzende Maike Finne schrieb an Außenministerin Annalena Baerbock sowie an Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung. Finnern fordert, sich für Frieden und das Recht auf Bildung in Rojava einzusetzen. Sie betont: »Die völkerrechtswidrigen Angriffe des NATO-Mitglieds Türkei verurteilen wir auf das Schärfste.«

Detailliertere Informationen finden sich hier: [https://www.gew.de/internationales\\_](https://www.gew.de/internationales_)

BRUNI RÖMER

# fair childhood: Engagement braucht Kontinuität

GEW-Mitglieder unterstützen ihre »Stiftung für Bildung statt Kinderarbeit«

Diese Stiftung ermöglicht Bildungsgewerkschaften im globalen Süden, mit der Einrichtung kinderarbeitsfreier Gebiete Kindern eine Chance auf Bildung und Zukunft zu geben. Gerade legte der Stiftungsvorstand wieder seinen Tätigkeitsbericht für den Zeitraum bis 2022 vor.

ihren Kolleg\*innen über die Arbeit der Stiftung sprechen und in den Bildungseinrichtungen auch Themen wie Kinderrechte, Kinderarbeit und das Recht auf Bildung aufgreifen. Die GEW-AG *Bildung statt Kinderarbeit* (Kontakt: [bruni\\_roemer@mac.com](mailto:bruni_roemer@mac.com)) unterstützt gerne dabei.

BRUNI RÖMER

Trotz der Corona-Pandemie mit langen Schulschließungen und dem deutlichen Anstieg von Kinderarbeit in einigen Projektländern konnte die Mehrzahl der Projektverantwortlichen im letzten Jahr mit der Unterstützung von *fair childhood* die Arbeit fortsetzen und beachtliche Erfolge erzielen.

Ja, es sind überwiegend GEW-Mitglieder, die gelegentlich oder regelmäßig an unsere Stiftung spenden. Hinsichtlich unserer Mitgliederstärke ist die Zahl der Spendenden jedoch zu gering und das Spendenaufkommen schwankt. Die Stiftung braucht weitere Unterstützung, um unseren Schwestergewerkschaften, deren Projekte sie fördern will, eine verlässliche Planung zu ermöglichen. Oft sind zwei bis drei Jahre Anschubfinanzierung nötig, damit ein Projekt nachhaltig bestehen kann.

Ideelle Unterstützung in der Sache ist für *fair childhood* ebenso wichtig wie die finanzielle. Deshalb bleibt zu wünschen, dass GEW-Mitglieder sich über die Ziele und Erfolge der Stiftung informiert halten, mit



## Kinderarbeit bekämpfen, Bildung ermöglichen!

**Unterstütze die Projekte für „Bildung statt Kinderarbeit“!**

Spendenkonto *fair childhood*: Bank für Sozialwirtschaft  
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE**

Informationen und Kontakt unter: [www.gew.de/internationales/fair-childhood](http://www.gew.de/internationales/fair-childhood)  
*fair childhood* ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds in München.

**Ja,** ich möchte mehr über *fair childhood* erfahren. Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

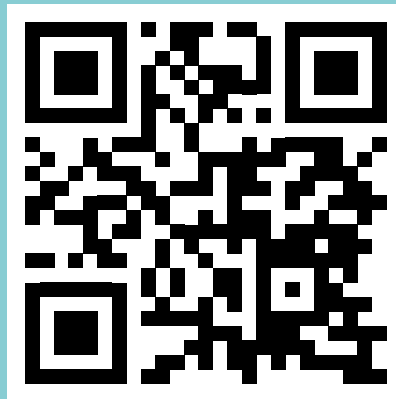
Name, Vorname	_____ Straße, Hausnummer
PLZ, Ort	_____ Telefon (optional)
E-Mail	_____ Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:  
*fair childhood* - GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit - Reifenberger Straße 21 - 60489 Frankfurt am Main





# Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



[www.bbbank.de/gew](http://www.bbbank.de/gew)

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive  
Vorteilswelt für GEW-Mitglieder eintauchen.

Ihr Experte in und um Hamburg  
Jan Elsenhans  
E-Mail: [jan.elsenhans@bbbank.de](mailto:jan.elsenhans@bbbank.de)  
Telefon: 040 3069 8740

## GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – DEZEMBER 2022 / JANUAR 2023

<b>Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung</b>	Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Wolfgang Szepansky, mailto: info@szepansky.de
<b>Referat B Bildungspolitik, -finanzierung</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>GEW Studies</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Junge GEW</b>	12.12.2022, 18.00-22.00 Uhr, GBW
<b>FG Grundschule</b>	28.11.2022, 17.00-18.30 Uhr, Raum A 19.12.2022, 17.00-18.30 Uhr, Raum A 30.01.2023, 17.00-18.30 Uhr, Raum A
<b>AG Vorschule</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Stadtteilschulen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Berufliche Schulen</b>	14.12.2022, 16.30-18.30 Uhr, GBW
<b>FG Gymnasien</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Kinder- und Jugendhilfe</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Kita Netzwerk</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Sonderpädagogik</b>	26.01.2023, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
<b>FG Hochschule u. Forschung</b>	05.12.2022, 18.00-20.00 Uhr, GBW 23.01.2023, 18.00-20.00 Uhr, GBW
<b>AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik</b>	13.12.2022, 17.30-19.30 Uhr, GBW 17.01.2023, 17.30-19.30 Uhr, Raum A
<b>Landesausschuss für Migration</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Bildung statt Kinderarbeit</b>	13.12.2022, 16.00-17.30 Uhr, GBW
<b>Ausschuss für Friedensbildung</b>	19.01.2023, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
<b>Mittelamerikagruppe</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Ruheständler*innen</b>	07.12.2022, 10.15-13.00 Uhr, GBW 11.01.2023, 10.15-13.00 Uhr, GBW
<b>FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Schulleitungen</b>	12.12.2022, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
<b>Sportausschuss</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Kindheitspädagogik</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien</b>	09.01.2023, 18.30-21.30 Uhr, Raum A christoph.janzen@ajum.de
<b>Bildungsclub</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Queere Lehrer*innen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen, unter <https://www.gew-hamburg.de/> mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.

## Impressum

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de), E-Mail: [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)

**Redaktionsleitung:** Antje Géra, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Redaktion:** Sebastian Schreull, Mark Lückhof

**Cover:** Antje Géra, Jason Tsiakas

**Mitarbeit Grafik und Gestaltung:** Jason Tsiakas

**Anschrift der Redaktion:** Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Satz und Gestaltung:** albersdesign, [ca@albers.design](mailto:ca@albers.design)

**Druck:** drucktechnik-altona

**Anzeigen:** albersdesign, [ca@albers.design](mailto:ca@albers.design),

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sechs Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor\*innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

**Redaktionsschluss hlz 1-2/2023:** 15.01.2023

**BB** Bank Stiftung  
Von Menschen. Für Menschen.

# Lebensmittel-Hilfe.

## Weihnachtsspenden-Aktion für von Armut betroffene Menschen.

**Wir verdoppeln Ihre Spende.**  
Insgesamt maximaler BBBank-Spendenanteil von 150.000 Euro.

Zeitraum: 14.11.2022 bis 08.01.2023

[www.bbbank.de/  
spenden](http://www.bbbank.de/spenden)

**Jetzt informieren** in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon unter 0721 141-0 oder auf [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)

Folgen Sie uns

Unterstützt von:  
**BB** Bank  
Better Banking



**fair  
childhood**  
GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

## Kindern eine Kindheit geben

**Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.**  
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00**  
**BIC: BFSWDE33MUE**

[www.gew.de/internationales/fair-childhood](http://www.gew.de/internationales/fair-childhood)  
fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds in München

**Ja,** ich möchte mehr über fair childhood erfahren.  
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood  
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main

**fair  
childhood**  
GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

**Die Redaktion  
wünscht allen  
Leser\*innen,  
Autor\*innen und  
Unterstützer\*innen  
mußevolle  
Feiertage!**

**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**  
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

## Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen und Beihilfe

**Info-Telefon 02861/80000**

Pröbtinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)

**[www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de)**





**Von hier an geht es aufwärts!**

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Tel.: 07221/39 39 30**



Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
**www.leisberg-klinik.de**

# albersdesign

**Media-Agentur  
Mediengestaltung  
+ Druckproduktion**

DTP . Layout . Reinzeichnung  
Grafik . Anzeigenverwaltung

Horn 33 . 25421 Pinneberg

ca@albers.design . [www.albers.design](http://www.albers.design)

*Haben Sie weitere Anliegen =  
sprechen Sie mich gerne an!*



*Frohe Weihnachten und einen guten Start  
in das Jahr 2023 wünscht Ihnen Ihre Anzeigenverwaltung*



## HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

**Für alle pädagogisch  
Tätigen sowie  
deren Angehörige**

Die **preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

**2017 bis 2022 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.**

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

**Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:**

040 333 505 14 (Tobias Mittag)

040 796 128 25 (Georg Plicht)

040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

[www.h-l-f.de](http://www.h-l-f.de) (mit Beitragsrechner) / [info@h-l-f.de](mailto:info@h-l-f.de)





GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

STS